

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Mittwoch, 12.12.2007, um 15:00 Uhr im
Bürgersaal des Rathauses Ettlingen

Anwesend:

Oberbürgermeisterin Büssemaker als Vorsitzende
Bürgermeisterin Petzold-Schick

Stadträte:

| | |
|---------------------------------------|---------------------|
| Stadtrat Dr. René Asché | |
| Stadträtin Renate Baron | ab TOP 2, 17:00 Uhr |
| Stadtrat Dr. Michael Böhne | |
| Stadtrat Heinz-Jürgen Deckers | |
| Stadtrat Prof. Dr. Albrecht Ditzinger | |
| Stadträtin Marion Eble | |
| Stadtrat Wolfgang Ernst | |
| Stadträtin Dr. Birgit Eyselen | ab TOP 2, 15:25 Uhr |
| Stadtrat Axel Fey | |
| Stadtrat Lutz Foss | |
| Stadtrat Helmut Haas | |
| Stadtrat Karl-Heinz Hadasch | ab TOP 2, 17:20 Uhr |
| Stadtrat Engelbert Heck | |
| Stadtrat Bernd Heiser | |
| Stadträtin Helma Hofmeister | |
| Stadtrat Hans Peter Kast | |
| Stadtrat Dr. Manuel Keßler | |
| Stadträtin Sibylle Kölper | |
| Stadtrat Uwe Künzel | |
| Stadträtin Dr. Cornelia Langguth | ab TOP 2, 16:50 Uhr |
| Stadtrat Wolfgang Lorch | |
| Stadträtin Sarah Lump | |
| Stadträtin Beatrix März | |
| Stadtrat Hanno Müller | |
| Stadtrat Steffen Neumeister | |
| Stadträtin Melanie Nickel | |
| Stadtrat Alfredo Palermo | |
| Stadtrat Herbert Rebmann | |
| Stadtrat Werner Reich | |
| Stadträtin Dörte Riedel | |
| Stadträtin Barbara Saebel | |
| Stadträtin Vera Seifried-Biedermann | |
| Stadtrat Hermann Siess | ab TOP 1, 15:20 Uhr |
| Stadtrat Hans-Peter Stemmer | |
| Stadtrat Peter Worms | |
| Stadträtin Regine Zeh | |

Ortsvorsteher:

Ortsvorsteher Prof. Dr. Hans Schweizer
Ortsvorsteher Robert Seemann
Ortsvorsteherin Elke Werner

ab TOP 2, 17:00 Uhr

entschuldigt fehlten:

Stadtrat Rolf Deckenbach
Ortsvorsteherin Elisabeth Führinger
Stadtrat Winfried Schäfer
Stadtrat Martin Waldenmaier

Verwaltung:

Amtsleiter Bernd Lehnhardt
Amtsleiter Dieter Becker
Amtsleiter Dieter Goyke
Amtsleiter Dieter Lechner
Amtsleiter Dr. Robert Determann
Amtsleiter Henrik Bubel
Amtsleiter Patrik A. Hauns
Amtsleiter Uwe Metzen
Amtsleiter Winfried Müller
Andreas Kraut
Andreas Oberhofer
Andreas Schlee
Bernd Hiller
Bernd Kassel
Geschäftsführer Heinrich Spadinger
Justitiar Klaus Schmidt
Karin Herder-Gysser
Monika Leßle
Norbert Jung
Ralph Göbel
Sabine Süß-Keppler
Stefan Moehrke
Volker Beisel
Winfried Neu
Wolf Hoeffgen

ab 17 Uhr

Schritfführer:
Jilg, Natalie

3 Pressevertreter
ca. 8 Zuhörer

Tagesordnung:

1. **Waldhaushalt**
 - **Vollzug des Betriebsplans 2006**
 - **Feststellung des Betriebsplans (inkl. Hiebs- und Kulturplan) für das Forstwirtschaftsjahr 2008**
2. **Verabschiedung des Haushaltsplans 2008 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan**
3. **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2008**
4. **Haushaltsplan 2008 der Vereinigten Stiftungen der Stadt Ettlingen -Armen-, Pfründner- und Gesindehospitalfonds und Sofienheimstiftung-**

- - -

Waldhaushalt

- Vollzug des Betriebsplans 2006 Feststellung des Betriebsplans (inkl. Hiebs- und Kulturplan) für das Forstwirtschaftsjahr 2008

Beschluss: (einstimmig)

- 1. Dem Vollzug des Betriebsplans 2006 wird zugestimmt.**
- 2. Der von der städtischen Forstabteilung und dem Landratsamt – Forstbereich Süd – gemäß § 51 Landeswaldgesetz aufgestellte Betriebsplan wird zur Aufnahme in den Haushaltsplan 2008 entsprechend der Anlage festgestellt.**
- 3. Dem Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2008 wird zugestimmt.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rückblick auf das Jahr 2006

Im Jahr 2006 hat sich die positive Trendwende hin zu steigender Nachfrage nach Holz und anziehenden Holzpreisen bestätigt und gefestigt. Die gute allgemeine Konjunktur hat sich auch auf die Forstwirtschaft positiv ausgewirkt. Der Wald wird wieder zunehmend als wichtiger Rohstoffproduzent wahrgenommen.

Das hat viele Gründe: Die Weltmarktpreise für Stahl, Öl und Erdgas bewegen sich seit einiger Zeit auf ungewohnt hohem Niveau. Sie führen drastisch vor Augen, wie wichtig es ist, die eigenen nationalen Rohstoffpotentiale verstärkt einzusetzen. Das gilt in besonderem Maße für nachwachsende Rohstoffe, wobei Holz eine zentrale Rolle spielt.

Die Forstabteilung hat im vergangenen Jahr auf diese Marktlage mit einer Erhöhung des Holzeinschlags reagiert und den Hiebssatz um rund 4.000 Festmeter auf 19.000 Festmeter angehoben. Dadurch konnten für den Forsthaushalt Mehreinnahmen von ca. 140.000 Euro erzielt werden. Der erforderliche Mehraufwand wurde durch die Einnahmen gedeckt und zusätzlich der Zuschussbedarf um knapp 100.000 € gesenkt.

Ergänzend sei daraufhin gewiesen, dass die Erlöse durch den Brennholzverkauf zwar nur bei 3 % der Gesamterlöse lagen, sich aber immerhin fast verdoppelt haben.

Dies zeigt einerseits zwar erfreulicher Weise die steigende Wertschätzung für den Brennstoff Holz, war aber andererseits auch mit einem beträchtlichen Zeitaufwand für die städtischen Revierleiter verbunden.

Neben der Holzernte kam den notwendigen Pflanzungs- und Pflegearbeiten eine ebenso wichtige Bedeutung zu. Vor allem dort, wo Altbestände geerntet werden mussten und die natürliche Verjüngung unzureichend war, wurde mit unterschiedlichen Baumarten nachgepflanzt oder mussten vertrocknete Pflanzen ersetzt werden.

Trockenheitsresistentere Baumarten wie Douglasie, Rot – und Traubeneiche wurden beim Pflanzenankauf besonders berücksichtigt, da sie gegen zu erwartende Klimaveränderungen besser gewappnet sind.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die gepflanzten Baumarten und veranschaulicht die angestrebte Mischung künftiger Waldbestände.

| | |
|---------------|-------------|
| Rotbuche | 6.575 Stück |
| Douglasien | 4.150 Stück |
| Vogelkirschen | 500 Stück |
| Roteichen | 3.150 Stück |
| Bergahorn | 600 Stück |
| Elsbeere | 300 Stück |
| Hainbuchen | 200 Stück |
| Traubeneichen | 5.300 Stück |
| Weißtannen | 600 Stück |

Erwähnenswerten Einfluss auf das Betriebsgeschehen hatten auch die Arbeiten im Bereich der Schutz – und Erholungsfunktion. Beispielhaft seien hier der Aufbau des Panoramawegs am Wattkopf oder die Errichtung des Pavillons am Kreuzelberg genannt.

1.2 Laufendes Forstwirtschaftsjahr 2007

Die gute Stimmung auf dem Holzmarkt bekam zwar Anfang diesen Jahres durch den Orkan „Kyrill“ einen Rückschlag, hat sich aber in der Zwischenzeit wieder langsam erholt. Ausschlaggebend war hier sicherlich der günstige Witterungsverlauf über das Sommerhalbjahr bzw. in der Folge das Ausbleiben von großräumigen Borkenkäferschäden.

Ein Überangebot an Schadholz ist damit nicht zustande gekommen.

Erfreulich ist, dass auch im Stadtwald Ettlingen durch die vielen Niederschläge im Sommer keine Schäden durch Borkenkäferbefall entstanden sind und somit bisher planmäßig gewirtschaftet werden konnte. Obwohl bis dato nur etwa 60 % der geplanten Holzmenge verkauft wurden, konnten bereits 97 % der Holzerlöse erzielt werden.

1.3 Forstwirtschaftsjahr 2008

Kommt es zu keinen unvorhergesehenen Störungen auf dem Holzmarkt wird sich dieser positive Trend auch im kommenden Jahr fortsetzen.

Aufgrund der gestiegenen Preise wird bei gleichem Einschlag im Vergleich zum Vorjahr deshalb mit Mehreinnahmen durch den Holzverkauf von 70.000 Euro zu rechnen sein.

Hierfür ist in erster Linie die Preiserhöhung für Buchenholz mittlerer und schlechterer Qualität verantwortlich, das nun wesentlich einfacher zu vermarkten ist.

Der Energieholzboom belebt zweifellos auch die Nachfrage nach anderen Holzsortimenten und verbessert die Erlössituation der Forstbetriebe.

Die Frage, ob sich künftig im Stadtwald die Holznutzung in gleicher Höhe bewegen wird, oder ob sogar mehr Nutzungspotential besteht, wird das Ergebnis der zur Zeit laufenden Forsteinrichtung zeigen (siehe Beschluss in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 27.06.2007, R. Pr. Nr. 77).

Die Vermessungsarbeiten und Außenaufnahmen hierfür sind inzwischen abgeschlossen und werden momentan in einem aufwendigen Verfahren zusammengefasst.

Das Ergebnis wird dem Gemeinderat etwas später als ursprünglich vorgesehen im kommenden Frühjahr im Rahmen einer Waldbegehung vorgestellt.

2. Einige Haushaltsstellen im Einzelnen

2.1 Verwaltungshaushalt

Ausgaben

HHst. Waldkulturkosten (Plan 103.000 €)

Die Pflege der Jungbestände als Teilbereich der Kulturarbeiten bleibt nach wie vor ein Arbeitsschwerpunkt des städtischen Forstbetriebs. Nahezu 1.000 ha des Stadtwaldes bestehen aus Kulturen, Dickungen und Stangenhölzern, die entsprechend gepflegt werden müssen, damit sie zu einem stabilen, artenreichen und Ertrag versprechenden Waldbestand heranwachsen.

Im kommenden Jahr sind auf insgesamt 75 Hektar Kultursicherungs- und Jungbestands-pflegemaßnahmen vorgesehen.

Aus Kostengründen muss es das Ziel sein, diese jungen Waldbestände möglichst extensiv zu pflegen und sich dabei die natürlichen Wachstums - und Ausleseprozesse zunutze zu machen. Jedoch wird es nicht gänzlich ohne steuernde Eingriffe gehen

Ein wichtiger Arbeitsschritt wird z. B. im kommenden Jahr die systematische Erschließung der Sturmflächen mit Pflegegassen und Maschinenwegen sein, um die Sturmflächen zunächst überhaupt begehbar und übersichtlich zu machen.

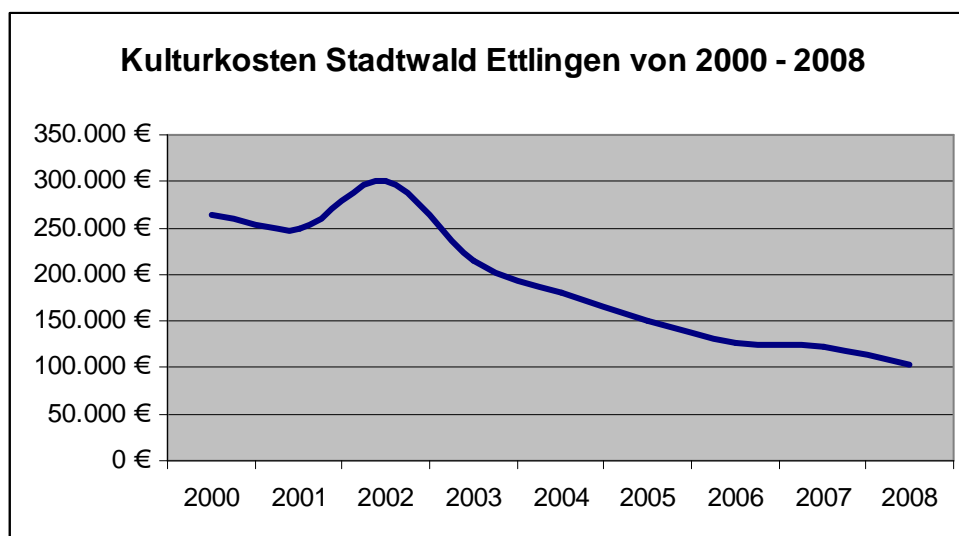
Eine gute Erschließung ist Grundvoraussetzung für pflegliche Waldwirtschaft und eine wesentliche Erleichterung für kostengünstigen Einsatz von Brennholzseltwerbern.

Insgesamt gesehen entwickeln sich die Jungbestände recht positiv und es kann zunehmend auf Pflegeeingriffe verzichtet werden.

Die nachfolgende Graphik macht deutlich, wie die finanzielle Belastung des Forsthaushalts durch die Aufbauarbeit nach „Lothar“ allmählich abnimmt.

Sie wird sich auch weiterhin nach unten bewegen, sofern es gelingt die großflächigen Jungbestände kostengünstig zu pflegen und keine neuen Kulturen im größeren Ausmaß entstehen.

Zum Vergleich: Im Zeitraum 1990 bis 1999 lagen die Kulturkosten im Schnitt bei rund 30.000 Euro.



HHst. Sachaufwand Holzeinschlag (Plan 321.000 €)

Der Hiebsplan geht für das kommende Jahr von einer Einschlagsmenge in bisheriger Höhe aus. Wenn es zu keinen Marktstörungen kommt, können die geplanten Einnahmen mit einem Einschlag von 15.000 Festmetern erreicht werden.

Der Schwerpunkt der Holzernte wird größtenteils in hiebsreifen Buchenalbeständen liegen, die geerntet werden müssen, um der schleichenden Entwertung des Holzes durch den Buchen – Rotkern zuvor zu kommen. Sofern irgendwie möglich, wird dabei auf Aspekte des Landschaft – und Naturschutzes Rücksicht genommen.

HHst. Aufwand Waldkalkung (Plan 230.000 €)

Eine Bodenschutzkalkung im Stadtwald Ettlingen wurde letztmals in den Jahren 1988 – 1992 durchgeführt. Jüngste Bodenuntersuchungen haben ergeben, dass die pH-Werte der Ettlinger Waldböden mit 3,3 bis 4,0 im sauren bis stark sauren Bereich liegen.

Die Forstliche Versuchs – und Forschungsanstalt Baden – Württemberg hält daher eine erneute Kalkung für notwendig und empfiehlt, in den nächsten Jahren mit einem zweiten Kalkungsdurchgang zu beginnen.

Folgende Ziele werden dabei verfolgt:

- Neutralisierung der Säureeinträge
- Langfristige Vertiefung des durch Feinwurzeln erreichbaren Wurzelraumes
- Stabilisierung der Waldbestände
- Verbesserung der Nährstoffversorgung der Bäume
- Langfristiger Erhalt der Wasserqualität in Waldeinzugsgebieten

Als erster Schritt ist vorgesehen, den gesamten Kreuzelberg mit einer Fläche von rund 450 Hektar zu kalken. Die kalkulierten Kosten liegen hierfür bei 230.000 € (ca. 430 €/ha zzgl. MwSt.), wobei 90 % des Nettowertes (180.000 €) vom Land gefördert werden. Den Differenzbetrag und die Mehrwertsteuer in Höhe von insgesamt von 50.000 € müsste der Waldbesitzer selbst tragen.

Bis dato liegt der Forstabteilung noch keine Fördermittelzusage vor. Falls keine Mittel zugesichert werden, wird die Kalkung im Jahr 2008 nicht durchgeführt und um ein Jahr verschoben.

Mittelfristig soll die Waldkalkung in mehreren Etappen fortgesetzt werden. Insgesamt ist bei rund 2.000 ha mit Kosten von ca. 1,1 Mio. € zu rechnen.

Vermögenshaushalt

Ausgaben

HHst. Erwerb von beweglichen Sachen (Plan 25.000 €)

| | |
|--|----------|
| Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeugs für Revierleiter Hr. Göbel | 19.000 € |
| Ersatzbeschaffung einer Motorsäge | 1.500 € |
| Neubeschaffung eines Schlegelmulchgerätes zur Pflege der Waldwege | 4.500 € |

HHst. Errichtung eines Walderlebnispfades (Plan 5.000 €)

Mehrkosten entstehen durch notwendige Ergänzungen und Verbesserungen in der Ausgestaltung des Erlebnispfades.

Im Einzelnen: - Aufbau von zwei zusätzlichen Stationen
- Verbesserung der Beschilderung
- Ergänzung einzelner Stationen durch spielerische Elemente
- Aufstellung einer Aussichtstafel

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27./28.11.2007 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderates zugingen, wird hingewiesen.

In der Vorberatung kam die Frage nach dem Haushaltsplanansatz bei der Haushaltsstelle 1.8550.640900.4 (Versicherungen) auf, da dieser für das Jahr 2008 lediglich 100 € betragen hat (Vorjahr: 25.800 €). Dieser Ansatz wurde zwischenzeitlich auf 28.500 € korrigiert.

- - -

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist die Übersicht über die Änderungen des Haushaltsplanentwurfs als Anlage beigefügt.

- - -

Stadtrat Reich erläutert für die CDU-Fraktion, dass der Vollzug des Betriebsplans 2006 sehr positiv verlaufen sei. Seiner Meinung nach sei die Erhöhung des Hiebsatzes bei der steigenden Nachfrage richtig gewesen und die Erlöse konnten so erhöht werden. Er berichtet, dass die Waldkulturkosten 14.000 € geringer als geplant ausgefallen seien, sich jedoch der Aufwand für Erholungsmaßnahmen um 7.000 € erhöht habe. Er begrüßt, dass keine Schäden durch Borkenkäferbefall entstanden sei. Er verweist auf den Betriebsplan 2008, der einen Ausblick gäbe und erläutert hierzu, dass man in diesem Jahr vermutlich ebenso Mehreinnahmen aus dem Holzerlös habe, jedoch bei den Zielen eine gewisse Ausgeglichenheit finden müsse. Er stimmt für die CDU-Fraktion in allen Punkten zu. Er ergänzt, dass er hoffe, dass es im Jahr 2008 zu keinen Orkanshäden komme und würde es begrüßen, wenn die finanzielle Belastung - wie im Diagramm dargestellt - abnehmen würde. Er lässt wissen, dass sich die Einnahmen im Verwaltungshaushalt auf rund 903.000 € belaufen werden und der Zuschussbedarf um 322.000 € geringer sei als im Jahr 2007. Er bedankt sich bei der Forstabteilung für die gute Arbeit.

Stadtrat Worms weist darauf hin, dass Stadtrat Reich bereits alle Fakten genannt habe und der Wald bei Herrn Lauinger und seinem Team gut aufgehoben sei und stimmt für die FE-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadträtin Hofmeister informiert, dass sie dem Beschlussvorschlag in allen Punkten zustimme. Sie bedankt sich für das Engagement von Herrn Lauinger und seinem Team. Sie erläutert, dass sie sich über die positive Entwicklung der Holzpreise freue, da die erhöhte Nachfrage nach einem erneuerbaren Rohstoff zu begrüßen sei. Sie begrüßt den positiven Beitrag zur Klimaentwicklung, da ein Großteil des Waldes im Eigentum der Stadt Ettlingen stehe. Sie betont, dass Herr Lauinger bei der Auswahl der Bäume eine vorrausschauende Auswahl getroffen habe und ist ebenso erfreut darüber, dass Ettlingen für die Entkalkung des Wassers einen Landeszuschuss erhalten werde. Sie erläutert, dass sie sich für die Zukunft wünsche, dass mehr Waldpädagogik in Kooperation mit Kindergärten und Schulen betrieben werde. Sie gibt zu bedenken, dass ihr die Sicherung des Bodendenkmals Sorgen bereite und sie daher um Verbesserung im Zusammenhang mit dem Mountainbikeparcours bitte.

Stadträtin Saebel ist erfreut darüber, dass hinsichtlich des Stadtwaldes ein Umdenken vorhanden sei und sie hoffe, dass der Wald dadurch widerstandsfähiger werde. Sie weist darauf hin, dass Holz als Werkstoff ersetzbar sei, Bäume für das Klima jedoch nicht.

Stadträtin Zeh bedankt sich bei Herrn Lauinger und seiner Truppe für die geleistete Arbeit und stimmt dem Beschlussvorschlag mit dem Hinweis zu, dass sie sich über die Mehreinnahmen freue.

Stadtart Künzel stimmt für die FDP der Verwaltungsvorlage zu und bedankt sich ebenso bei der Forstabteilung für die geleistete Arbeit.

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -

Verabschiedung des Haushaltsplans 2008 der Stadt Ettlingen einschließlich Stellenplan

Beschluss: (30:5, 2 Enthaltungen)

Aufgrund der §§ 79 und 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Februar 2006 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

| | |
|---|---------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 106.971.050 € |
| davon | |
| im Verwaltungshaushalt | 94.946.210 € |
| im Vermögenshaushalt | 12.024.840 € |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | 0 € |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | 10.370.000 € |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|---|-----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 A für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe auf | 230 v. H. |
| 1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge; | 300 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge. | 350 v. H. |

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Entwurf des Haushaltsplans 2008 (incl. Anlagen) wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 07.11.2007 eingebracht. Der Gemeinderat verwies den Entwurf zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss.

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27./28.11.2007 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderates zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist die Übersicht über die Änderungen des Haushaltsplanentwurfs als Anlage beigefügt.

- - -

Haushaltsrede Stadtrat Foss:

„Die Frau Oberbürgermeisterin hat bei Einbringung des Haushaltsentwurfs eine angebliche "Schieflage des Haushalts" an die Wand gemalt. Noch im Sommer diesen Jahres hatte es gute Zahlen gegeben, als uns über den Vollzug des laufenden Haushalts berichtet wurde und sich auch für 2007 wieder einmal bestätigt hat, dass - wie auch schon in den Vorjahren - aufs Schuldenmachen und die Rücklagenentnahme verzichtet werden kann. Die Gründe waren erheblich höhere Gewerbesteureinnahmen als ursprünglich veranschlagt, in Folge der verbesserten Konjunkturlage und eine beträchtliche Absenkung der Kreisumlage. Jetzt wird für das nächste Haushaltsjahr eine positive Zuführungsrate von 2,1 Millionen € eingestellt. Außerdem ist jetzt eine Rücklagenentnahme von 5,3 Millionen € vorgesehen, bei einem Stand der Rücklagen zum 01.01.2008 von fast 16 Millionen € und keine Aufnahme neuer Schulden.

Wie sind diese Zahlen vor dem Hintergrund der Rechnungsergebnisse der vergangenen sieben Jahre zu werten? Wenn wir die Rechnungsergebnisse der Haushaltsjahre 2000 bis 2006 betrachten, können wir feststellen, dass der anfängliche Rücklagenstand sich von 6,7 Millionen € kontinuierlich auf 15,8 Millionen € erhöht hat; die Schulden mit ursprünglich 4,7 Millionen € wurden kontinuierlich auf 1,0 Millionen € abgebaut.

Mit Ausnahme des Jahres 2000 hat es in all diesen Jahren im Ergebnis keine negativen Zuführungsrate zum Verwaltungshaushalt gegeben, sondern im Gegenteil zum Teil sogar stattliche positive Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt, nämlich:

3,2 Millionen € im Jahre 2002,
1,3 Millionen € im Jahre 2003,
9,5 Millionen € im Jahre 2004,
1,9 Millionen € im Jahre 2005 und
11,5 Millionen € im Jahre 2006.

Die Gewerbesteureinnahmen der beiden Jahre 2006 und 2007 liegen jeweils weit über 30 Millionen €, nämlich im Jahre 2006 bei 37,0 Millionen € und im laufenden Jahr bei 34,8 Millionen €. Diese Einnahmen beruhen auf der Gewerbesteuerreform 2004, die eingeführt wurde, nachdem die Gewerbesteureinnahmen in den Jahren zuvor infolge des Konjunkturreinbruchs stark gesunken waren. Unsere Gewerbesteureinnahmen, die in den Rezessionsjahren 2001 bis 2003 unter 20 Millionen € lagen, konnten in den Rechnungsergebnissen dieser Jahre so aufgefangen werden, dass es zu keinen negativen Zuführungsrate gekommen ist.

Vor wenigen Wochen ist in Berlin die Unternehmenssteuerreform beschlossen worden, die zum 01.01.2008 in Kraft tritt und die eine Ausweitung der substanzabhängigen Elemente der Gewerbesteuer mit sich bringt, also neben Schuldzinsen auch Mieten und Pachten in die Steuerbemessung mit einbezieht. Damit wird sich das bereits durch die Gewerbesteuerreform 2004 erhöhte Steueraufkommen der Gemeinden verstetigen, was insbesondere im Fall von Konjunkturabschwüngen zum Tragen kommt.

Im Entwurf meiner Haushaltsrede steht an dieser Stelle folgender Satz, der vor dem Hintergrund der bisherigen Zahlen formuliert wurde, die das Ergebnis der Haushaltsberatungen im Verwaltungsausschuss vor zwei Wochen waren, nämlich Gewerbesteuereinnahmen von 29 Millionen € und einer negativen Zuführungsrate von 700.000 €: "Die Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2008 dürften also - auch im Falle eines Konjunkturabschwungs - wohl eher wieder über 30 Millionen € liegen. Bei der ohnehin nur moderaten negativen Zuführungsrate von 700.000 € wird es demnach voraussichtlich nicht bleiben, sondern wir werden beim Rechnungsergebnis im Gegenteil eher wieder - wie in den Jahren zuvor - mit einer positiven Zuführung zum Vermögenshaushalt rechnen können."

Zu den uns heute von der Verwaltung in der Haushaltssitzung des Gemeinderats überraschend vorgelegten neuen Zahlen, nämlich einer positiven Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt von 2,1 Millionen € und einer Schuldenaufnahme von Null, aufgrund von veranschlagten drei Millionen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, darf ich feststellen, dass sich damit meine Prognose bewahrheitet hat - nur frühzeitiger als ich es geglaubt hätte.

Das Fazit dieser Zahlen lautet also, dass unsere städtischen Finanzen nicht so schlecht sind, wie sie oftmals dargestellt werden. Eine "kreative Haushaltsplanung" in Form der Heraufsetzung der Gewerbesteuereinnahmen, wie sie von den politischen Kräften befürwortet wird, von denen bekanntlich gesagt wird, dass sie mit dem Geld nicht umgehen können, lehnen wir allerdings ab. Derartige Haushaltstricks erinnern an den Baron von Münchhausen, der sein Pferd und sich an seinem Schopf aus dem Sumpf zog. Sie sind mit uns als Befürworter einer konservativen und soliden Haushaltspolitik nicht zu machen. Wir alle sollten viel eher streng darauf achten, die Tendenz unseres Verwaltungshaushalts zu alljährlichen Ausgabensteigerungen gemeinsam in Schach zu halten.

Freilich wäre es durchaus an der Zeit, wenn sich die Frau Oberbürgermeisterin bei ihren guten politischen Verbindungen zu Wirtschaftskreisen und insbesondere auch zum Wirtschaftsminister dieses Landes Baden-Württemberg, der ihrer Partei entstammt, verstärkt um die Gewerbeansiedelung bemühen würde, damit wir nicht nur von gesetzgeberischen Reformvorhaben abhängig sind, sondern die Gewerbesteuerbasis in der Zukunft aus eigener Kraft verbreitern.

Um eben die jährlichen Ausgabensteigerungen des Verwaltungshaushalts einzudämmen, hat unsere Fraktion den Antrag gestellt, Ausgaben von über 20.000 € im Haushalt des Kulturamts einzusparen. Der dazu von uns gestellte Antrag ist von der Mehrheit des Verwaltungsausschusses mitgetragen worden. Um eines ganz klar zu stellen: Wir wenden uns mit diesem Vorgehen nicht gegen bestimmte Veranstaltungen. Vielmehr bleibt es dem Kulturamtsleiter Herrn Dr. Determann überlassen, aus dem ihm zur Verfügung gestellten Etat, die nach seinem fachkundigen Urteil geeignete Anzahl von Veranstaltungen zu bestimmen.

Eines muss ich aber auch ganz deutlich sagen: Es kann und darf nicht sein, dass der Gemeinderat mit dem Hinweis, dass ansonsten bestimmte, bereits geplante Veranstaltungen storniert werden müssen, unter Druck gesetzt wird. Das Haushaltsrecht ist das Königsrecht des Gemeinderats. Niemand in der Verwaltung darf es sich erlauben, mit finanziellen Mitteln bereits zu disponieren, die hier in diesem Gemeinderat noch nicht bewilligt sind.

Die Frau Oberbürgermeisterin fordert alljährlich pauschal und ohne den Mut zu eigenen Kürzungsvorschlägen, die freiwilligen Leistungen unserer Stadt zu kürzen. Gut, dann nehmen wir sie beim Wort und sagen ihr: Wir können uns die Jahr für Jahr höheren Ausgaben für

kulturelle Veranstaltungen nicht mehr leisten. Insbesondere geht es nicht an, dass die Anzahl der kulturellen Veranstaltungen ständig weiter zunimmt, so wertvoll und bereichernd sie auch für das kulturelle Leben unserer Stadt sein mögen. Viel mehr tut es Not, hier einmal "den Pflock einzuschlagen" und dieser Entwicklung, die unseren Verwaltungshaushalt zu sprengen droht, Einhalt zu gebieten.

Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die jährlichen Steigerungen bei den Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, Marketing und Werbung, die für uns vor allem dann nicht akzeptabel sind, wenn wir alljährlich von der Oberbürgermeisterin zur Haushaltsdisziplin aufgefordert werden. Dann muss auch sie es lernen, bei ihren Lieblingsausgaben zu sparen.

Dem Thema Bildung kommt in unserer Gesellschaft zu Recht eine immer größere Bedeutung zu. Das Wissen ist als geistige Ressource der Schlüssel, um uns in dieser globalisierten Welt gegenüber den aufstrebenden Nationen und Gesellschaften behaupten zu können. Die höheren Bildungsstandards, die das Land Baden-Württemberg vorgibt, um die Lerndefizite im Pisa-Vergleich zu überwinden, zwingen die Gemeinden als sächliche Schulträger, ihre Schulen und Bildungseinrichtungen finanziell so auszustatten, dass sie mit diesen Entwicklungen Schritt halten können.

Freilich müssen wir aufpassen, dass der Staat uns Gemeinden nicht finanzielle Lasten zuschiebt, die von ihm geschultert werden müssen. Dennoch hat unsere Fraktion in einem ersten Schritt die Initiative des Gesamtelternbeirats aufgegriffen und sich für eine Wiederanhebung der Kopfbeträge für die Ettlinger Schulen auf das Niveau des Jahres 2005 stark gemacht, sodass diese Initiative ihren Niederschlag bereits im Etatentwurf gefunden hat. In einem zweiten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass der geforderte Inflationsausgleich im nächsten Haushaltsjahr auch noch verwirklicht wird.

Mit Freude registrieren wir, dass der Zulauf zu den Mensabetrieben der Ganztageschulen zunimmt. Wir erinnern aber daran, dass es eine Elterninitiative war, die die finanzielle Ausstattung dieser Einrichtungen in die eigene Hand nehmen wollte, weil die Eltern anerkannt hatten, damit von einer häuslichen Aufgabe entlastet zu werden. Trotz der mit der stärkeren Nachfrage einhergehenden höheren Kosten sind die Eltern gefordert, ihre ursprünglichen Zusagen auch weiterhin einzulösen, zumal von ihnen hierzu eigene Fördereinrichtungen gegründet wurden.

Es darf nicht so sein, dass die Belastungen aus Einrichtungen, für die sich zunächst aus gutem Grund freiwillige Initiativen gebildet haben, letztlich doch an der Gemeinde hängen bleiben. Dementsprechend hat der Gemeinderat am 27. Juni dieses Jahr auch beschlossen, dass in allen Fällen, unabhängig von den Schularten, eine essenspreisbezogene einheitliche und kostendeckende Durchführung der Mittagsverpflegung anzustreben ist.

Der Gemeinderat war jedoch auch in der Vergangenheit schon bereit, gelegentliche unvermeidbare Spitzen von Kostenüberhängen auszugleichen. Im Hinblick auf den jetzt festzustellenden erfreulichen Zulauf zu den Mensabetrieben der Ganztageschulen, ist meine Fraktion der Auffassung, dass wir durch die beantragten Aufstockungen der Zuschüsse um 12.000 € gewährleisten sollten, dass die Kosten pro Essen mit 3 € gedeckelt bleiben können.

Die Verwirklichung gleicher Bildungschancen für alle ist eines der wichtigsten Ziele unserer Bildungspolitik. Wir unterstützen deshalb die Einrichtung eines Schulsachenfonds, der Kindern aus finanzschwachen Familien, insbesondere bei der Bewältigung der finanziellen Lasten bei der Einschulung und der Teilnahme an den Mensa-Einrichtungen, zugute kommen soll. Durch die Ausgabe von Gutscheinen muss freilich sichergestellt werden, dass diese finanziellen Zuwendungen tatsächlich ausschließlich den bedürftigen Kindern zugute kommen.

Das Eichendorff-Gymnasium hat in diesem Jahr sein fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass es sich in seinem Jubiläumsjahr in renoviertem Gewand und mit einem neuen Schulhof präsentieren konnte. Die CDU-Fraktion

wird sich auch in der Zukunft dafür einsetzen, dass für den Unterhaltungsaufwand aller unserer Schulen die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Zu den erfolgreichen Bildungseinrichtungen unserer Stadt gehört auch unsere Stadtbibliothek. Dort wurde zum 1. Dezember eine neue Bibliothekskraft eingestellt, um den hohen Zulauf zu bewältigen und die Öffnungszeiten in einem akzeptablen Rahmen aufrechterhalten zu können. Freilich befinden wir uns bei den Erwartungen, die in solchen Fällen an uns gestellt werden, in einem Dilemma mit unserem Verwaltungshaushalt, dessen Personalausgaben Jahr für Jahr auf Grund von Tarifsteigerungen und Versorgungsleistungen für die Altersversorgung der Beschäftigten steigen.

Wir erwarten deshalb Verständnis dafür, dass wir uns mit der Einstellung neuen Personals außerordentlich schwer tun, ja schwer tun müssen. Denn sonst läuft uns der Verwaltungshaushalt in der Zukunft aus dem Ruder. Trotz einer Reduzierung des Personalbestandes in den letzten zwölf Jahren um 30 % sind die Personalausgaben gleichwohl Jahr für Jahr angestiegen. Das kann so nicht weitergehen. Vielmehr müssen wir per Saldo auch in Zukunft Personal einsparen.

Damit, dass sich das Steueraufkommen signifikant erhöht, können wir nur rechnen, wenn die Konjunktur sensationell günstig laufen sollte. Davon können wir gegenwärtig aber nicht ausgehen. Ein Drehen an den Steuerschrauben kommt für uns nicht in Betracht, weil das die Attraktivität unserer Stadt als Wirtschaftsstandort entscheidend schwächen würde. Wir wollen aber auch weiterhin ein attraktiver Standort sowohl für Handel, Handwerk und Gewerbe als auch für die Industrie bleiben.

Nach einem erfolgreichen Festspieljahr blicken wir mit Zuversicht in die weitere Zukunft unserer Schlossfestspiele unter Führung ihres neuen Intendanten Udo Schürmer. Er hat eine glückliche Hand bei der Auswahl des Spielplans bewiesen. Außerdem hat er den Beweis erbracht, dass es möglich ist, ein den Festspielen zugebilligtes Budget einzuhalten. Diesen Erfolg erkennen wir dankbar an. Wir erwarten von ihm, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Unsere Fraktion hat sich deshalb entschlossen, ihm dafür aus den Ersparnissen der vergangenen Saison die gewünschten Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung im kommenden Jubiläumsjahr der Schlossfestspiele zu bewilligen. Die Neueinführung von Winterfestspielen lehnt unsere Fraktion allerdings ab. Unsere Fraktion war und ist der Auffassung, dass es angesichts der Haushaltslage nicht vertretbar ist "ein neues Fass" aufzumachen. Im Verwaltungsausschuss wurden wir hierbei von der Ausschussmehrheit überstimmt. Nach jahrelangen Vorbereitungen ist durch die Eröffnung der Quartierbebauung "Kleiner Exer" endlich ein Markstein gesetzt worden, mit dem es gelungen ist, das Stephanus-Stift II anzusiedeln zusammen mit seniorenrechtlichen Wohnungen und dort einen Lebensmittelmarkt, nämlich den CAP-Markt, unterzubringen, in dem Menschen mit einer Behinderung in das Erwerbsleben integriert werden können. Damit ist dieser Bereich bildhafter Ausdruck des für unsere Stadt typischen sozial ambitionierten Klimas geworden.

Nach jahrelangen Verzögerungen, insbesondere weil zwischendurch die Mittel ausgegangen waren, ist es jetzt so weit: Das neue Feuerwehrgerätehaus kann gebaut werden. Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses sind im Haushaltsplan 1,4 Millionen € eingestellt mit einer Verpflichtungsermächtigung von 4 Millionen €; im Jahre 2009 werden weitere 3 Millionen € dafür eingestellt werden. Meine Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass damit die jahrelange Hängepartie für unsere Feuerwehr endlich beendet ist.

Nachdem sie mit ihren Plänen für das Ettlinger Schloss in der Öffentlichkeit auf ein gerütteltes Maß an Skepsis gestoßen war, hat die Frau Oberbürgermeisterin im Entwurf des Haushaltsplanes für unser Schloss überhaupt keine Mittel mehr einstellen wollen. Einen solchen auffälligen Kurswechsel wird man wohl kaum als "nachhaltige Kommunalpolitik" bezeichnen können.

Was aber den Gemeinderat besonders befremdet hat, ist die Tatsache, dass sie uns bisher überhaupt keine Gelegenheit gegeben hat, ein optimiertes Nutzungskonzept für das Schloss zu beschließen. Dafür liegen jedoch bereits von mehreren Seiten konstruktive und interes-

sante Vorschläge auf dem Tisch. Auch winken öffentliche Zuschüsse, die nicht einfach links liegen gelassen werden dürfen.

Auf die Tagesordnung gehört deshalb jetzt die Beschlussfassung über das Nutzungskonzept sowie die Definierung der Bauherrenaufgabe für folgende Maßnahmen: Die Umsetzung des zu beschließenden Nutzungskonzepts, die erforderlichen energetischen Maßnahmen, die Planung eines zeitgemäßen behindertengerechten Zugangs und die Prüfung der Inanspruchnahme möglicher öffentlicher Zuschüsse. Bei den Haushaltsberatungen wurde deshalb vom Verwaltungsausschuss auf unseren Antrag eine Planungsrate in Höhe von 500.000 € in den Haushalt eingestellt. An diesem Standpunkt halten wir fest.

Dass über die Optimierung des Nutzungskonzepts endlich Beschluss gefasst werden muss, ist unstrittig. Außerdem haben die bereits im Gemeinderat geführten Diskussionen aufgezeigt, dass sich eine Bauherrenaufgabe stellt. Dann aber muss diese Bauherrenaufgabe jetzt auch einmal näher definiert werden. Allein dafür soll die Planungsrate eingestellt werden.

Alles Weitere wird dann gegebenenfalls die Aufgabe künftiger Jahre sein.

Mit Genugtuung hat meine Fraktion registriert, dass unsere Initiativen in diesem Jahr von der Verwaltung aufgegriffen und hierfür bereits Ansätze in den Haushaltsplan eingestellt wurden: Das gilt einmal für unseren Antrag, einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen zu dem im Rahmen des Leitbildprozesses entwickelten Thema "Die Alb erlebbar machen". Damit ist gemeint, dass Zugänge zum Fluss Alb geschaffen werden sollen.

Dabei verfolgen wir das Ziel, den bislang im rein theoretischen verharrenden Leitbildprozess einmal anstoßweise in eine konkrete politische Maßnahme zu transformieren. Eingestellt wurden insoweit ein Betrag von 15.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 85.000 €. Auch haben wir im Zusammenhang damit, der von den Grünen beantragten Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 215.000 € für Renaturierungsmaßnahmen der Alb, gerne zugestimmt.

Außerdem begrüßen wir es, dass eine schon seit längerem von uns ergriffene Fraktionsinitiative zu Informationsmaßnahmen an den Städteingängen offenbar jetzt Früchte trägt. Denn es sind nunmehr wenigstens einmal konkret 10.000 € eingestellt für ein Informationssystem am Seehof. Tatsächlich können wir es einfach nicht länger hinnehmen, dass an diesem äußerst werbewirksamen Flecken, an einem der wichtigsten Einfallstore in unsere Stadt, laufend Werbung für andere Städte und fremde Veranstaltungen gemacht wird. Vielmehr ist dieser Platz unsere Domäne, die wir nutzen wollen, um an der Peripherie auf unsere Stadt aufmerksam zu machen und damit potentielle Kunden und Besucher in die Stadt herein zu locken.

Gefreut hat uns, dass auch bereits für unseren Antrag zum schwerpunktmäßigen Ausbau frühkindlicher Betreuung Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 € eingestellt wurden, für eine erste Bestandsaufnahme als Grundlage weiterer Maßnahmen. Mit unserem Antrag, in der Innenstadt mehr Kinderspielgeräte aufzustellen, wofür 20.000 € eingestellt wurden, wollen wir einmal mehr die Familienfreundlichkeit unserer Politik unterstreichen. Dasselbe gilt auch für unseren Antrag, auf der Kronenstraße um einen Baum herum wieder eine Rundbank aufzustellen, auf der sich wie in früheren Zeiten, vor der Metzgerei Guthmann, insbesondere unsere Senioren ein wenig von ihren Einkäufen oder einem Stadtbummel ausruhen können. In diesem Zusammenhang erinnern wir auch an unsere Vorstöße zur Überprüfung und Kostenermittlung durch die Verwaltung für das Anbringen von zentrierten Sandsteinbändern auf der Leopoldstraße und das Projekt, einen attraktiveren und auch behindertengerechten Zugang zur Tiefgarage am "Neuen Markt" zu schaffen, für das die Bürgerinitiative vergangenes Jahr wegweisende Alternativen erarbeitet hat. Mit diesen Vorstößen verfolgen wir das Ziel, nicht nur unserer Damenwelt und den Besuchern unserer Stadt, sondern vor allem unseren behinderten und älteren Einwohnern die Fortbewegungsmöglichkeiten zu erleichtern.

Gerne haben wir auch die Initiative des CDU-Ortsverbandes der Kernstadt unterstützt, in Ettligen West ein "Bürgerbüro" als Anlaufstelle für die Bewohner dieses Stadtteils zu schaffen, wofür im Haushalt 10.000 € eingestellt wurden. Damit soll Ettligen-West einen städtischen Ansprechpartner direkt vor Ort erhalten, um die Kommunikation mit der Stadtverwaltung, an der es in der Vergangenheit gelegentlich gefehlt hat, deutlich zu verbessern.

Eine weitere gute Botschaft für Ettlingen-West ist zu vermelden: Auf Initiative der CDU-Fraktion wird der Anschluss der Hohewiesenstraße und des Fichtenweges an den Mischwasserkanal Mörscherstraße in der mittelfristigen Finanzplanung in das Jahr 2009 vorgezogen. Damit soll sobald wie möglich dem Missstand abgeholfen werden, unter dem viele Anwohner dieser Straßen durch Überflutungen ihrer Keller leiden. Dann kann auch der restliche Ausbau der Hohewiesenstraße zwischen Mörscherstraße und Lärchenweg um ein Jahr vorgezogen werden.

Nachdem wir in diesem Jahr das fünfzehnjährige Jubiläum der Städtepartnerschaft mit dem russischen Gatschina gefeiert haben, sind wir mit dem auf Sizilien gelegenen Menfi eine weitere Partnerschaft eingegangen. Seit den sechziger Jahren haben wir eine große italienische Gemeinde in unserer Stadt, die auch schon sehr frühzeitig aus Menfitanern bestand. Diese Menschen pflegen auch heute noch vielfältige verwandtschaftliche und freundschaftliche Kontakte zu ihrer Heimatstadt. Somit war Menfi für eine Städtepartnerschaft geradezu prädestiniert.

Unsere CDU-Fraktion dankt ihrem Fraktionsmitglied Alfredo Palermo für seine Initiative, auf die es zurückzuführen ist, dass wir diese italienische Städtepartnerschaft begründen konnten. Er hat sich hierbei große Verdienste erworben, wie er sich überhaupt Verdienste um das Renommee unserer Stadt dadurch erworben hat, dass er ihren herausragenden sportlichen Ruf durch den Leistungssport in die ganze Welt hinausträgt.

Für unsere Fraktion ist das Geothermieprojekt unverändert eine Option der Energiegewinnung auf eigenem Grund und Boden. Allerdings sind dafür beträchtliche Investitionen erforderlich, um mittels einer seismischen Bohrung die Möglichkeiten zu seiner Verwirklichung zu erkunden. Nach unserer Überzeugung muss sich die Frage der Rentabilität eines solchen Projekts derzeit allein nach den Bedingungen der Stromerzeugung entscheiden. Für die Nutzung der Abwärme fehlt uns bislang ein Fernwärmenetz in den Gewerbegebieten, die dem Gewann "Heiligenfeld", also dem potentiellen Standort eines Geothermiekraftwerks, benachbart sind.

Dort, wo die Geothermie heute nicht nur zu Forschungszwecken, sondern bereits zur Energieversorgung genutzt wird, wie etwa in Unterhaching oder geplant wird wie in Basel, sind bereits vorhandene Fernwärmenetze Voraussetzung für die Nutzung der Abwärme. Ohne eine solche Infrastruktur macht es keinen Sinn, die Vergabe von Baugrundstücken in den benachbarten Gewerbegebieten zurückzustellen und sie eventuellen späteren Abwärmenutzern vorzubehalten.

Die Frage muss vielmehr vorrangig dahingehend gestellt werden, ob der Gemeinderat willens ist, die infrastrukturellen Voraussetzungen in Form eines Fernwärmenetzes in diesen Bereichen zu schaffen und unter welchen Voraussetzungen es überhaupt wirtschaftlich Sinn macht, dies zu tun. Insbesondere wäre zunächst zu klären, ob dazu ein Anschluss- und Benutzungszwang eingeführt werden muss und ob er rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Ohne Klärung all dieser Fragen ist die Diskussion über die Reservierung von Gewerbegebieten für potentielle Abwärmenutzer jetzt jedenfalls verfrüht.

Auch für unsere Stadtwerke werden Weichenstellungen erforderlich sein. Früher einmal gedacht als Einrichtung der Daseinsvorsorge für die Strom-, Gas- und Wasserversorgung in unserem Gemeindegebiet, sehen sich die Stadtwerke heute einem mörderischen Wettbewerb ausgesetzt mit zahlreichen anderen Anbietern, aber auch mit vier großen Oligopolisten, unter denen selbst kein ausreichender Wettbewerb stattfindet. Dazu kommt, dass wir unsere Stadtwerke in den vergangenen Jahren als Lastenesel betrachtet haben, dem wir Aufgaben übertragen haben, wie die städtischen Bäder und die Buhlsche Mühle, die wir als Gemeinde selbst zu schultern nicht oder nicht länger bereit waren.

Wir können es uns in der Zukunft keinesfalls mehr leisten, unsere nicht bewältigten Altlasten in unsere Eigenbetriebe, egal in welcher Rechtsform, ob sie privat- oder öffentlich-rechtlich betrieben werden, einfach "outzusourcen" und sie dort ihrem weiteren Schicksal zu überlas-

sen. Die entscheidende Zukunftsfrage, die in nächster Zeit beantwortet werden muss, ist vielmehr dahingehend zu stellen, ob sich bei den ihnen übertragenen Aufgaben und unter den Bedingungen der heutigen Wettbewerbssituation mit unseren Stadtwerken überhaupt noch das ursprüngliche Ziel verwirklichen lässt, unseren Bürgerinnen und Bürgern die Versorgungsleistungen zu günstigen Bedingungen anzubieten.

Bei unserem Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung stellt sich als entscheidende Zukunftsfrage die Frage nach den laufenden Unterdeckungen. Nach unserer Überzeugung müssen zunächst alle Potentiale ausgeschöpft werden, um die Kosten in den Griff zu bekommen, bevor die Bürgerinnen und Bürger erneut mit Gebührensteigerungen belastet werden, die ebenso wie Steuererhöhungen gegenwärtig überhaupt nicht in die politische Landschaft passen. Auf Dauer werden wir jedenfalls nicht länger Unterdeckungen mit unerwarteten Überschüssen aus dem gemeindlichen Haushalt ausgleichen können, wie wir es bisher zu tun bemüht waren und es auch jetzt wieder sind, um die ansonsten unvermeidlichen Gebührenerhöhungen aufzufangen. Vielmehr werden wir dafür sorgen müssen, dass der Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung die Kapitalkosten für seine nicht unbeträchtlichen Schulden wieder aus eigener Kraft erwirtschaften kann.

Das Verhältnis der Frau Oberbürgermeisterin zu den Stadtteilen kann nur als stiefmütterlich bezeichnet werden. Dort noch ausgestattet mit beträchtlichen Mehrheiten bei ihrer Wahl vor über vier Jahren, hat es sich die Oberbürgermeisterin offenbar zum Ziel gesetzt, die Stadtteile auf schleichendem Wege finanziell auszutrocknen. Wie anders könnte es interpretiert werden, dass - wie im letztjährigen Haushalt geschehen - Mittel insbesondere für die Hallen in den Stadtteilen Ettligenweier und Bruchhausen in den Haushalt eingestellt werden, die aber von ihr schlicht und einfach nicht ausgegeben werden. Bei ihrer Haushaltsrede haben Sie, Frau Büssemer, "die Katze aus dem Sack gelassen": es geht Ihnen darum, den Sanierungsstau dort zuzuspitzen und die betroffenen Stadtteile vor die Alternative eines Abrisses ihrer Hallen zu stellen.

Wir freuen uns, dass die Mehrheit dieses Gemeinderats auf unsere Initiative hin diese politischen Manöver der Oberbürgermeisterin durchkreuzt und erneut die beiden Stadtteile Ettligenweier und Bruchhausen im Verwaltungshaushalt mit den nötigen Mitteln ausgestattet hat, um wenigstens die dringend notwendigen Sanierungen durchzuführen. Für eine neue Gasheizung in der Franz-Kühn-Halle in Bruchhausen werden dementsprechend 350.000 € und für die Sanierung der Bürgerhalle in Ettligenweier, insbesondere auch für die vordringliche Toilettensanierung, wiederum 220.000 € in den Haushalt eingestellt. Die Ortsverwaltungen dieser beiden Stadtteile sind aufgerufen, den Vollzug des Haushalts im kommenden Jahr frühzeitig zu überwachen, damit wir gegebenenfalls im Gemeinderat die notwendigen Initiativen ergreifen können, um den politischen Willen der Mehrheit dieses Hauses durchzusetzen.

Auch freuen wir uns, dass unsere Initiativen eine Mehrheit im Gemeinderat gefunden haben, im Vermögenshaushalt für den Umbau der TSV-Gaststätte im Stadtteil Spessart zur Realisierung eines Veranstaltungssaales eine Planungsrate in Höhe von 100.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 € einzustellen und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 € für die weitere Umsetzung der Konzeption für Veranstaltungen in der Turnhalle der Schule im Stadtteil Schöllbronn. Wir anerkennen damit auch die Bemühungen der Verantwortlichen in diesen Stadtteilen, sich mit finanzpolitisch realistischen Lösungen bei der Hallenfrage zu bescheiden.

Unsere Fraktion begrüßt es, dass der Pfarrgemeinderat in Spessart sich aus "historischen Gründen" für den Betrieb einer Einrichtung im Kindergarten St. Elisabeth ausgesprochen hat, um das Gebäude erhalten zu können. An diesem Gebäude, das unter Mithilfe der Spessarter Bevölkerung in früheren Zeiten errichtet wurde, hängt viel "Herzblut" aus diesem Stadtteil, sodass mit Rücksicht auf diese Empfindungen der Erhalt unbedingt erstrebenswert erscheint. Meine Fraktion ist deshalb auch bereit, hierfür die erforderlichen städtischen Investitionszuschüsse aufzubringen.

Manches, was im Zuge der Debatte um die Abschaffung der unechten Teilortswahl an Vorschlägen gemacht wurde, erweckt zuweilen den Eindruck eines schlechten Gewissens der Vorschlagenden. Hierzu gehört auch der Antrag der SPD-Fraktion, den Ortschaftsräten ein eigenes Etatrecht zuzubilligen. Ihr Vorschlag, bei einem Volumen des Gesamthaushalts von 105 Millionen € allen Stadtteilen zusammen Haushaltsmittel in Höhe von 325.000 € zuzubilligen, kann nur als schlechter Witz bezeichnet werden; er offenbart, dass dieser Vorstoß reinen Alibi-Charakter hat.

Unsere Fraktion fordert dem gegenüber, die Stadtteile mit einem Etatrecht auszustatten, das vom Volumen des Vermögenshaushalts abzüglich eines Strukturbeitrages für die Kernstadt ausgeht und bei dem der verbleibende Betrag pro Kopf auf die Bewohner der Kernstadt und der Stadtteile umgelegt werden soll. Im Übrigen sehen wir dazu der angekündigten Vorlage der Verwaltung entgegen, zu der dann zunächst die Ortschaftsräte anzuhören sein werden. Wir haben ein bewegtes Jahr hinter uns, das uns am Beginn und am Ende mit den Vorstößen zur Abschaffung der unechten Teilortswahl beschäftigt hat. Bemerkenswert war es, weil es zwei einander widersprechende Beschlüsse gegeben hat. Die im Rahmen des Bürgerbegehrens gesammelten Unterschriften werden dafür sorgen, dass wir uns demnächst mit dieser Frage wieder zu beschäftigen haben. Reizvoll ist der Gedanke, dass der Ausgang erneut davon abhängen könnte, dass das Phantom des Gemeinderats dann möglicherweise wieder einmal weg ist.

Jawohl, wir sind eine Stadt Ettlingen. Das ist zu Recht in den vergangenen Wochen betont worden. Lassen Sie uns daher alle gemeinsam daran arbeiten, die im Zuge der Debatte um die Abschaffung der unechten Teilortswahl schmerzlich zu Tage getretenen Defizite auf dem Weg zur Vollendung der Einheit endlich aufzuarbeiten. Lassen Sie uns dieser einen Stadt Ettlingen, die es seit über 30 Jahren gibt und die eine Erfolgsgeschichte ohne Gleichen darstellt, gemeinsam dienen und diese Erfolgsgeschichte in der Zukunft fortschreiben. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wollen, dass wir gemeinsam zum Wohle aller in dieser Stadt handeln und tätig werden - egal ob wir nun aus der Kernstadt oder den Stadtteilen kommen.

Meine Fraktion stimmt dem Haushalt ebenso zu, wie dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung und dem Haushalt der städtischen Stiftungen. Wir bedanken uns bei dem Stadtkämmerer Dieter Becker für die mühevollen Arbeit, die er zusammen mit den Mitarbeitern seiner Finanzverwaltung wiederum geleistet hat und dass er die Beratungen zum Haushalt so sachkundig und geduldig begleitet hat.

Lassen Sie mich meine Haushaltsrede beschließen mit einem Zitat des ersten Bundeskanzlers unserer Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, der die öffentliche Auseinandersetzung einmal so treffend mit folgenden Worten charakterisiert hat: "Wir leben alle unter dem gleichen Himmel, wir haben aber nicht alle den gleichen Horizont."

Haushaltsrede Stadtrat Deckers:

„Frau Oberbürgermeisterin hat bei der Einbringung des Haushaltes vor ca. 5 Wochen mehrfach die Metapher des schiefen Turms von Pisa bemüht. Ich weiß, dass die Meinungen über die Eignung dieser Metapher als Messlatte für einen kommunalen Haushalt auseinander gehen. Wir von FE wollen uns allerdings diesem Bild nicht anschließen. Wir sind der Meinung, dass der Haushalt einen Weg weist, wie die Gemeinde im nächsten Jahr ihre Ziele erreichen will und welche Ziele sie mittel- und langfristig verfolgt. Der Haushaltsplan sollte demnach mehr im Sinne eines Werbespruchs der Genossenschaftsbanken den Weg frei machen, denn an ein Gebäude erinnern bei dessen Anblick Einsturzängste, die geweckt werden.“

Ich kann in diesem Zusammenhang nur noch einmal darauf hinweisen, dass für den kommunalen Haushalt die gleichen Grundsätze gelten, wie für Firmenetats oder private Budgets: richtig haushaltet nur der, der unnötige Ausgaben vermeidet, seine Planungen an Machbarem orientiert und Schulden nur aufnimmt, wenn dies für eine wichtige Zukunftsinvestition unerlässlich ist, über die Verwendung von höheren als geplanten Einnahmen erst nach sorgfältiger Überlegung entscheidet.

Genügt unser städtischer Haushalt diesen schlichten Anforderungen? Welchen Weg zeigt der Haushalt für die Zielerreichung des kommenden Jahres auf? Welche kurzen und mittelfristigen Ziele wollen wir in Ettlingen erreichen?

Mit neuen Einnahmen umzugehen ist die Aufgabe, die sich erfreulicherweise für uns seit einer guten Stunde erkennbar stellt. 3.000.000 € mehr Einnahmen in der Kasse zu haben, ist eine erfreuliche Tatsache. Wir von FE meinen daher, es bedarf sorgfältiger Überlegungen, was mit diesen Mitteln geschehen soll. Wir werden nie zu denen gehören, die sagen, die Planung wird so wie sie steht nicht eintreten, so schlimm wird es nicht werden. Wir sind lieber bereit, uns in Nachtragshaushalten mit der Verwendung von Mehreinnahmen auseinander zu setzen als festzustellen, wir haben zu viel auszugeben.

Ich muss jetzt geringfügig von meinem Manuskript für den heutigen Redebeitrag abweichen, da die erfreuliche Tatsache der höheren Einnahmen natürlich bei Vorbereitung noch nicht berücksichtigt werden konnte. Es freut mich aber, dass selbst bei höheren Einnahmen die Thesen und Grundposition zum Haushalt, die wir von FE vertreten, unverändert bestehen bleiben.

Im Haushalt sind für das Feuerwehrhaus 5,4 Mio. € inklusiver Verpflichtungsermächtigung eingestellt.

Genügt unser städtischer Haushalt diesen schlichten Anforderungen? Welchen Weg zeigt der Haushalt für die Zielerreichung des kommenden Jahres auf, welche kurz- und mittelfristigen Ziele wollen wir in Ettlingen erreichen?

Jetzt sind im Haushalt für das Feuerwehrhaus 5.400.000 € (inklusive Verpflichtungsermächtigung) eingestellt. Wir haben damit die größte Einzelinvestition der Stadt aus den letzten Jahren zu schultern.

Wir meinen nach wie vor, dass die Entscheidung „Neubau des Feuerwehrhauses“ zum jetzigen Zeitpunkt falsch war. Wesentliches Motiv der Entscheidung war die städtebaulich angeblich dringende Notwendigkeit, das „Filetstück“ an der Pforzheimer Straße zu verwenden. Bis heute gibt es nicht einmal einen vagen Plan, was denn dort stehen soll. Welcher private Bauherr würde ein funktionierendes Gebäude abreißen, weil er meint, das Grundstück sei anders auch gut zu verwenden, wenn er nicht einmal weiß, wie die Verwendung genau aussieht?

Keine Angst wir werden nicht beantragen, die Investition jetzt zu bremsen oder nicht durchzuführen. Der Fortschritt der Planung und Vorleistung sind bereits so groß, dass ein Stopp der Investition jetzt noch schädlicher wäre, als diese weiterlaufen zu lassen.

Wir möchten aber dringend davor warnen, denselben Fehler nur in wesentlich größeren Dimensionen zu wiederholen. Dieser Fehler zeichnet sich bei uns bei der Einstellung der Planungsrate in Höhe von 500.000 € für das Ettlinger Schloss ab. Die Verwaltung hatte, nachdem das Projekt Schloss im August/September noch ganz oben auf der Dringlichkeitsliste stand, im Haushalt zunächst 0 Euro angesetzt. Zur Begründung wurde auf die fehlenden Mittel verwiesen. Der Verwaltungsausschuss hat nunmehr beschlossen, eine Planungsrate von 500.000 € für 2008 in den Haushalt einzustellen. Wir von FE meinen: wer eine Planungsrate von 500.000 € ernsthaft ausgeben will – immerhin der stolze Betrag von 1.000.000 DM – muss bereit sein, in einem vernünftigen zeitlichen Zusammenhang ca. 10.000.000 € zu investieren. Ansonsten macht ein Planungsaufwand von 500.000 € überhaupt keinen Sinn. Welcher Privatmann investiert 500.000 € in eine Planung, wenn er nicht einmal weiß, ob er das Geld hat, die Planung umzusetzen?

Welcher Privatmann investiert 500.000 € wenn er nicht einmal genau weiß, was er im Gebäude machen will?

Wenn wir uns den Haushalt 2008 und die mittelfristige Finanzplanung ansehen, wissen wir nicht, wo in den nächsten zwei bis drei Jahren die Mittel herkommen sollen, eine solche Investition in unserem Schloss durchzuführen.

Ich sage es ehrlich, wenn wir von FE durch das Schloss laufen, sehen auch wir an zahlreichen Stellen Verbesserungsbedarf. Einen dringenden Handlungsbedarf in dem Sinne, dass in Millionenhöhe unbedingt etwas geschehen muss, sehen wir allerdings nicht.

Wir denken auch, wir müssen und können uns damit abfinden, dass es sich bei unserem Schloss um ein historisches Gebäude handelt, in dem man nicht in jedem Saal alles machen kann. So können wir von FE mit dem Argument, die Sanierung des Bodens im Asam-Saal für mehrere Hunderttausend Euro sei notwendig weil Stehempfänge sonst im Asam-Saal nicht möglich seien, rhythmisches Stampfen mit den Füßen im Asam-Saal sonst nicht möglich sei, wenig anfangen. In zahlreichen historischen Gebäuden finden sich Einschränkungen für die Nutzbarkeit der Räume. Wir von FE denken, wir haben genügend Räume in Ettlingen, in denen man Stehempfänge durchführen kann und in denen man auch gegebenenfalls rhythmisch mit den Füßen auf den Boden trampeln kann. Jeder Gast, jeder Besucher des Asam-Saals müsste in der Lage sein zu erkennen und zu akzeptieren, dass dies im Asam-Saal nicht möglich ist. Es bestehen keine Bedenken, die Schubertiade noch jahrelang im Asam-Saal ohne Bodensanierung für 500.000 € durchzuführen und auch die Unterzeichnung der Partnerschaftsurkunde mit Menfi war im Asamsaal ohne Gefährdung für Leib und Leben der Anwesenden möglich.

Der dringende Handlungsbedarf in den jetzt diskutierten Größenordnungen scheint uns daher vorgeschoben.

Besonders gewundert hat uns in diesem Zusammenhang auch, wie schnell manche in diesem Gemeinderat ihre Meinung zum Thema Bürgerbeteiligung und Akzeptanz unter den Bürgern wechseln.

Am 18. September 2007 – also gerade vor drei Monaten - hatte die CDU Fraktion beantragt, vor Großinvestitionen in das Schloss eine Bürgerversammlung und eine Anhörung der Bürger zu diesem Thema durchzuführen.

Seiner Zeit hatte die Verwaltung darauf mit dem Hinweis reagiert, dass die Gemeinderatssitzung im September der Vorinformation diene und sich der Gemeinderat erst über die Nutzung verständigen möge und danach eine Bürgerinformation durchführen möge.

Genau diesen Grundsatz verletzt die Gemeinderatsfraktion, die seinerzeit den Antrag gestellt hatte, jetzt, wenn sie vor einer Information der Bürger und vor einem genauen Anhören dessen, was die Bürger eigentlich wollen, eine halbe Mio. Euro für eine Planung ausgibt. Richtig wäre gewesen, im nächsten Jahr zunächst mit den Bürgern zu diskutieren, was diese, als die eigentlich Betroffenen, von ihrem Schloss wollen, von ihrem Schloss erwarten und was sie auch bereit sind, für dieses Schloss zu investieren.

So würde uns durchaus interessieren, wie die Bürger die Notwendigkeit sehen, die Toiletten im Erdgeschoss des Nordflügels, also unterhalb Rohrer- und Epernaysaal zu renovieren.

Die FE Fraktion wendet sich daher nachhaltig gegen diese Ausgabe und beantragt ausdrücklich, den Ansatz der Planungsrate in Höhe von 500.000 € für die Renovierung des Schlosses im Haushalt 2008 zu streichen.

Lassen Sie uns erst mit den Bürgern diskutieren, was wir wollen und wie wir es wollen, erläutern wir den Bürgern ehrlich, was wir nicht machen können, wenn wir das Schloss renovieren und entscheiden wir dann.

Ebenso hat uns das Theater um die Gewährung eines Zuschusses von 6.000 € für die Mensa am Schulzentrum erschreckt.

Man muss kein Prophet sein, um bei der Erarbeitung der Haushaltsrede zu wissen, dass die Fraktionsvorsitzenden der großen deutschen Volksparteien in diesem Gemeinderat die Haushaltsrede in wesentlichen Teilen dazu verwenden, auf ihre Urhebererschaft an zahlreichen Anträgen und Beschlüssen des Gemeinderats hinzuweisen.

Eine Besonderheit ergibt sich jedoch diesmal beim Zuschuss für den Mensabetrieb des AMG. Die Grünen wollen den Antrag gestellt haben, die CDU stellt ihn jetzt, die SPD schließt sich an und die FE schließt sich auch an. Jedem muss auffallen, dass hier etwas nicht stim-

men kann. Wenn alle, die heute für eine Sache sind, sich im Ausschuss so verhalten hätten, wäre der Zuschuss für die Mensa des AMG lange genehmigt.

Es wäre für die Bevölkerung in der Tat interessant zu wissen, „wer“ im Verwaltungsausschuss „wie“ in dieser Sache gestimmt hat. Dann könnte auch jeder beurteilen, wer wirklich ein Projekt wie die Mensa am Schulzentrum unterstützen will und wer eigentlich primär in eigener Sache taktieren möchte.

Wir beantragen daher, dass die Oberbürgermeisterin prüft, ob sie über den Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen im Ausschuss und das Stimmverhalten Auskunft geben kann und gegebenenfalls diese Auskunft öffentlich erteilt.

Wir von FE beantragen jedenfalls für die Aufrechterhaltung des Mensenbetriebes in Ettlingen den Betrag von zweimal 6.000 € in den Haushalt einzustellen.

Lassen Sie mich noch auf ein weiteres Thema eingehen: Die Schlossfestspiele

Dass die Schlossfestspiele als kultureller Mittelpunkt unserer Stadt auch wirtschaftlich wieder berechenbar und zuverlässig geworden sind, bedarf der besonderen Anerkennung.

Wir haben in Herrn Schürmer einen Intendanten gefunden, der es in seiner ersten Festspielsaison geschafft hat, die Attraktivität der Schlossfestspiele zu steigern und die Ausgaben zu senken. So ist es mehr als erfreulich, dass wir im Gegensatz zu früheren Jahren, wo wir massive Überziehungen des Schlossfestspieletats beklagen mussten, im Jahre 2007 zum ersten mal weniger Geld ausgegeben haben als wir veranschlagt hatten. Diesen Weg müssen und wollen wir fortsetzen.

Wir haben daher dem Intendanten die Mittel, die er in 2007 nicht ausgegeben hat, in 2008 zur Verfügung gestellt.

Damit wollen wir mehrere Sachen erreichen: Wir wollen zum einen in der Verwaltung zeigen, dass man Mittel nicht zum Jahresende ausgeben muss, weil sie sonst verfallen.

Wir wollen zeigen, dass wir sparsames Verhalten belohnen und, dass sich Sparsamkeit auch für diejenigen, die letztlich entscheiden, ob sie Geld ausgeben oder nicht, lohnt.

Wir wollen aber auch dem Umstand Rechnung tragen, dass entgegen der Vorlage der Schlossfestspielverwaltung die Eintrittsgelder für das Jugendstück nicht erhöht werden – was auch unseres Erachtens familienpolitisch richtig ist. Wir wollen gleichzeitig ein Stück weit dem Gedanken Rechnung tragen, dass die Schlossfestspiele im kommenden Jahr des 30jährigen Jubiläums etwas höhere Aufwendungen haben.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Frage eingehen, ob es sinnvoll ist ein „Winterstück“ zu produzieren.

Zunächst möchten wir hierzu klar stellen, dass sicherlich keiner im Gemeinderat eine Verlängerung der Schlossfestspiele in den Winter hinein will. Auch die Intendanz hat uns versichert, dies nicht zu wollen. Der Begriff Winterstück ist insoweit sicherlich missverständlich, als es nicht darum geht, ein Stück, vergleichbar den Sommerproduktionen im Schlosshof, jetzt im Winter folgen zu lassen. Es geht um eine kleine Produktion, die helfen soll, die Schlossfestspiele im Sommer noch besser präsentieren und vermarkten zu können.

Lassen wir doch dem Intendanten, der eine äußerst erfolgreiche Spielzeit hinter sich gebracht hat, die Entscheidung, ob er mit den vorhandenen Mitteln eine solche Produktion durchführen kann. Es geht doch allenfalls um eine Bereicherung, nicht um die Aufblähung des Etats.

Weiter möchten wir noch auf das geplante Familienzentrum eingehen. Unsere Fraktion hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der von der Verwaltung veranschlagte Betrag von 1.000.000 € (einschließlich der Verpflichtungsermächtigung) auch in den Haushaltsberatungen durchgesetzt werden konnte.

Zunächst einmal muss man darauf hinweisen, dass dem Aufwand von 1.000.000 € ein Grundstückserlös für das Grundstück, auf dem dann von anderer Seite weitere Gebäude errichtet werden, in fast gleicher Größe gegenübersteht. Tatsächlich belastet damit das Familienzentrum durch seine Errichtung unsere Stadtkasse nicht mit 1.000.000 € sondern mit einem wesentlich geringeren Betrag.

Dass vor einer endgültigen Entscheidung über dieses Projekt im Gemeinderat die Einzelheiten aber auch die Folgekosten diskutiert werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Danach wird endgültig entschieden werden, ob wir uns dieses Familienzentrum leisten können. Für FE gehört es zu den sehr wünschenswerten Projekten.

Wir möchten daher klarstellen, dass wir dieses Projekt, soweit es finanzierbar ist, unterstützen werden.

Ich möchte auf einen weiteren positiven Aspekt unseres Haushaltes eingehen: Wir haben im Kommunalwahlkampf vor drei Jahren gebrandmarkt, dass unsere Stadt für die Betreuung von Kindern im Vorkindergartenalter gerade 5.000 € Zuschuss zum Tageselternverein gibt. Wir haben seinerzeit angekündigt, diese Betreuungssituation, aber auch die Situation von Familien mit Kindern, zu verbessern. Wer sich heute die Gegebenheiten in der Kinderbetreuung in Ettlingen ansieht, weiß, dass wir diese Zusage erfüllt haben. Ettlingen ist, was die Betreuung von Kindern betrifft, auch Dank des Einsatzes von Frau Bürgermeisterin Petzold-Schick auf dem richtigen Weg. Diesen Weg werden wir durch den Ausbau der Ganztageschulen konsequent weiter gehen. Die Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft verlangen nach solchen Angeboten.

Wir werden auch die weitere Arbeit des lokalen Bündnisses für Familien unterstützen; Vorfälle um den gewaltsamen Tod von Kindern in Deutschland zeigen, wie wichtig es ist, die Unterstützung von Familien auf eine breite Basis zu stellen und über Familie zu diskutieren. Sie werden von Rednern der Fraktionen und Gruppen, die heute hier zu Wort kommen hören, welche positiven Projekte auf den Weg gebracht sind, wie gut wir im Bereich Kultur und Sport in unserer Stadt aufgestellt sind; wir können dies nur unterstützen. Diesen Zustand zu erhalten ist für uns oberste Aufgabe der Kommunalpolitik. Seit wir in diesem Parlament vertreten sind, mahnen wir daher strukturelle Veränderungen im Haushalt an. Uns wundert es daher sehr, wenn zwischen einer Gruppenvorsitzenden und der Verwaltung eine Diskussion beginnt, was denn eigentlich „strukturelle Änderungen“ sein sollen.

Strukturelle Veränderungen sind für uns alle Maßnahmen mit denen Abläufe, Zustände und Angebote verändert werden. Wenn ich eine Leistung statt durch eigene Mitarbeiter durch einen Dritten erbringe, habe ich die Leistung verändert.

Das zur Kosteneinsparung immer wieder Strukturen verändert werden müssen, eben strukturelle Änderungen durchgeführt werden müssen, ist ein Gemeinplatz. Wir meinen, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, solche strukturellen Änderungen dem Gemeinderat vorzuschlagen. Hier sehen wir nach wie vor ein Defizit.

Wir hatten in den vergangenen Haushaltsreden immer wieder eingefordert, ein Konzept zur Minderung von Personalausgaben oder ein Raumkonzept vorzulegen. Ein Raumkonzept sollten z. B. die Mietausgaben, die wir an Dritte zahlen, mindern, aber auch die Möglichkeit eröffnen, nicht benötigte Räume zu veräußern, sie zumindest nicht zu renovieren oder zu beheizen oder in Stand zu halten.

Leider ist uns bis heute hierzu nichts vorgelegt worden. Wir können nur erneut daran erinnern und das Fehlen solcher Unterlagen nachhaltig bemängeln. Ein Gemeinderat, der letztlich keinen Einblick in einzelne Verwaltungsabläufe hat und auch nicht Fachmann in Sachen Verwaltung sein kann, kann diese fehlende Arbeit der Verwaltung nicht ersetzen. Von uns daher noch einmal der dringende Appell an die Verwaltung: Arbeiten Sie an solchen strukturellen Veränderungen, legen Sie uns diese vor, Verwaltung besteht nicht nur daraus schöne Bauwerke zu erhalten oder noch schöner zu machen, Verwaltung bedeutet auch Verbesserung und Optimierung täglicher Abläufe.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus unserer Sicht des Haushaltes:

Der Haushalt ist zunächst einmal eine handwerklich gelungene Arbeit, der die Grundlage dafür bietet, dass unsere Stadt in den nächsten Jahren Ausgaben tätigen kann. Solche Ausgaben sind zu einem erheblichen Teil notwendig. Die betroffenen haben einen Anspruch

darauf, dass Klarheit besteht, dass Ihnen diese Mittel, die wir im Haushalt bereitgestellt haben, auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesem Grunde kommt für mich eine Ablehnung des Haushaltes nur als „ultima ratio“ in Frage. Auf der anderen Seite möchte ich aber betonen, dass ich die Einstellung einer Planungsrate von 500.000 € für das Schloss nicht für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern halte. Ich werde aus diesem Grunde dem Haushalt nicht zustimmen. Ich werde mich wie im letzten Jahr der Stimme enthalten und bitte die Verwaltung, dies als erneute Aufforderung zu verstehen, so mit dem Geld der Stadt umzugehen, als wäre es ihr eigenes. Meine Fraktionskollegen haben die Entscheidung, wie sie zum Haushalt abstimmen jeweils selber getroffen. Es ist bekannt, dass es einen Fraktionszwang oder einen Druck auf gleichmäßiges Abstimmungsverhalten bei FE nicht gibt.

Wir wünschen unserer Stadt im nächsten Jahr weiterhin alles Gute. Wir werden unseren Beitrag weiterhin dazu leisten.“

Haushaltsrede Stadtrat Lorch:

„Wer in die Politik geht, muss zur Lösung von Problemen - und die gebiert das gesellschaftliche Leben permanent – Position beziehen. Also beziehen wir Position! Wer in die Politik geht, muss wissen, dass Politik oft ein Bohren harter Bretter ist. Also bohren wir harte Bretter, auch heute, hier und jetzt zum Gemeindehaushalt 2008. Hilfreich in der modernen technisierten Welt sind zur Kurs- und Zielfindung Navigationsgeräte, so genannte "Navis". Also positioniert sich die SPD-Fraktion mit einigen politischen "Navis".

"Navi 1": Haushalt Vereinigte Stiftungen

Hier sind die finanziellen Orientierungsdaten im Etatentwurf klar gegliedert und zielgerichtet zentriert. Andere streben wir nicht an. Mit 564.400 € Gesamtvolumen wünschen wir für 2008 gute Fahrt, hoffend, dass die unerlässlich umfänglichen Sanierungs- und Umbaumaßnahmen - augenblicklich gut im Zeitplan - im Frühjahr 2008 erfolgreich abgeschlossen werden können. Ettlingen erhält damit ein weiteres Prädikat für eine zukunftsgerichtete soziale Einrichtung, hier in der zur Diakonie gehörenden Trägerschaft. Das Attribut "Soziale Stadt" wird damit Zeichen setzend fortgeschrieben.

"Navi 2": Haushalt Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Das Frischwasser kommt seit ungefähr 130 Jahren aus dem Hahn in der Wand - in Tansania ist das durchaus nicht selbstverständlich -, wird verbraucht vom Teekochen über die Waschmaschine bis zur Toilettenspülung und muss wieder verschwinden. Das Verschwinden in den z. T. marode gewordenen Kanalrohren unter der Erde kostet "massig" Geld, rückblickend auf die noch nicht ausgeglichenen Jahre 2003 bis 2006 auf 0,9 Mio. € angewachsen. In der Haushaltseinbringung der Oberbürgermeisterin wurde für diese Verlustabdeckung und weiterer erwarteter Defizite für die anstehenden Jahre noch eine Gebührenerhöhung von 25 Cent/m³ angedacht. Anders die Situation heute. Der notwendige Ausgleich der Jahre 03 bis 06 von 0,9 Mio. € wird durch die erfreuliche Bilanzmehreinnahmen des Allgemeinen Haushalts 07 ausgeglichen werden. Für 2007 ist nach einer vorsichtigen Schätzung im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasser nicht mit einem betrieblichen Verlust zu rechnen, so dass für 2008 eine Gebührenerhöhung nicht vorgesehen ist, doch müssen Erhöhungen für die zu erwartenden betrieblichen Defizite in der weiteren Zukunft durchaus angedacht werden. Auch der hohe Schuldenstand insgesamt muss abgebaut werden. Es geht nicht an, alle Belastungen an die nächsten Generationen weiter zuschieben.

"Navi 3": Allgemeiner Haushalt vorab

In der Presse stand's deutlich am 09.11.07 zur "Schiefen-Turm-Rede" der Oberbürgermeisterin: "Die Fraktionen waren sehr verwundert". In der Tat, da schwankte der Kurs innerhalb eines halben Jahres doch kräftig hin und her. Hat hier vielleicht unterwegs das Navigationsgerät ausgesetzt? Am 9. September noch die Euphorie zum Mega-Sanierungsprojekt Schloss mit 17,5 Mio. € einschließlich Tiefgarage. Voraus am 19.07.07 der Pressevermerk in den BNN: "Rathauschefin Büssemaker kündigte erneut an, sie werde dem Rat in den Haushaltsberatungen vorschlagen, schwerpunktmäßig ins Schloss Geld zu stecken." Und waren da nicht auch noch in der Diskussion, die millionenschweren evtl. Käufe des Postgebäudes und des Keilbachgebäudes? Plötzlich alles auf Null!

Spontan fiel mir der berühmte Höhenflug des Ikarus ein. Der flog mit seinen durch Wachs zusammengehaltenen Flügeln in den Himmel. Je näher er der Sonne seiner Wünsche kam, umso mehr schmolzen die Flügel und er stürzte zurück ins abkühlende Wasser. Ich zitierte vor kurzem Goethes Clavigo: "So unerwartet von einem Zustand in den anderen."

Positionenlichter zum Allgemeinen Haushalt:

3.1. Generell

Der Entwurf wurde nach Einbringung am 7.11.07 durch korrigierende externe Zahlenmeldungen noch einmal auf den neuesten Stand gebracht, hernach im Verwaltungsausschuss "gerüttelt und geschüttelt" und schließlich der Gesamtumfang auf 105,1 Mio. € festgezurr, heutige Veränderungen nicht eingeschlossen. Er steht im Wind lokaler, nationaler und auch globaler Fakten, Abhängigkeiten und Imponderabilien. Lokal spiegeln sich darin die übergreifenden erfreulichen Wirtschafts- und Konjunkturdaten. Drum hat auch niemand auch nur einen Gedanken daran verschwendet, die Hebesätze für Gewerbe- oder Grundsteuer anheben zu wollen. Die Gesamtarbeitslosigkeit in der Republik ist auf 8,7 % gesunken, in Ettlingen gar auf 3,7 %. Das ist herausragend, aber bitte nicht vergessen: Die Hartz-IV Empfänger sind auch da. Ihre Anzahl stagniert und hat aus verschiedenen Gründen nicht abgenommen. Und noch eines: Der Tafelladen in Ettlingen für Bedürftige wurde mit Bezuschussung durch den Gemeindegeld in diesem Jahr eröffnet, nicht überflüssigerweise. Rund sechzig Personen stehen täglich vor der Tür.

3.2 Leitbild

Prospektiv als Richtschnur für das Planen und Handeln 2007 nach konstruktiver Bürgerbeteiligung verabschiedet, sind damit Visionen, Perspektiven und Strategien ins Blickfeld 2020 gesetzt. Immerhin haben wir rund 95.000 € dafür ausgegeben und weitere 10.000 € sind mit dem Etat 2008 zur fortschreibenden Konkretisierung vorgesehen. Wir stehen zu dieser "Perspektive Ettlingen - Zukunft gestalten", sind uns aber auch eines gewissen Risikos durchaus bewusst. Das Leitbild ist eine ständig die praktische Politik begleitende Messlatte, und wer sie aufstellt, muss sich daran messen lassen, will sagen, Klüfte zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Handelns können sich rasch auftun, womit das Leitbild zum Leidbild werden könnte. Aber "wer strebend sich bemüht ..."

3.3. Verwaltungsetat im Zusammenspiel mit dem Vermögensetat

Einsparen durchgebracht, z. B. bei den Ausgabeansätzen für Repräsentationen, Leitbild, Auslandsbeziehungen, Beleuchtung im Rathausfoyer u. a. Einiges anzuheben im Etat war auch unser Begehrt. Wenige nicht positiv beschiedene Anträge stellen wir heute nochmals im Plenum zur Abstimmung. Ein Vorhaben lief ins Leere deshalb, weil die Verwaltung dafür nicht die Voraussetzungen geschaffen hatte. Gemeint das.

Thema: Kompetenzerweiterung der Ortschaftsräte

Diesen Themenkreis sehen wir unabhängig vom Sachverhalt der Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung der Unechten Teilortswahl. Der SPD-Quorumsantrag wurde bereits am 5. März diesen Jahres gestellt, jetzt schreiben wir Dezember 07. Inhalt: Mitbestimmungsrechte für die Ortschaftsräte und die Ortsvorsteher erweitern, dazu ein eigenes Budgetrecht für die Ortschaftsräte. Die Höhe und der Orientierungsrahmen für die eigenverantwortlichen Finanzmittel soll der Gemeinderat nach Anhörung und Vorschlägen der Ortschaftsräte per Änderung der Hauptsatzung entscheiden. Wir haben zunächst einen Gesamtbetrag von 325.000 € angedacht (= 20 € pro Stadtteilbewohner). Wir sind aber auch für andere Versionen offen. Entscheidender Antrieb: Stärkung der Ortschaftsräte!

Thema: Schulen

Neu gebildet bei der Strukturreform haben wir das Amt für Bildung, gerechtfertigt sicher auch im Sinne der in 2007 definierten Leitbildformulierung "Ettlingen ist ein profilierter Bildungsstandort". Der damit verpflichtende verantwortungsvolle Einsatz in der Schulstadt Ettlingen - er wird erfolgreich erbracht. Wie sagte die Oberbürgermeisterin in ihrer Haushaltseinbringung: "Ich will unsere 5.000 Schülerinnen und Schüler gut für die Zukunft rüsten." Und wir rüsten, gerade auch vor dem PISA-Hintergrund; übrigens im übertragenen Sinne auch ein schiefer Turm, die Wahrnehmung für Deutschland betreffend.

7,5 Mio. € für die Schulen in 2008 - addiert im Verwaltungs- und Vermögensetat - das ist ansehnlich. Aber ist es genug? Die SPD hat einen Antrag - Volumen 20.000 € - auf Einrichtung eines Schulsachenfonds eingebracht, für Kinder von Hartz IV-Empfängern und Geringverdienern zur Finanzierung von Gegenständlichkeiten, die nicht unter die Lernmittelfreiheit fallen. Genehmigt! Schon im September eingefordert haben wir die Erhöhung der fallenden Pro-Kopf- Beiträge der Schüler für die Lehr- und Lernmittel. Im Haushaltsentwurf wurde dem per Anhebung auf das deutlich bessere Niveau von 2005 entsprochen. Dann das Thema Mensa: Der Ganztagesbetrieb im Schulzentrum mit den beiden einliegenden Schulen wurde nur mit der Prämisse Mittagstischangebot genehmigt. Der Mensabetrieb läuft mit ehrenamtlichem Engagement des Elternmensaver eins. Mit erfreulich angewachsener Teilnehmerfrequenz steigen jedoch auch die sächlichen und personellen Kosten. Um die erwartete Defizithöhe aufzufangen, beantragen wir eine Ausgleichsaufstockung für die beiden betroffenen Schulen von je 4.000 € auf je 10.000 € einzusetzen. Stichwort Jugendbegleiter an den Ganztageschulen. 24.000 € sind dafür zur Mitfinanzierung vorgesehen. In der praktischen Umsetzung zeigt sich aber auch in Ettlingen ein Ungenügen landespolitischer Bildungspolitik. Ausbildung, Kontinuität, pädagogische und organisatorische Anforderungen verlangen andere Konzepte. Wer A sagt zum gesellschaftlich immer notwendigeren Ganztagesbetrieb, der muss auch B sagen und entsprechend Lehrkräfte einstellen. Und ein weiterer Komplex besteht in der Sanierung der in die Jahre gekommenen Schulgebäude. Hier werden in den nächsten Jahren noch Millionen Euro fließen müssen, denn Bildung - sie ist unser größtes Kapital - braucht der Zeit angepasste Einrichtungen und braucht Raum. In diesem Sinne ist die mittelfristige Finanzplanung fortzuschreiben.

Thema: Kultur und Sport

Die diesbezüglichen Posten im vorliegenden Entwurf finden bis auf einen unsere wohlwollende Unterstützung, wird doch hier in Breite und Spitze ein Füllhorn an kommunalen, vereinlichen, privaten und mit viel ehrenamtlichem Einsatz und Idealismus gespeisten Einrichtungen in Sport und Kultur geboten. Die im Leitbild als "Flaggschiff der Ettlinger Kultur" bezeichneten Schlossfestspiele haben mit diesem Etat den Rückenwind für eine erwartete nächste erfolgreiche Saison. Die von uns beantragte Nachbesserung betrifft den im Ausschuss reduzierten Etatansatz von 73.000 auf 51.600 € für kulturelle Veranstaltungen. Wir wollen die ursprüngliche Ansatzhöhe gewahrt wissen, zumal das Jahr 2008 mit dem Landesjazzfestival

und dem Barockfest zum 275. Todesjahr der für die Ettlinger Geschichte bedeutsamen Markgräfin Sibylla bereichert wird.

Thema: Soziale Stadt

Schülerhorte, Verlässliche Grundschule, eff-eff, Kleinkindeinrichtungen für Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Frühförderung, Tagesmütterverein, Familienpass, Jugendgemeinderat, Jugendbeirat, Ganztageschule, Mensa, Schulsozialarbeiter, Streetworker u. v. m. - alles noch keine politischen Einforderungen, als ich hier vor 18 Jahren in den Gemeinderat einrückte. Daran sehen wir, wie rasant die gesellschaftlichen Entwicklungen und Problemstellungen politische Antworten verlangen, gegeben vom Gesetzgeber, von diesem Gemeinderat und von vielen Menschen im Ehrenamt, das Letztere manchmal gar nicht genügend beachtet. Das Amt für Jugend, Familie und Senioren leistet hier steuernde, organisierende und präventive Arbeit in einer Stadt, die sich das Etikett "Familienfreundliche Stadt" zugelegt hat und in Sozialforen in der Regie von Frau Bürgermeisterin Petzold-Schick gesellschaftliche Zukunftsperspektiven konkret angeht, so z. B. auch das mit diesem Etat ermöglichte integrative Mehrgenerationenhaus, wofür einschließlich einer Verpflichtungsermächtigung eine Mio. € bereitgestellt werden. Nun warten wir auf eine baldige detaillierte Planvorlage für diese unter einem Fach befindliche "Drehscheibe" für Angebote und Serviceleistungen, die die Familien im Alltag unterstützen. Dahinter steht eine grundlegende gesellschaftliche Herausforderung: Der Anteil der älteren Bevölkerung wächst, gleichzeitig verlangen junge Familien mehr kommunale Attraktivität. Eine wichtige Bastion gemeinschaftsdienlicher Aktivitäten ist unser vom Seniorenbeirat geleitetes Begegnungszentrum in der Klostergasse, mit der eindrucksvollen Vielfalt an Nachfrageangeboten. Eben da greift auch unser nächster Antrag ein, wollen wir doch in Würdigung der Leistungsbereitschaft für diesen nachberuflichen und ob der demografischen Entwicklung immer bedeutsameren Lebensabschnitt eine Halbtagesstelle eingesetzt wissen. Dass der Etat im Zuschussbereich Kindergärten anwächst auf fast 4 Mio. € in 2008, es sei hier herausgestellt. Übrigens wäre auch das ein sozial wohltuender Tupfer für die Soziale Stadt: ein Begrüßungspaket für in die Stadt neu zuziehende Familien oder Einzelpersonen, auch für hier geborene neue Erdenbürger. Antrag folgt demnächst. Eigentlich könnte jeder erwarten, dass ich mit der Forderung nach dem oberirdischen Kernstadt-WC komme. Nein, auch nach 18 Jahren keine Chance. Immerhin am Innenstadtrand auf dem Rimmelspacher-Platz finden Bedürftige jetzt eine saubere Toilette. Für die Tiefgarage am Neuen Markt legte Prof. Jakubeit einen Plan vor, für eine WC-Neuanlage mit Tageslichteinfall. Aber die Sparkasse hat abgewunken, auch bezüglich der übrigen Optimierung der Abgänge. Und wie hat sich die Bürgerinitiative bemüht!

Thema: Schloss

Der zum Jahresende von der Verwaltung vorgenommenen Vollbremsung des während des Jahres auf Hochgeschwindigkeit gebrachten Schlossprojektes kann die SPD nicht beipflichten, zumal dafür in 07 für Planungs- und Beratungsarbeit auch bereits 57.000 € verausgabt wurden. Der mit 10 Mio. € dringend veranschlagte Sanierungshorizont besteht nach Vorgaben ohnehin zu zwei Dritteln in unerlässlicher Bauunterhaltung. Richtig, wer sich im Gehäuse Schloss genauer umschaute, bekommt eine Ahnung davon. Angeblich müssen, um einen Veranstaltungsraum zu heizen, alle Schlossräume mitbeheizt werden. Originalskulpturen aus der Stadtgeschichte stehen oft im Keller im Wasser, durch Decken und Wände drückt immer wieder Nässe. Im Asamsaal darf bei Begeisterung auslösenden Konzerten nicht mehr mit den Füßen getrampelt werden, weil ... Nein, Stillstand ist hier nicht angesagt. Kurz, wir stehen zu dem auch von der SPD für 2008 mit veranlassten Startansatz von 500.000 €.

Thema: Stadtplanung und Gestaltung

Kritische Bürgerbegleitungen bzw. Bürgerinitiativen - wir denken dabei z. B. an den geplanten Tiefgaragenabgang Am Neuen Markt, an die Pforzheimer Straße, an die Diskussion um einen Bebauungsplan im Bereich Schlossgartenstraße oder den Verfolg des Bebauungsplanes Karlsruher Straße Süd - veranlasst die SPD-Fraktion zur Beantragung eines Planungs- und Gestaltungsbeirates. Vor zweieinhalb Jahren zusammen mit der FE bereits schon einmal angestoßen, in verschiedenen Gremien angesprochen, aber endgültig nie beschieden, beantragen wir eine erneute Behandlung und Beschlussfassung im Gemeinderat. Und noch etwas am Rande vermerkt zur alltäglichen Stadtgestaltung im Sinne der Bürgerschaft: Ein Blitzmobil hatten wir beantragt zur Schnellbehebung von Kleinbeanstandungen im Stadtbild und die gibt es manchmal sehr gehäuft. Das wäre jetzt haushaltsrelevant geworden. Aber hiermit kamen wir nicht durch.

Thema: Kernstadtfeuerwehr

Projektion: 2010 wahrscheinlicher Einzug ins neue Haus in der Hertzstraße. Baubeginn 2008. Im Haushalt sind einschließlich einer VE 5,4 Mio. € vorgesehen. An Zuschüssen sind 680.000 € zugesagt: Also: Abfahrt, der Zug steht schon über zehn Jahre auf dem Geleise! So, und damit ist das Altfeuerwehrgelände in der Pforzheimer Straße im Blickfeld. Die Oberbürgermeisterin spricht laut Presse von gestern bereits von "diversen Interessenten." Ergo: Investorenwettbewerb angesagt? Wir meinen, dass zuerst eine Nutzungsvorstellung her muss. Was wollen wir denn überhaupt auf diesem das Stadtbild prägenden Gelände platzieren? Zuerst der Geist, zuerst nachdenken über die städtebauliche Entwicklung, danach dann die wirtschaftlich sich rechnenden Überlegungen von möglichen Investoren ansetzen lassen, nicht andersherum. Nicht a priori das Geld die Nutzung bestimmen lassen. Diesbezüglich wurde übrigens bereits am 16.11.05 ein SPD-/FE-Antrag eingereicht. Nun wird die Zeit fordernder, womit wir wieder beim Thema Stadtplanung und Stadtgestaltung wären.

Thema: Stadtteile - Unechte Teilortswahl

Hier haben wir in 2007 nur Zwischenstände: im Januar Beschluss mit einer Stimme Mehrheit für die Beibehaltung, im Juli mit einer Stimme mehr für die Abschaffung. Bürgerbegehren zum Bürgerentscheid inzwischen eingeholt. Hätte man im Januar per Gemeinderatsentscheidung längst haben können. Ein Antrag dafür stand zur Abstimmung. Man wollte es nicht, weil man seiner Sache sicher war. Aber das Leben spielt manchmal anders. Die Argumente Plus/Minus sind mit Gefühl und Verstand in extenso ausgetauscht. Also Bürgerentscheid aller Wahlberechtigten der ganzen Stadt. Haushaltslastig? Ja, 60.000 € sind hierfür 2008 vorgesehen.

Hallenprobleme zuhau

In Schöllbronn die kleine Lösung als Probemöglichkeit für die Vereine vor zwei Jahren gefunden, aber die seit Dekaden gewünschte Dorfgemeinschaftshalle? Es bleibt dabei: Keine Perspektive! Aber noch eine kleine Lösung zeichnet sich 2008 ab: Die Schulturnhalle soll für Veranstaltungen mit einer Kücheneinrichtung nachgebessert werden. Dafür steht eine Verpflichtungsermächtigung von 50.000 €. Ein darbenendes Problem bleibt zunächst stehen: ehemaliges Gasthaus Engel. Der Ortsmittelpunkt hätte hier schon eine baldige städtebauliche Rundung verdient. Von Investoren ist die Rede. Nun ja, die SPD hat zumindest beantragt, eine Planungsrate von 50.000 € in 2008 für einen Jugendraum und ein Heimatmuseum einzusetzen, egal wer da baut. Abgelehnt! Vereinshalle Spessart? Schon glaubten wir 2006 die Lösung in trockenen Tüchern zu haben und hatten Mittel im Haushalt eingestellt. Da kam das Zuschuss-Nein der Kirche aus Freiburg. Wieder alles offen! Das Hin und Her geht weiter. Dabei ist der Gemeinderat abermals guten Willens, jetzt mit einer Planungsrate von 100.000 €. Hoffentlich lichtet sich bald der Nebel in der Sache. Spessarter Kindergartenfra-

ge! Seit zwei Jahren Geschiebe auf und ab. Nun scheint festzustehen: zukünftig nur ein dreigruppiger Kindergarten. Aber St. Elisabeth oder St. Antonius? Auch hier in den Argumentationssträngen Kopf und Bauch im Widerstreit, und Freiburg spielt auf der Tonleiter wieder mit, aber wie? Bleibt abzuwarten, der Gemeinderat ist auch hier guten Willens mit der dreigruppigen Lösung, doch die Lokalisierungsfrage ist noch nicht entschieden.

Zum zweiten Mal hat die SPD versucht, eine Planungsrate von 100.000 € für eine Großsporthalle für die drei Höhenstadtteile in Fahrt zu setzen. Wieder keine Resonanz! Wir nehmen's zur Kenntnis. Aber des Hallenthemas kein Ende: Als Wegweisung zur Sanierung der Franz-Kühn-Halle in Bruchhausen 400.000 € eingesetzt. Zustimmung! Als Wegweisung für die Bürgerhalle Ettlingenweier sind 220.000 € vorgesehen. Der damit verbundene Initiativschub ist gut. Aber Fragezeichen bleiben. Soll die vorhandene Halle grundsaniert werden oder soll die Halle mit gedrehtem Baukörper neu gebaut werden? Entscheidungsfindung 2008 angesagt.

Thema: Ettlingen-West

Etlliches wurde hier gerade auch mit SPD-Initiativen vorangebracht: Bouleplatz und Beleuchtung im Entenseepark, Bolzplatzneubelag, Perspektive für die abgeräumte ehemalige Aral-Tankstelle am Lindenweg, Carl-Orff-Schule als Ganztageschule, Stelle einer Sozialarbeiterin u. a. Mit dem Antrag auf einen überdachten Jugendtreff - 10.000 Euro - sind wir mal wieder gescheitert. Ettlingen-West wächst durch Bebauungen an mehreren Ecken - Wohnraum für über 400 Menschen. Aber Vorsicht jetzt mit weiteren Verdichtungen. Die Grenzen sind eigentlich erreicht. Was fehlt, ist ein Begegnungszentrum als soziale Achse mit mehrseitigen Kommunikationsangeboten. Der Bericht von Frau Leicht zur Gemeinwesenarbeit zielt auch in diese Richtung. Die SPD wollte dies im inzwischen aufgelassenen Oberlinhaus mittels städtischen Engagements! Aber vorbei! Nun muss eine schlüssige, im Gemeinderat akzeptable Nutzungskonzeption für das leer stehende Fürstenberg her! Noch ein Thema für Ettlingen-West: Am 2. März 07 hatte die SPD bei der Oberbürgermeisterin einen Quorumsantrag zur Einrichtung eines Ortschaftsrates gestellt. Jetzt schreiben wir Dezember und immer noch keine Behandlung im Gemeinderat. Wir meinen, rund 5.000 Bewohner hätten eine solche kommunale Vertretung verdient, zumal die sächlichen Prämissen gegeben wären: eine in sieben Jahrzehnten gewachsene Identität, eine stadtteilprägende Infrastruktur mit vier Schularten, einem mehrgruppigen Kindergarten, einem Gemeinschaftsleben in Kirche und Vereinen. Heute wäre es haushaltsrelevant, aber die Behandlungsbasis wurde nicht geschaffen.

Einen Beirat haben wir vorsorglich alternativ angedacht. Jüngst beantragten wir für die städtische Sozialkraft eine Räumlichkeit. Endlich gelang eine perspektivische Einigung im Zusammenhang mit der CDU-Forderung nach einem von der Verwaltung abgelehnten Bürgerbüro: Eine Anlaufstelle für Bürger soll geschaffen werden. Wie sagte ich eingangs? Politik ist ein Bohren harter Bretter! Das stimmt wirklich!

"Navi 4": Ausblick

In diesem Etat 08 ist im Gegensatz zum noch laufenden Jahr 07 eine negative Zuführungsrate vorgesehen. Die SPD erwartet aber aufgrund der allgemein guten Wirtschaftslage und der realistisch zu erwartenden Gewerbesteuernachzahlungen sowie gemessen an den erfreulichen Abschlussbilanzen der Haushalte der vergangenen Jahre eine höhere Einnahmebasis bei der Gewerbesteuer. Das heißt, eine Anhebung der im Entwurf vermerkten Gewerbesteuererinnahmen von 28 Mio. auf 29 Mio. € und damit die Umkehrung der negativen Zuführungsrate in eine positive wäre durchaus überlegenswert gewesen. Gleichwie, wir stimmen dem vorgesehenen Etat 2008 zu, hoffend, dass unsere Prognose zutreffend ist. Auch dies: Da die Wolken eventueller Flowtex-Nachzahlungen von rund 39 Mio. € sich inzwischen verzogen haben, brauchen wir auch nicht zu befürchten, dass die Gesamtstatistik des Haushalts ins Wanken gerät, wie wir das im Jahre 2000 erdbebenartig erlebt haben. Als abschließende Leitschnur für die Etatumsetzung nehme ich den Titel des Hauptwerkes des Philosophen

Arthur Schopenhauer: "Die Welt ist Wille und Vorstellung". In diesem Sinne präsentiert dieser Etat die finanzpolitische Vorstellung der Ettlinger Welt für das Jahr 2008. Den festen Willen zur Umsetzung haben wir, denn – so steht's bei Schiller - "des Menschen Wille ist sein Glück".“

Im Anschluss an die Haushaltsrede von Stadtrat Lorch beschließt der Gemeinderat mehrheitlich eine Sitzungsunterbrechung (17:00 Uhr bis 17:15 Uhr).

Im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung hält Stadträtin Saebel folgende Haushaltsrede:

„Ettlingen, die Stadt für Genießer oder der schiefe Turm von Pisa?

Das allgemeine Erstaunen über den Neigungswinkel des Turms von Pisa angesichts ihrer Haushaltseinbringung Frau OB, teilen wir nicht. Wir waren schon dort und wussten deshalb, wenn wir so bauen wie die Pisaner, im Sumpf, dann wird's auch bei uns schief. Aber ob unser (Haushalts)-Turm dann trotzdem solange hält wissen wir nicht. Das hängt auch davon ab, wie wir weiterbauen. Wir wussten vorher, dass uns ein großer Steuerzahler verlassen würde und dass die Unternehmenssteuerreform mit Unwägbarkeiten verbunden sein dürfte haben wir auch erahnt. Die erhöhten Finanzausgleichsumlagezahlungen, die wir in 2008 zu zahlen haben, sind Folge guter Steuereinnahmen in 2006, also ebenfalls vorhersehbar, die Personalausgaben steigen trotz Personalreduzierung beständig weiter und über die Ausgaben bestimmt der Gemeinderat durch Mehrheitsbeschlüsse mit. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat uns vor zwei Jahren geraten Gewerbesteuererinnahmen vorsichtig mit 20 Mio. € zu planen, so gesehen sind die nun veranschlagten 31 Mio. € eigentlich nicht wenig. Fazit: Wenn man mit einiger Vernunft ans Geld ausgeben ginge, Prestigeprojekte meiden würde, um die vorhandene Substanz zu sanieren, so behaupte ich, könnte man immer noch von „Wohlhabenheit“ sprechen. Oder um in ihrem Bilde zu bleiben, die Neigung unseres schiefen Turmes läge noch im Toleranzbereich. Aus Grüner Perspektive aber lässt sich nur sagen: Wir geben zu viel aus und zu oft an der falschen Stelle und deshalb schwankt unser (Haushalts-) Turm.

Frau OB, Sie behaupten im Haushalt seien nur die notwendigsten Investitionen geplant? Wir behaupten das Gegenteil.

Ist ein Feuerwehrhausneubau für 5,4 Mio. € notwendig? Warum ziehen sie hier nicht die Reißleine, legen ihr Veto ein und uns eine deutlich abgespeckte Alternativplanung vor? Negativzuführung, Investitionsstau, Rücklagenentnahme, Neuverschuldung, Gründe hätten sie genug gehabt. Zudem besteht nach wie vor keine Notwendigkeit für eine Standortverlagerung. Erst ein Investorenwettbewerb soll klären was man in der Pforzheimer Straße vielleicht bauen könnte. Unsere Grundstückserlöse dürfte es entscheidend schmälern, wenn ein Investor hört, dass er dort eine öffentliche Tiefgarage bauen soll.

Da sie es nicht tun, beantragen wir hiermit nochmals auf den Bau eines neuen Feuerwehrhauses für 5,4 Mio. € zu verzichten und stattdessen 1 Mio. € für notwendige Sanierungsmaßnahmen am Standort Pforzheimer Straße einzustellen.

Außerdem könnte man selbst bei Realisierung eines Neubaus 1300 qm Fläche einzusparen, genug für einen zusätzlichen Handwerksbetrieb. Ganz nebenbei die 5,4 Mio. € beinhalten nicht einmal ein zukunftsträchtiges Heizungssystem, der Architekt hat schlichtweg vergessen, dass ab 2008 mindestens 20 % der Heizenergie aus regenerativen Quellen stammen müssen. Nicht mal Solarzellen sind bisher geplant. Wird also insgesamt noch teurer.

Die nächste prestigeträchtige Zukunftsbaustelle ist unser Schloss. Bevor wir drangehen knapp 10 Mio. € in die Schlosssanierung zu investieren wollten wir ein optimiertes Nutzungskonzept. Kriegen wir aber nicht, zumindest nicht von der Verwaltung. Unsere eigenen Vorschläge wurden ignoriert. Stattdessen haben Sie Frau OB, ohne Gemeinderatsauftrag eine Machbarkeitsstudie für eine Tiefgarage unterm Schloss anfertigen lassen, um an Fördergelder zu kommen. Sanierung plus Tiefgarage kosten dann 17 Mio. €. Wir zahlen selbst 11 Mio.

€, plus Folgekosten der Tiefgarage, da hätten wir dann mächtig gespart! Zwischenfrage: Wovon wollen Sie eigentlich Schulen sanieren, wenn sie unser Geld vorher für bequemes Parken verausgaben?

Zur Klarstellung: Wir sind für Reparaturmaßnahmen am Schloss, aber gegen 0,5 Mio. € nur so als Planungsrate ohne klares Konzept.

Noch mehr Prestigeprojekte.

In der Pforzheimer Straße musste eine Flaniermeile mit Wasserlauf entstehen, nicht weil dort angesichts der Verkehrsbelastung jemand flanieren wollte, aber aus höherem städtebaulichem Prinzip. Nun gibt es weniger Grün, weniger Parkplätze, 180 T€ weniger im Stadtsäckel, aber dafür ein Sandsteinmäuerchen mit Wasserlauf, das den urbanen Charakter des Städteingangs ungemein betont.

Als nächster Urbanisierungsschritt droht schon die Bebauung des Schillerplätzchens, gerade dort, wo unser großer Dichter sich auf Einladung von Herrn Lorch niedergelassen hat. Ettlingens Wohlfühl- und Genießer-Qualität wird aber nicht durch hochmoderne Architektur geprägt, zu uns kommen eher Menschen, die das Gegenteil suchen. Seien wir vorsichtig, verbauen wir nicht unseren Kleinstadtcharme.

Nebenbei: Bebauungspläne auch für Nachverdichtungen in bereits bebauten Gebieten, um Klarheit zu schaffen, was ist möglich und was nicht, wie z. B. am Horbach, finden wir nicht so abwegig wie die Verwaltung.

Und schön wäre auch, wenn wir akzeptieren könnten, dass die Nacht dunkler ist als der Tag. Statt immer neue Stadträume mittels Lichtkonzept hervorzuheben, sollten die vorhandenen Straßenlampen schneller gegen Energiesparlampen getauscht und so nachhaltige Einsparungen unserer explodierenden Beleuchtungskosten erzielt werden.

Neueste prestigeträchtige Idee ist ein Skulpturenpark für Ettlingen, unterhalb der Wilhelmshöhe, zum Ruhme der Kunst. Wir meinen, von der Allgemeinheit finanzierte Parks sollten eigentlich in dicht besiedelten Gebieten entstehen, zur Naherholung der Bevölkerung. Dieser Park aber soll vor der Haustür der Künstler entstehen, die ihn mit ihren Werken gestalten wollen. Als Privatinitiative fänden wir das grandios, mit Steuermitteln finanziert finden wir das unmöglich. Aber wir könnten uns vorstellen, einen Skulpturenpark in das Konzept der nächsten Landesgartenschau aufzunehmen, allerdings zu realisieren dort, wo Bürger wohnen. Anderes Beispiel: das viel beworbene Leitbild – einige 10 tausend Euro sind verbraucht, für eine Sammlung von Allgemeinplätzen, beliebig austauschbar mit jeder anderen Stadt. An den beteiligten Bürgern liegt's nicht, sie haben viel Zeit und Engagement eingebracht und teils sehr konkrete Vorschläge gemacht. In den folgenden Endlosrunden wurde allerdings alles wieder zerredet und vieles auf Worthülsen reduziert. Die Finanzierbarkeit der Ideen wurde nicht thematisiert. So haben wir Listen mit viel Wünschenswertem und die Haushaltsperspektive, dass unser Geld nicht einmal für das Nötigste reicht. Aber da stellt sich natürlich die Frage. Was ist nötig? Die sog. Bilanzkonferenz gab keinerlei Antworten, stellte vielmehr erneut die Frage, warum braucht man überhaupt ein Leitbild? Das war peinlich, denn die Frage stellt man ja zu Anfang und nicht als Bilanz. So sind wir denn über Unverbindlichkeiten bisher nicht hinausgekommen. Und statt sich mit dem Gemeinderat über einige umsetzbare Sofortmaßnahmen zu verständigen, kommen von den Initiatoren im Rathaus lediglich neue Einladungen zu neuen Endlosdiskussionen - immer ergebnisoffen.

Ständig werden neue Aufgabenfelder fürs Ehrenamt ausgelobt. Glücklicherweise engagieren sich bereits viele Ettlinger aus eigenem Antrieb. Aber wir sollten den Bogen nicht überspannen. Zudem bekommen viele Ehrenamtliche, z. B. im sozialen Bereich keinerlei Aufwandsentschädigung, sondern bestreiten auch ihre Auslagen aus der eigenen Tasche. Das kann sich aber nicht jeder leisten.

Deshalb beantragen wir 20 T€ im Haushalt einzustellen, für Aufwandsentschädigungen, Fahrgeld, u. ä. für regelmäßig engagierte Ehrenamtliche, die bisher gar nichts erhalten. Wir halten für wichtig das Ehrenamt nicht nur zu fordern, sondern auch zu fördern.

Frau OB, Sie haben die Verwaltungsstrukturen nach eigenen Prioritäten verändert und dadurch nach eigenem Bekunden Synergieeffekte erzielt, aber die Verwaltungsausgaben steigen trotzdem ständig. Nun soll der GR „strukturelle Änderungen“ vorschlagen, die echte Ein-

sparungen bringen, an ihren Strukturen soll sich aber nichts ändern. Wie stellen Sie sich das vor?

Gleichzeitig mahnen Sie an, dass wir uns über die Ortsteilhallen Gedanken machen sollen. Sie haben ja recht, aber wo ist Ihr Konzept? Sie sind Verwaltungschefin, haben die Belegungszahlen und Sanierungskosten. Kommen sie aus der Deckung und leisten Sie die sachliche Vorarbeit, dann lassen sie uns über Sanierung, Abriss, Neubau, Zusammenlegung, etc. diskutieren.

Die Unechte Teilwortwahl wurde ja nun trickreich abgeschafft. Aber ohne Konzept für danach! Uns ist wichtig, dass die Ortsteile sich nun nicht abgeschrieben fühlen, deshalb halten wir es für sinnvoll die Ortschaftsräte mit einem eigenen Budget zu stärken. Hier erwarten wir einen Vorschlag der Verwaltung und für 2008 noch spannende Diskussionen.

Für Ettligen-West können wir uns ein von den Vereinen getragenes Stadtteilzentrum im ehemaligen Fürstenberg vorstellen. Die ersten Gespräche hierzu haben stattgefunden. Ein zusätzliches Bürgerbüro, besetzt mit Verwaltungsmitarbeitern, um z. B. Pässe zu beantragen, finden wir nicht sinnvoll.

Seit Jahren schon warten wir auf ein Raumkonzept für die Zukunft der Verwaltung, weil auch hier Fragen, wie Gebäude erwerben oder verkaufen, sanieren oder neu bauen sowie die Frage, verlängern wir den Mietvertrag für das rote Rathaus oder haben wir sinnvolle Alternativen im Raum stehen. Diese Entscheidungen sollten in 2008 fallen, um genügend zeitlichen Vorlauf zu haben.

Eine andere Frage: Subventionieren wir kommunal richtig? Sind unsere Subventionen sozial ausgewogen? Einige Beispiele:

1. Wir freuen uns mit unseren Schlossfestspielen über eine erfolgreiche Saison 2007. Wir tragen auch die Entscheidung für die neue Tribüne mit. Aber: Jede verkaufte Schlossfestspielkarte wird mit über 20 € aus kommunalen Mitteln subventioniert, Zuschussbedarf etwa 700 T€ jährlich. Tendenz steigend. Gerade haben unsere Kollegen den Zuschuss gegen unsere Stimmen noch einmal um 40 T€ erhöht, mit der lapidaren Begründung, der Intendant hätte so gut gewirtschaftet.
2. Die Förderung des Leistungssports hat inzwischen beachtliche Dimensionen erreicht. Derzeitiger Rekord 50 T€. Tendenz steigend. Wo ist das Ende der Fahnenstange?
3. Der Klavierwettbewerb zieht in zweijährigem Rhythmus weltweite Nachwuchselite nach Ettligen. Die Konzerte sind ein Genuss. Der städtische Zuschuss aber liegt inzwischen bei 120 T€.
4. Der Kunstverein Wilhelmshöhe braucht seit letztem Jahr eine Bürokräft. Städtischer Zuschuss 35 T€. Kommen jetzt alle anderen Vereine nach?
5. Städtepartnerschaften sind erfreulich. Aber sie kosten uns inzwischen jährlich 60 T€. Und eigentlich sind ständige Partnerschaftsreisen weder Kernaufgabe von Verwaltung noch vom Gemeinderat, vielmehr sollten Partnerschaften von Vereinen und aus der Bürgerschaft getragen werden und von der Verwaltung allenfalls organisatorische Hilfestellung erhalten.
6. Ständig wird die Dringlichkeit des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kleinkinder und die Wahlfreiheit der Eltern beschworen.
Aber: Die neu eröffnete Kinderkrippe für zehn Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren kostet jährlich 150 T€. Wir zahlen 100 T€ städtischen Zuschuss jährlich für nur zehn Kinder. Wollten alle Ettliger Eltern ihre Kleinkinder so betreuen lassen, so kämen wir auf einen Zuschussbedarf von 8 bis 10 Mio. € jährlich, in einem Verwaltungshaushalt von insgesamt 93 Mio. € ist das unbezahlbar. Eltern, die ihre Kleinkinder selbst erziehen, weil sie das so wollen oder weil sie sich den Elternbeitrag von 370 € monatlich nicht leisten kön-

nen, erhalten keine städtischen Zuschüsse, müssen aber über ihre Einkommensteuer dieses Betreuungsmodell mitfinanzieren.

Deshalb meinen wir, so hoch subventionierte Betreuungsplätze müssen die Ausnahme bleiben und sollten Kindern mit besonderem sozialpädagogischem Betreuungsbedarf vorbehalten bleiben. Angesichts der minimalen Bundes- und Landesförderung sollte ein weiterer Ausbau von Betreuungsplätzen besser, wie ursprünglich geplant, über den Tageselternverein und durch engagierte Tagesmütter erfolgen. Hier beträgt der kommunale Zuschuss bisher lediglich 1 T€ pro Kind.

7. Niedrige Abwassergebühren sind wünschenswert.

Aber: wer zahlt für wen? CDU und FE wollen die niedrigen Abwassergebühren wiederum mit 1 Mio. € aus Steuergeldern finanzieren und nach unserem degressiven Gebührensystem wird nicht Sparsamkeit honoriert, sondern, im Gegenteil, wer am meisten verbraucht wird am stärksten subventioniert. 1/3 kommt gar als indirekte Wirtschaftsförderung industriellen Einleitern zugute.

Diese Subventionsliste ließe sich beliebig fortsetzen. Jeder, der von einer Subventionierung profitiert freut sich und ohne Subventionen können Bereiche, wie Bildung und Erziehung, Kultur, öffentliche Daseinsvorsorge und viele andere nicht funktionieren, aber Subventionen sind keine Geschenke sondern werden den Bürgern an anderer Stelle in Rechnung gestellt. Deshalb möchten wir mit unseren Steuermitteln nicht so sehr nach dem Gießkannenprinzip subventionieren, sondern gezielt dort helfen, wo Menschen Hilfe brauchen, Chancengleichheit nicht nur als Schlachtwort.

So hatten wir in den Haushaltsberatungen 100 T€ beantragt, um Schulsachenkauf und Menssaessen für Kinder aus materiell armen Familien zu unterstützen. Dies hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit abgelehnt. D. h. ein Parallelantrag der SPD, der mit 20 T€ lediglich den Schulsachenerwerb fördert, wurde angenommen. Das ist gut. Aber das warme Mittagessen fehlt noch. Einigen Kollegen erschien der Betrag zu hoch, deshalb will ich kurz erläutern. Der Armutsbericht Deutschland spricht von über 10 % Kindern in Armut. Von unseren 5.000 Ettlinger Schulkindern wären das immerhin 500. Wenn davon nur die Hälfte am Menssaessen teilnehmen möchte (es gibt noch nicht an allen Schulen eine Mensa), so kommen wir auf 250 Kinder. Diese Kinder sind keine Sozialschmarotzer, sondern Kinder von Alleinerziehenden, Geringverdienern, Hartz IV-Empfängern und 1 €-Jobbern, an denen der viel bejubelte Aufschwung vorbei geht. Einem Kind von Hartz IV Empfängern stehen lt. Warenkorb nur 2,24 € für Lebensmittel am Tag zur Verfügung. Aber ein Menssaessen kostet 3 €! Zahlen diese Familien 1 € selbst und bezuschussen wir mit 2 €, so kommen wir bei 250 Kindern in 40 Schulwochen (jeweils Montag bis Donnerstag), auf einen Jahresbetrag von 80 T€.

Da unser Antrag über 100 T€ aber im Verwaltungsausschuss abgelehnt wurde und weil der Schulsachenanteil (20 T€) schon bewilligt ist, versuch ich es jetzt noch einmal mit 50 T€, d. h. diese Kinder könnten nur zwei bis drei mal wöchentlich am Mensa-Essen teilnehmen, das wäre aber auch besser als immer abseits zu stehen. Also ich bitte um ihre Zustimmung für 50 T€. Angesichts prognostizierter Steuermehreinnahmen von 3 Mio. € und der vielen anderen Subventionen in weniger wichtigen Dingen die wir uns leisten, halten wir den Ansatz nicht für überhöht.

Bleiben wir noch bei den Schulen:

Das Eichendorff-Gymnasium feiert sein 50jähriges Jubiläum und die Anne- Frank- Realschule feiert ihr 30jähriges. Der Schulstandort Ettlingen ist in diesem Jubeljahr aber auch im Wandel. Das Schulzentrum wird erweitert, die Arbeiten schreiten gut voran, die Kostenüberziehungen leider auch. Die Ausweitung zum Ganztagsbetrieb läuft mit Hindernissen und seitens des Landes ohne klares Konzept.

Die Rektoren kämpfen um Lehrer, um wenigstens die Pflichtstunden fachlich abzudecken. Die Klassen an Realschulen und Gymnasien sind immer noch überfüllt. Die Verpflichtung ehrenamtlicher Schulbegleiter klemmt, die Finanzierung gilt als Betreuungsaufgabe und wird

vom Land weitgehend auf die Kommunen abgewälzt. Bildung ist eine permanente Baustelle und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen, allerdings ersetzt die politische Rhetorik hier allzu oft konkrete Maßnahmen. Deshalb gilt unser besonderer Dank jedem Lehrer und jeder Lehrerin, die sich dieser Aufgabe stellen und vor allem jenen, die neben ihren Vorbereitungen, Unterricht und Korrekturen noch Arbeitsgemeinschaften anbieten, Elterngespräche führen und Klassenfahrten begleiten. Die leichte Erhöhung der Sachkosten- und Kopfbeträge wird von uns selbstverständlich mitgetragen. Die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Mensen, vom Bildungsamt beantragt, haben wir von Anfang an mitgetragen.

Hier kommt noch ein Beispiel, zufällig aus Rastatt ...

Dort sparen Schulen Energiekosten. Kein unnötiges Licht, die Heizung öfter runterregulieren. 50 % der eingesparten Energiekosten erhalten die Schulen zur freien Verfügung.

Erzählt hat mir das ein Insider, unser ehemaliger CDU Stadtratskollege Herr Noller, er ist Realschulrektor in Rastatt und bei ihm funktioniert das. Ich soll Sie von ihm grüßen. Seine Schule hat sich aus den eingesparten Mitteln ein komplettes Klassenzimmer im Freien geleistet: Tische, Stühle, Sonnenschirme, eine fahrbare Tafel. Die Klassen genießen im Wechsel ihre sommerlichen Freiluftstunden. Tolle Idee – die Nachahmung sollte ohne allzu großen Aufwand auch in Ettligen möglich sein.

Das ersetzt freilich nicht die Sanierung und Energieoptimierung unserer in die Jahre gekommenen Ettlinger Schulen. Die Energiekosten werden weiter steigen und unseren Verwaltungshaushalt immer weiter in Schieflage bringen, wenn wir nicht gegensteuern.

Da hierzu bisher für die Folgejahre keine Beträge im Haushalt eingestellt sind, beantragen wir 500 T€ als Verpflichtungsermächtigung aufzunehmen, für die energetische Sanierung der Wilhelm-Lorenz-Realschule. Das wird nicht reichen, aber es ist ein Anfang. Über den Sanierungsbedarf bestehen wohl kaum Zweifel und das Amt für Gebäudewirtschaft könnte dann schon mal die dringlichste Maßnahme planen.

Am kleinen Exer ist das Stephanus-Stift am Stadtgarten bezogen worden und es wird von den Bewohnern für gut befunden. Die Belegung bestätigt, dass der Bedarf vorhanden war. Für die Nachbarschaft hat sich durch den freundlich und übersichtlich gestalteten CAP-Markt die Nahversorgung verbessert und in der letzten Woche hat die notärztliche Versorgung Ettligen hier eine gut erreichbare Praxis für Abende und Wochenenden eröffnet.

Die Situation vorm Stephanus-Stift, unser zentraler Busbahnhof, lässt allerdings noch sehr zu wünschen übrig. Keine Überdachung, keine Sitzplätze, keine festen Stellplätze der einzelnen Buslinien, gerade für ältere und gehbehinderte Nutzer ein Problem. Kein Baum oder Strauch, der das Warten angenehmer gestalten würde. Wir müssen hier entsprechend nachrüsten, der demografische Wandel betrifft schließlich nicht nur die Bewohner im Stephanus-Stift, sondern auch viele, die davor auf ihren Bus warten.

Der Altersdurchschnitt liegt in Ettligen über dem Landesdurchschnitt. Vielleicht, weil wir laut OB die Stadt der Genießer sind oder liegt es daran, dass Sterben immer teurer wird, so dass sich bald keiner mehr traut? Wir wollten hier ein wenig gegensteuern. Unser Antrag auf Einrichtung eines Friedwaldes wurde aber leider abgelehnt. Die neue, vielen Nutzerwünschen entgegenkommende Friedhofskonzeption trägt leider kaum dazu bei, die Kosten von Beerdigung und Friedhofspflege nachhaltig zu senken.

Was ist aus unseren Anträgen der Vorjahre geworden?

Die Schulsozialarbeiterin hat ihre Arbeit im Schulzentrum aufgenommen.

Die neuen Spielgeräte im Horbachpark erfreuen sich großer Beliebtheit, unser Dank für die Ausführung geht an die Kollegen vom Stadtbauamt.

Die Albrenaturierung kommt voran. Unsere Tiefbauer haben die Vorarbeiten erledigt. Die Zusage über 50 % Landeszuschüsse ist dieser Tage gekommen, im Frühjahr soll mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden.

Die Arbeiten für eine raue Rampe am Rathauswehr und am Buhlschen Wehr können bei erneuter Zuschussbewilligung 2009 durchgeführt werden.

Damit wäre die Alb von Karlsruhe bis zur Firma Wackher für Fische passierbar. Mit großer Befriedigung erfüllt uns die Wiedereröffnung des stillen Örtchens am Rimmelspacher Platz. Unser Dank gilt dem Amt für Gebäudewirtschaft. Noch nichts passiert ist seit dem letzten Jahr in Sachen Schuldnerberatung. Frau Petzold-Schick, wir bitten darum, verlieren sie diese Aufgabe nicht ganz aus den Augen.

Was ist uns noch besonders positiv aufgefallen?

Angesichts rapide steigender Energiekosten stellt das Stadtbauamt die ersten Solarleuchten in Ettlingen auf.

Unsere Ampelsysteme sollen auf die sparsame LED-Technik umgestellt werden.

Zwei Dienstfahräder wurden auf unseren Antrag oder im Rahmen der Fahrzeugkonzeption neu beschafft und wecken hoffentlich Begehrlichkeiten auf diese Art der Fortbewegung bei noch mehr Mitarbeitern.

Die Bürgermeisterin möchte sich einen Dienstwagen anschaffen, der schon heute die künftig geltenden Grenzwerte von 130 g CO₂-Ausstoß pro km einhält.

Endlich kommt der lang ersehnte Krötenzaun in Schöllbronn. Frau OB, damit helfen wir nicht nur den Fröschen, sondern auch den Aktiven, die über viele Jahre nachts die Tiere über die Fahrbahn getragen und so den Bestand bisher gerettet haben.

Unser Rechnungsprüfungsamt unterstützt Rheinstetten, diese interkommunale Zusammenarbeit spart Personal in beiden Städten und vielleicht schaut man sich auch gegenseitig die eine oder andere gute Idee ab.

Nach langem Kettensägerassel dürfen unsere Platanen auf dem neuen Markt weiterleben, wir freuen uns mit ihnen auf die künftige gute Pflege und auf neue Sitzbänke.

Unsere AVG hat ihren 50. Geburtstag in Ettlingen gefeiert, ein Grund auch von hier aus nochmals zu gratulieren. Hier begann auch mit Herrn Ludwig die deutschlandweit einmalige Erfolgsstory des KVV.

Zu unserem Stadtwald:

Hier hat ein erfreuliches Umdenken stattgefunden. Der Erhalt des Ökosystems Wald, der natürlichen Artenvielfalt und der Erholungsfunktion für die Bürger soll künftig Vorrang eingeräumt werden, vor der wirtschaftlichen Nutzung durch Holzproduktion in Monokulturen. Wir hoffen, der Gemeinderat steht nachhaltig zu diesem Paradigmenwechsel, Holz als Werkstoff ist weitgehend ersetzbar, der Wald als Sauerstoffspender und Erholungsoase ist unersetzlich.

Die Notwendigkeit der Waldkalkung zeigt, dass es um die Gesundheit unseres Waldes nicht zum Besten bestellt ist. Wir hoffen, die Maßnahme bringt Besserung. Unser Dank gilt Herrn Lauinger und seinem Team.

Eines unserer wichtigsten Themen ist die künftige Energieversorgung.

Unsere Stadtwerke verkaufen uns jetzt Ökostrom aus 100 % Wasserkraft. Da lacht das grüne Herz. Aber passt es da ins Bild, sich gleichzeitig am Neubau eines Kohlekraftwerks in Brunsbüttel zu beteiligen? Mit Kohle befeuert, die um den halben Globus kommt? Mit Al-Gore das Lied vom Klimawandel singen und dann für weitere 40 Jahre in die schmutzigste Art der Energieerzeugung aus Kohle investieren, weil sie gerade so preiswert ist? Wir finden, das passt nicht zusammen. Neben den betriebswirtschaftlichen Gewinnen müssen wir die volkswirtschaftlichen Verluste sehen. Erkrankungen der Atemwege durch erhöhte Schadstoffkonzentrationen in der Luft, beschleunigter Klimawandel mit noch unabsehbaren Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Ich hoffe, dass auch unsere Aufsichtsratsmitglieder und unsere Gemeinderatskollegen sehen, dass das nicht passt. München, Bremen, Krefeld, Ens Dorf und andere Kommunen haben bereits beschlossen, auf Kohlekraftwerksbeteiligungen zu verzichten bzw. über die Änderung ihrer Bebauungspläne Kohlekraftwerksansiedlungen zu verhindern. Andere Städte folgen. Ein Umdenken findet in immer breiteren Kreisen der Bevölkerung statt.

Auch in Karlsruhe protestieren Bürger, die evangelische Kirche, Kinderärzte, Umweltaktivisten und GRÜNE gemeinsam gegen den geplanten Bau eines Kohlekraftwerks durch die EnBW und gegen eine Verbrennungsanlage für Papiermüll, Altholz, Plastik und Kohle der Stora Enso. Schadstoffemissionen und Feinstaub machen nicht an den Ettlinger Gemarkungsgrenzen halt. Deshalb sollten auch wir im Interesse der Gesundheit unserer Bürger unseren Protest ausdrücken. Eine Resolution liegt aus, bitte unterschreiben Sie als Ettlinger Stadträte.

Was Ettlingen betrifft, so haben wir die alternative Energie unter unseren Füßen. 2006 haben wir hier im Gemeinderat beschlossen die Geothermie zur Stromerzeugung zu nutzen. Die Untersuchungen bestätigen, unser Standort im Oberrheingraben ist geologisch geeignet. Wir müssen Partner suchen und nicht gleich die Flinte ins Korn werfen, auch wenn die Umsetzung sich nicht binnen Jahresfrist realisieren lässt. In Landau ist kurz nach unserer Klausurtagung bei den Stadtwerken das erste kommerzielle Geothermiekraftwerk in Betrieb gegangen. Die Bundesregierung wird nächstes Jahr die Einspeisevergütung für geothermisch erzeugten Strom erhöhen, um Investitionen in diesem Bereich zu fördern. Um die Wirtschaftlichkeit unseres Geothermiekraftwerks zu erhöhen und die Umwelt zu entlasten, müssen wir die Prozesswärme nutzen, Firmen ansiedeln, die diese brauchen und ein Wärmenetz verlegen. Wir haben gemeinsam mit den Freien Wählern einen diesbezüglichen Prüfauftrag gestellt. Darauf geht Frau Zeh noch näher ein. Mein Appell: Bitte verkaufen Sie jetzt nicht aus Panik über sinkende Gewerbesteuerprognosen vorab weitere in Frage kommende Grundstücke. Das wäre kurzsichtig. Vergeben wir nicht unsere Zukunftschancen auf dem gewaltig expandierenden Energiemarkt für ein Butterbrot.

Unsere Stadtbau GmbH möchte Mietwohnungen bauen. Das hat schon lange niemand mehr gemacht. Da wir aber den Bedarf und die kommunale Verantwortung sehen, möchten wir, dass unsere Stadt der Stadtbau, sobald die Standortfrage endgültig geklärt ist, ein Darlehen von 1 Mio. € zur Verfügung stellt, um so die Finanzierbarkeit zu sichern

Noch einmal zum Bereich Abwasser:

Unsere Verwaltung schlägt vor, die Abwasserpreise anzuheben, um das aufgelaufene Defizit fristgerecht auszugleichen. Wir unterstützen diese unpopuläre Maßnahme. Kollegen größerer Fraktionen überbieten sich hier in vermeintlichen Wohltaten für die Bürger, indem sie die aufgelaufenen Fehlbeträge aus dem allgemeinen Haushalt ausgleichen wollen. Aber was uns hier als Sozialpolitik verkauft wird, ist Verbrauchssubventionierung, nach dem Motto, wer viel verbraucht wird hoch subventioniert, wer spart ist selber schuld. 1/3 geht an Industrieleiter, ist also zusätzliche Wirtschaftsförderung aus Haushaltsmitteln. Wollte man hier eine echte soziale Komponente einbauen, müsste man Familien und Geringverdiener unterstützen und nicht Großverbraucher.

Wir möchten aus ökologischen Gründen beantragen, dass Ettlingen die gesplittete Abwassergebühr einführt.

Das hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gebührengroße, stellt aber ein Anreizsystem zur Bodenentsiegelung dar und fördert so die natürliche Versickerung von Niederschlagswasser und die Entlastung der Kanalisation.

Gern hätten wir im Pavillon auf dem Landesgartenschaugelände ein Café eingerichtet. An diesem herrlichen Platz führt dieser Pavillon seit der Landesgartenschau ein Schattenda-sein. Im Verwaltungsausschuss ist unser Antrag abgelehnt worden, angesichts der Haushaltslage trauen wir uns jetzt nicht den Antrag zu wiederholen. Aber, sollten die Einnahmen doch kräftiger sprudeln als erwartet, so würden wir gern darauf zurückkommen.

- Dem Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen stimmen wir zu.
- Dem Haushaltsplan der Stadt Ettlingen stimmen wir nicht zu, da wir die Ausgaben-gewichtung für falsch halten.

- Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit, vor allem bei allen die zugehört haben und wünsche uns allen, dass unser windschiefer Ettlinger Pisa-Turm nicht einkracht, sondern unsere weiteren Aufbauten trägt und außerdem wünsche ich Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und uns ein möglichst friedvolles neues Jahr.“

Haushaltsrede Stadträtin Zeh:

„Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich etwas vorausschicken: Dieses Jahr haben wir an unsere Kollegen 30 konkrete Vorschläge per Mail gesendet, mit einem Einsparvolumen von insgesamt 2,2 Mio. € plus acht Anträge für die Haushaltsberatungen, die uns besonders wichtig waren. Wir durften unsere acht Anträge dort vorlesen. Wir durften nicht zu anderen Anträgen Stellung nehmen oder gar abstimmen. Soviel zum Thema Demokratie.

„Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir nicht so sicher.“ Was hat dieses Zitat von Albert Einstein in meiner Haushaltrede zu suchen?

Jawohl, Sie ahnen es - weil wir der Ansicht sind, dass die Entscheidungen, die in diesem Gremium getroffen werden, nicht den heutigen und erst recht nicht den zukünftigen Aufgaben gerecht werden und - was erschwerend hinzu kommt - dass keine Trendwende in Sicht ist.

Statt Schulden abzubauen wird lieber zum wiederholten Maße subventioniert.

Wie schon im letzten Jahr, wollen CDU und FE die Abwassergebühren mit 1 Mio. Euro aus dem allgemeinen städtischen Haushalt subventionieren, um eine Gebührenerhöhung zu vermeiden. Begründet wird dies mit der angeblich sozialen Komponente, was aber eine totale Augenwischerei darstellt.

Egal, ob subventioniert oder nicht - bei unserer jetzigen Gebührenstaffelung mit erheblichem Mengenrabatt profitieren in erster Linie die Großeinleiter.

Otto Normalverbraucher zahlt heute 1,69 €/m³, der Großeinleiter bekommt bis zu 30 % Rabatt, das entspricht 1,19 €/m³ und das würde bei einer Subventionierung auch so bleiben. Eine Subventionierung verringert weder die Kosten noch die Schulden, sondern den Wert der Abwasserbehandlung und letztlich des Wassers.

Mengenrabatt und Subventionierung sind also weder ökonomisch und ökologisch nachhaltig noch sozial!

Wie machen es andere Städte?

Andere Städte berechnen ihre Gebühren außer nach der Abwassermenge, auch noch nach dem Anteil der versiegelten Flächen, was sehr vernünftig ist.

Da immer mehr Fläche zugebaut und versiegelt wird, kann viel Wasser nicht mehr versickern und muss irgendwie anders abgeführt oder zurückgehalten werden. Die dadurch verursachten Baumaßnahmen kosten natürlich Geld, das die anderen Städte auf die Gebühren entsprechend der versiegelten Fläche umlegen – wir aber nicht.

Ein Beispiel: Für das Wasser, das auf einem asphaltierten Kaufhausparkplatz nicht versickern kann, zahlen wir im Moment alle mit. Hätten wir eine andere Gebührenordnung, müsste das Kaufhaus zahlen.

Anderes Beispiel: Für Bewohner eines Mehrfamilienhauses wären die Abwassergebühren günstiger, als für Besitzer eines Eigenheimes, da auf sie weniger versiegelte Fläche entfällt. Schon hätten wir unsere soziale Komponente.

Die Schulden könnte man sukzessive über ein Gebührenpolster abtragen, der Ertrag aus den Gebühren müsste also etwas höher sein, als zur laufenden Verlustabdeckung notwendig ist.

Dabei ist natürlich nicht einzusehen, warum Großeinleiter besser gestellt werden als Normalverbraucher. Der Mengenrabatt soll abgeschmolzen werden.

Dies wäre auch eine verursachergerechte Herangehensweise, so wie es die Gemeindeprüfanstalt fordert.

Doch zurück zur CDU- und FE-Idee. Wir finden, es gibt viele Stellen im Haushalt, wo man - statt Gebühren zu subventionieren - Nachhaltigeres bewirken kann, beispielsweise wenn man die Schulen energetisch sanieren würde. Dies betrifft zwar noch den Haushalt 2007, letzten Endes hat das aber auch Auswirkungen auf den Haushalt 2008 und folgende.

Wir beantragen daher die Rückübertragung der Million in den städtischen Haushalt.

Wir beantragen eine Gebührensteigerung für alle gleich - auch für Großeinleiter - um 30 Cent pro m³ Abwasser. Damit könnte man einerseits den Mengenrabatt abschmelzen - Großeinleiter hätten dann nur noch eine bis zu 25 % statt heute 30 % günstigere Abwassergebühr - und andererseits ein Gebührenpolster zum Abbau der Schulden anlegen.

Wir beantragen eine neue Gebührenordnung, in der auch der Parameter „Oberflächenversiegelung“ eingeht. Die Verwaltung soll uns in 2008 eine Untersuchung dazu vorlegen.

In ihrer Haushaltsrede vergleichen Sie, Frau Büssemaker, den städtischen Haushalt mit dem schiefen Turm von Pisa, warnen vor zu hohen Geldausgaben und sprechen von der Notwendigkeit von strukturellen Änderungen.

Letztes Jahr erzählten Sie uns dasselbe und trotzdem wurde der teure und überflüssige Umbau der Pforzheimer Straße sogar gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgeführt. Die aktuellen Mehreinnahmen sollten eigentlich alle freuen. Allein die Angst, dass dieses Geld verschleudert wird, hemmt die Freude bei uns.

Wir erkennen nach wie vor keine Abkehr von teuren Prestigeprojekten.

Vor einem halben Jahr hatte man den Eindruck, Sie baden regelmäßig in Dagobert Ducks Geldspeicher. Da fanden Sie die Ausgaben für eine umfassende Schlossmodernisierung incl. Tiefgarage unterm Schloss mit Kosten bis zu 18 Mio. Euro „darstellbar“.

Wichtiger wäre, dass ihre Ideen bezahlbar sind, Frau Büssemaker.

In der Mittelanforderung – Stand: 11. Oktober - werden vom Amt für Wirtschaft und Gebäudewirtschaft 9,4 Mio. € für den Schlossumbau veranschlagt.

Jetzt haben Sie zwar kurzfristig von diesem Vorhaben Abstand genommen, aber verabschiedet haben Sie sich nicht davon.

Im Investitionsprogramm stehen immerhin noch 6 Mio. € für die Jahre 2009 und 2010 für die „Generalsanierung Schloss“ drin, plus weitere 75.000 € für einen Wettbewerb für den Außenbereich.

Die CDU und SPD setzten in den Beratungen sogar noch einen drauf.

Sie möchten früher loslegen – mit was auch immer - und haben vorsorglich schon mal 500.000 € als Verpflichtungsermächtigung eingestellt. Dabei betonen alle Fraktionen, im Prinzip sei man gegen die von der Verwaltung vorgestellte aufwendige Sanierung.

Hier fehlt es an einer klaren Linie. Wir haben noch kein Nutzungskonzept. Wir wissen nichts über Art und Umfang der resultierenden Baumaßnahmen. Die 500.000 € stehen jetzt gewissermaßen zur freien Verfügung. Das ist weder notwendig noch sinnvoll. Wir beantragen die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 € für 2008 wieder zu streichen.

Wir beantragen außerdem den Ansatz für die Jahre 2009 bis 2011 von 6 Mio. € auf 1,5 Mio. € zu kürzen, um dem Wunsch nach einer maßvollen Sanierung Rechnung zu tragen.

Wir beantragen die 75.000 € für den Wettbewerb im Außenbereich zu streichen.

Wo bleiben die strukturellen Änderungen?

Frau Büssemaker, wir haben im Haushalt keine strukturellen Änderungen gefunden. Und die Strukturkommission, die sich mit solchen Fragen beschäftigen sollte, hat dieses Jahr kein einziges Mal getagt.

Sie haben ja stattdessen alle mit dem Leitbild beschäftigt. Bei großem finanziellen und personellen Aufwand wurde zwar eine Menge Papier produziert - aber es wurde keine einzige strukturelle Maßnahme entwickelt, geschweige denn umgesetzt.

Was sind strukturelle Änderungen?

Wir verstehen darunter Maßnahmen, die dazu führen, die jährlich wiederkehrenden Kosten im Verwaltungshaushalt einzudämmen, also mehr als outsourcen und das Streichen freiwilliger Leistungen. Und wir finden, es ist Ihre Aufgabe uns solche Maßnahmen vorzustellen.

Wir vermissen eine Analyse der städtischen Hallen.

Die Bürgerhalle in Ettligenweier ist erheblich sanierungsbedürftig und der Standort ist äußerst ungünstig. Wir finden die Lärmbelastigung für die Anwohner unzumutbar - fragen Sie mal die Polizei! Eigentlich kommt nur ein Abriss in Frage. Wenn der Ortschaftsrat uns plausibel nachweist, dass eine Halle in Ettligenweier gebraucht wird, dann sind wir für einen Neubau an andere Stelle offen.

Den unbefriedigenden Zustand zu zementieren, indem man jetzt rumsaniert, halten wir für falsch.

Wir beantragen daher die Streichung der eingestellten 220.000 € für die Bürgerhalle Ettligenweier.

Auch in Bezug auf die anderen Hallen gibt es enormen Klärungsbedarf:

Widmet man die Franz-Kühn-Halle in Bruchhausen zu einer reinen Sporthalle um, kann man sich dort Garderoben-Anbau, Küchensanierung sowie Akustikdecke sparen.

In Spessart will der TSV seine Halle zur Verfügung stellen, wenn wir Investitionen in einer Größenordnung von 900.000 € für einen Küchenanbau übernehmen. Alternativ stehen immer noch der Ausbau des Kindergartensaals im Raum und ein - von Frau Büsemaker in die Diskussion eingeworfener - Neubau auf dem Festplatz.

In Schöllbronn soll die Schulturnhalle ebenfalls zur Mehrzweckhalle incl. Küchenanbau umfunktioniert werden. Dumm nur, dass da vermutlich vor kurzem ein Sportboden eingebaut wurde.

Wie man sieht, geht es chaotisch zu. Man kommt sich vor wie in einer Schlacht. Und im Eifer des Gefechtes stimmen unsere Ortsteilvertreter dann schnell mal für - irgendwas, Hauptsache überhaupt etwas! - vor lauter Angst der Verlierer zu sein.

Bloß, letzten Endes ist damit niemand richtig zufrieden.

Wann werden endlich die Schulen saniert?

Die Energiekosten aller Schulen sind von 2004 bis 2006 drastisch um 46 % gestiegen. Bereits in 2006 gaben wir mehr Geld fürs Heizen (incl. Contracting) aus, als für Lehr- und Lernmittel zusammen, nämlich 637.000 €. Und bei dieser Summe wird es bestimmt nicht bleiben!

Würden wir die Schulen ordentlich dämmen, könnten wir die Ausgaben fürs Heizen reduzieren. Statt Brennstoff würden wir lieber - wie der Gesamtelternbeirat - neue Bücher kaufen. Unlängst fiel uns ein Aufruf von Eltern der Schillerschule in die Hände, die andere Eltern aufforderten zu helfen, die Fensterrahmen abzuschleifen.

Soweit sind wir schon: Eltern finden es notwendig selbst Bauarbeiten an der Schule ihrer Kinder auszuführen. Ist das nicht ein Armutszeugnis? Die Schulgebäude zu sanieren, ist eine Pflichtaufgabe der Kommune!

Warum finden wir keinen müden Euro im Investitionsprogramm für die General-Sanierung der Schulen, Frau Büsemaker? Ist Ihnen das Schloss soviel mehr wert, wie die Schulen?

Wir beantragen, wie schon in den Jahren zuvor, einen integralen Sanierungsplan für alle Ettliger Schulen in 2008 aufzustellen und ab 2009 planmäßig zu sanieren.

Dafür sollen als Verpflichtungsermächtigung in 2008 mindestens 4 Mio. Euro eingestellt werden.

Wo ist das Konzept zur Unterbringung der Verwaltung?

Auch hier werden uns in wenigen Jahren die Miet-, Energie-, Sanierungs- und Umbaukosten bei den vielen von der Verwaltung genutzten Altbauten über den Kopf wachsen. Die Miete des Roten Rathauses beträgt jährlich 276.000 €. Für die Laufzeit des Vertrages über 20 Jahre werden somit 5,5 Mio. Euro Miete bezahlt.

Mit diesem Betrag könnte man schon mehr als ein halbes neues Verwaltungsgebäude finanzieren.

Bei den eigenen Gebäuden besteht ein Instandhaltungsstau und sie entsprechen nicht den Anforderungen, die an moderne Büros gestellt werden.

Die Sanierung der Gebäude und das Beheben der Schwachstellen wären vermutlich ebenfalls teurer, als einen Neubau zu errichten.

Außerdem ist die Verteilung der Verwaltung auf viele Stellen in punkto Laufwege, EDV-Verkabelung, haustechnische Anlagen usw. ineffektiv. Auch auf den Ankauf von weiteren sanierungsbedürftigen und zu kleinen Gebäuden, die immer wieder mal im Raum stehen, kann dann verzichtet werden, wie beispielsweise auf den Ankauf der die Post in Höhe von 1,5 Mio. €. Aus all diesen Gründen erscheint uns ein Verwaltungsneubau als sinnvolle Lösung. Er könnte durch Einsparungen bei der Miete im Roten Rathaus und durch den Verkauf von einigen städtischen Altbauten, auch in Teileigentum, finanziert werden.

Als Standort bietet sich das frei werdende Feuerwehrgelände an. Wir stellen uns vor, dass die Stadt mit der Stadtbau GmbH als Investor auftritt – einen Investorenwettbewerb könnten wir uns also sparen. Ein eingeladener Architektenwettbewerb mit Angaben zum benötigten Raumprogramm und einer Baukostenobergrenze sind jedoch sinnvoll, um einen funktionalen und keinen protzigen Bau zu bekommen - einen vorhabenbezogenen Erschließungs- und Bebauungsplan (VEP) in Absprache mit einem Investor lehnen wir auf jeden Fall ab.

Wir beantragen die Bebauung des Feuerwehrgeländes mit einem modernen Verwaltungsneubau, der als Riegel entlang der Pforzheimer Straße ausgerichtet ist und so die dahinter liegende Fläche vor dem Verkehrslärm schützt.

Falls der Gemeinderat dies nicht mehrheitlich unterstützen möchte, bitten wir die Verwaltung zu beauftragen, uns vor einem etwaigen Investorenwettbewerb ein Raumkonzept und eine vergleichende Kostenkalkulation Neubau gegenüber Altbau vorzulegen.

Ich gebe zu, der Verkauf von städtischem Eigentum und der Verzicht auf eine Generalsanierung Schloss würden einige Personen schmerzen und die Investitionen für Schulen und einen Verwaltungsbau sind auf den ersten Blick erschreckend hoch.

Aber wie sonst können wir unsere Infrastruktur auch in Zukunft noch bezahlen?

Wir müssen uns von Gebäuden trennen, die wir nicht brauchen, beispielsweise von städtischen Gebäuden, die nicht selbst genutzt, nicht ausreichend genutzt oder nicht für einen wichtigen kommunalen Zweck genutzt werden.

Wir müssen bei Gebäuden, die wir behalten wollen, aber derzeit nicht teuer sanieren können, weil anderes einfach wichtiger ist, die Bausubstanz erhalten und die Nutzung anpassen, notfalls auch einschränken, beispielsweise im Schloss.

Wir müssen die energetische Sanierung von Gebäuden, die wir zwingend brauchen, vorwärts bringen, beispielsweise die Schulen.

Wir müssen Neubauten errichten, wenn dies langfristig günstiger ist als zu sanieren, wie wir das beispielsweise bei einem Neubau für die Verwaltung vermuten.

In Bezug auf das Feuerwehrhaus ist der Neubau sicher nicht die günstigste Lösung. Eine neue Fahrzeughalle und zusätzliche Sanierungsarbeiten am Standort hätten ausgereicht. Statt 5 Mio. € wäre man dann mit etwa 2 Mio. € fertig gewesen.

Unserem Antrag vor drei Jahren für eine neue Fahrzeughalle wurde jedoch von der Mehrheit des Gemeinderates in einer tumultartigen Sitzung abgelehnt - übrigens auch von FE, die damals - wie so oft - weder Hü noch Hott sagte – und mit der notdürftigen Sanierung des Sonnensaals auf Zeit spielte.

Unser Tipp: Vertretet eine klare Position!

Im Nachgang als die großen Einsparer aufzutreten, die schon immer gegen einen Feuerwehrneubau waren, ist ein bisschen schäbig, weil ihr nie einen Antrag gegen den Umzug und für eine dauerhafte Alternative gestellt habt.

Genauso schäbig verhält sich die CDU, die sich in der Öffentlichkeit als Vorreiter für eine Sache hinstellt, die sie erst nichtöffentlich verhindern wollte.

Erst hat sie in der nichtöffentlichen Haushaltsberatung die von der Verwaltung eingestellten Mensazuschüsse gestrichen und dann wenige Tage danach in der Presse ankündigt: „Wir, die CDU werden einen Antrag auf Erhöhung des Mensazuschusses stellen.“

Wir sind fassungslos über soviel Dreistigkeit.

Wir vermissen Schwerpunkte im sozialen Bereich.

In diesem Bereich wird ohne Prioritätensetzung wild gekürzt und neu eingestellt. Der soziale Mietwohnungsbau ist aus dem diesjährigen Haushaltsplan in der Haushaltsberatung rausgeflogen.

Warum?

Die Notwendigkeit des sozialen Wohnungsbaus hat bisher kein Gemeinderat - und wir auch nicht - je in Frage gestellt. Außerdem waren wir uns doch einig, dass es wirtschaftlich sinnvoll wäre, der Stadtbau GmbH auch mal ein lohnendes Betätigungsfeld zu geben. Wenn nun ein attraktiveres Grundstück als der Josef-Stöhrer-Weg da ist und wir nur in den Genuss eines Förderprogramms für Mietwohnungen kommen, wenn für 2008 eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt steht, wäre es ziemlich einfältig, wenn wir nichts einstellen.

Wir beantragen daher die Wiederaufnahme der Verpflichtungsermächtigung von 1 Mio. € für den Mietwohnungsbau.

Die Integrationsstudie ist rausgeflogen.

Warum?

Weil Ihr, lieber Verwaltungsausschuss, die Schnauze voll von Papierbergen habt? Da hätten wir auf das Leitbild verzichten sollen und auf ein paar Prospekte. Das war Verpackung – eine Integrationsstudie hingegen ist Inhalt. Es ist sinnvoll, wenn wir unsere Maßnahmen zielgerichtet auf den Bedarf abstimmen können und dazu braucht es erstmal eine vernünftige Datengrundlage. So eine Studie ist eine wichtige Arbeitsgrundlage für unser Amt für Jugend, Familie und Senioren.

Wir beantragen die Wiedereinstellung der 20.000 € für die Integrationsstudie.

Eine Halbtagesstelle für Altenarbeit hingegen halten wir für entbehrlich. Wir sind für Selbstverwaltung. Schlimm genug, dass es heutzutage keine selbst verwalteten Jugendzentren mehr gibt. Den Zustand braucht man nicht noch aufs Seniorenzentrum ausweiten. Dem Antrag der SPD werden wir nicht beitreten. Da ist uns der Antrag der Grünen zur Zahlung einer Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche lieber.

Das Familienzentrum erscheint uns zumindest fragwürdig. Ich habe noch keine ausgereifte Konzeption gesehen und wir sind von dem Vorhaben, das im Wesentlichen eine Zentralisierung der bereits bestehenden Beratungseinrichtungen vorsieht noch nicht überzeugt. Außerdem haben wir ein funktionierendes eff-eff. Klein aber fein. Was will man mehr?

Wir beantragen die Streichung der Verpflichtungsermächtigung von 700.000 € in 2008.

Wir leisten uns zuviel Kultur.

Leider findet man im diesjährigen Haushaltsplan der Verwaltung, auch wenn man die Zahlenreihen mit dem Vergrößerungsglas durchforstet, nirgends Einsparungen, im Gegenteil!

Und die kläglichen Versuche des Verwaltungsausschusses hier Geld einzusparen müssen natürlich ins Leere laufen, wenn man bei dem Posten „Förderung kultureller Veranstaltungen“ um 20.000 € kürzt - fünf Minuten später aber 40.000 € bei den Schlossfestspielen draufsattelt. Übrigens der Posten „Förderung kultureller Veranstaltungen“ betrug 2004 noch knapp 20.000 €, heute sind es - Kürzung bereits inbegriffen – 51.000 €.

Ständig gestiegen ist auch der Finanzierungsbedarf für den Klavierwettbewerb, der künftig noch ausgeweitet werden soll auf Teilnehmer aus Nord- und Südamerika. Und das, obwohl der Wettbewerb schon heute die Stadt etwa 150.000 € kostet plus Sponsoring in unbekannter Höhe von der Sparkasse. Wir sind der Meinung darauf könnte man verzichten oder es zumindest bescheidener angehen. Unsere Kollegen teilen diese Meinung nicht.

Sie sehen, es gibt keinen Grund, sich einzubilden, man wäre sparsam.

Schlossfestspiele

Die Schlossfestspiele sollen jetzt nicht nur im Sommer, sondern auch noch im Winter stattfinden. Der Zuschuss für die Schlossfestspiele ist von 558.000 € in 2004 auf aktuell 735.000 € gestiegen, plus etwa 10.000 € Sponsoring der Stadwerke.

Das kann der städtische Haushalt auf Dauer nicht verkraften.

Wir beantragen die Streichung der Erhöhung von 40.000 €.

Um die Kosten jährlich um ca. 300.000 € zu reduzieren, beantragen wir außerdem die Schlossfestspiele künftig in einem zweijährigen Rhythmus durchzuführen.

Im Zwischenjahr sollen unter der Leitung von Herrn Determann zusammen mit Ettliger Vereinen und Einrichtungen ein Sommerfestival organisiert werden.

Einen Intendanten könnte man sich im Zwischenjahr sparen.

Als Programmelemente könnten wir uns z. B. ein Open Air Kino, Theaterstücke von Laien- und Schulgruppen, Musikcontests, Poetryslams oder ähnliches vorstellen.

Sollte unser Antrag keine Mehrheit finden, so bitten wir darum, wenigstens einen Prüfauftrag für die Verwaltung zu beschließen, die diese Idee weiterentwickeln und mit einer Kostenkalkulation vorlegen soll.

Wir leisten uns Dinge, die die Welt nicht braucht:

Erst wurden wir mit blauen Leuchtstreifen beglückt. Die Kritik in der Bevölkerung war groß.

Aber was die Bevölkerung denkt, interessiert hier wohl die Wenigsten.

Denn danach leuchtete der Bismarckturm und letztes Jahr habt Ihr, liebe SPD, CDU, FE und FDP die Illumination der Alb verabschiedet.

Jetzt wo es an die Umsetzung dieses Beschlusses geht ist - wie zu erwarten war – die Kritik der Bevölkerung schon wieder groß. Zu Recht! Bisher kostete der hirnverbrannte Spaß den Steuerzahler 222.000 € plus jährlich anfallenden Reparaturkosten von etwa 5.000 € plus jährlich steigende unbekannte Stromkosten. Jetzt wo schon fast alles rum ist, es sollen ja nur noch Strahler im Wert von 20.000 € hinzukommen, rücken einige der ehemaligen Befürworter im Gemeinderat von ihrer Position ab. Die Verwaltung hat daraus aber mitnichten den Schluss gezogen, das Projekt jetzt endlich zu beenden, sondern sie sagt: „Aus ihrem Stimmungsbild nehmen wir mit: Wir machen weiter und bemühen uns um eine wasserrechtliche Erlaubnis für die Strahler in der Alb“.

Wir hoffen, dass die Verwaltung mit ihrem mitgenommenen Stimmungsbild nicht richtig liegt und möchten daher allen Gemeinderäten die Gelegenheit geben, hierüber noch mal öffentlich einen Beschluss herbeizuführen.

Wir beantragen, das Lichtkonzept nicht weiter zu verfolgen und auch die Illuminierung der Alb bleiben zu lassen.

Aber auch andere Dinge aus der Reihe: „Wünsch dir was!“ sollen nicht unerwähnt bleiben.

Kaum zeichnet sich so oder so ein Ende des Lichtkonzeptes ab, steht ein Skulpturenpark für 350.000 € auf der Tagesordnung. Im Moment erscheint er zwar den meisten als zu teuer, doch planen soll die Verwaltung weiter.

Die Sanierung der Fliesenkunst kostet insgesamt 227.000 € und dieses Jahr sind wir mit 145.000 € dabei. Das Geld reicht natürlich nur bis zum nächsten Sanierungszyklus, es ist davon auszugehen, dass uns der Erhalt der Fliesenkunst dauernd weiterverfolgt. Wir plädieren daher für die teilweise Entfernung der Elemente.

Für ein Kuppeldach über dem Pavillon sind 25.000 € vorgesehen.

Für die bauliche Schaffung von Alzugängen in der Innenstadt, Kosten unbekannt, stehen im Haushalt 2008 schon mal 15.000 € für einen städtebaulichen Wettbewerb drin und weitere 85.000 € als Verpflichtungsermächtigung für die Umsetzung.

Ob es um baulichen Klimbim geht, die Auflage von neuen und größeren Veranstaltungen oder mehr Geld für Reisekosten, Repräsentation, Werbung, Messebeteiligungen ... es ist

deutlich spürbar - die Verwaltungsspitze und die meisten Kollegen im Gemeinderat haben ein ständiges Verlangen nach neuen Reizen und Reizsteigerungen. Wahrheitsgemäß dürfte deshalb der Leitbild-Slogan nicht heißen „Ettlingen ist die Stadt für Genießer!“, sondern er müsste heißen: „Ettlingen ist die Stadt für Genussüchtige!“ Dieses immer Mehr, Mehr, Mehr führt nur zu einem ruinösen Wettbewerb zwischen den Städten, wobei letzten Endes die Lebensqualität auf der Strecke bleibt. Schon in diesem Jahr hatten wir ein schönes Beispiel, wie die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen leichtfertig verspielt werden.

Das Gewerbegebiet Heiligenfeld war laut Beschluss des Gemeinderates zur Nutzung von geothermaler Abwärme vorgesehen. Für diesen Beschluss hat sich besonders die CDU als Mitinitiator selbst auf die Schulter geklopft und es pressetechnisch ausgeschlachtet: „Seht alle her, was wir für die Umwelt tun!“ Für die Entwicklung eines solchen Gebietes braucht es aber Zeit, da es nicht viele Betriebe gibt, die in großem Maßstab Wärme abnehmen und die zu finden dauert. Uns war das klar - einigen anderen wohl nicht. Vor kurzem haben nun die CDU und die meisten anderen Gemeinderäte ihren Beschluss wieder kassiert und die ersten Grundstücke vergeben: Motto: „Egal, ob Wärmenutzer oder nicht - her mit den Gewerbesteuern!“ Somit wurde die Chance für eine nachhaltige Entwicklung eines Gewerbegebietes fast vertan. Ich sage fast, weil wir noch ein wenig vom Grundgedanken retten können, indem wir dafür sorgen, dass in diesem Gebiet kein Gasnetz, sondern ein Wärmenetz mit Anschluss- und Benutzungszwang verlegt wird. Dann könnten die Stadtwerke die Gewerbekunden mit einer eigenen Energiezentrale, beispielsweise einem BHKW, versorgen. Außerdem ist es technisch machbar, dass Betriebe, in denen Prozesswärme anfällt, diese in das Wärmenetz abgeben können. Und falls irgendwann doch ein Geothermie-Kraftwerk gebaut wird, wäre die Voraussetzung da, die geothermale Abwärme wenigstens zum Teil zu nutzen. Wir beantragen die Erschließung des Heiligenfeldes mit einem Wärmenetz statt mit einem Gasnetz durchzuführen und im Kaufvertrag einen Anschluss- und Benutzungszwang an das Wärmenetz aufzunehmen. Falls sich der Gemeinderat heute nicht zu diesem Beschluss durchringen kann, so bitten wir diesen Antrag als Prüfantrag für Verwaltung und Stadtwerke anzunehmen.

Die allerwichtigste Entscheidung, die dieses Gremium treffen wird, steht vermutlich in wenigen Wochen auf der Tagesordnung. Wir werden entscheiden, ob die Stadtwerke Ettlingen sich am Bau eines klimaschädlichen Kohlekraftwerkes in Brunsbüttel beteiligen wird. Sie fragen, was hat das mit dem Haushalt zu tun? Hier die Antwort! Begründet wird die Notwendigkeit des Kohlekraftwerkes mit dem bösen Energieverbrauch, der leider nicht sinken will. Und warum will der Energieverbrauch nicht sinken? Weil wir unsere Vorbildfunktion als Kommune nicht wahrnehmen! Wir sparen weder an der Weihnachtsbeleuchtung noch am Lichtkonzept. Wir geben zuviel Geld aus für Prestigeprojekte, Kultur, Events und überflüssigem Klimbim. Für wichtige Investitionen, die helfen würden Energie einzusparen, fehlen uns dann die finanziellen Mittel. Wir dämmen unsere Schulen nicht. Dort, wo wir Potential für erneuerbare Energien hätten, schöpfen wir es nicht aus: Aktuelles Beispiel ist der Einbau einer fossilen Öl-, statt einer modernen Pelletheizung in der Stadtgärtnerei und einer fossilen Gasheizung in der Fanz-Kühn-Halle. Und schon sind wir mit wenigen Beispielen beim aktuellen Haushalt und müssen erkennen, dass vermeintlich kleine Dinge in einem großen globalen Zusammenhang stehen. Wir wissen alle, wohin uns das kollektive Missverhalten führen wird. Die Menschheit schafft sich selber ab und wir in Ettlingen machen munter mit. Wir wissen auch, dass wir uns durchaus korrekt verhalten könnten.

Das Wissen reicht aber nicht, wir müssen es TUN!

Wenn nicht jetzt - Wann dann?

Wenn nicht hier - Sag mit wo und wann?

Wenn nicht wir - Wer sonst?

Mit diesem Song wurden die deutschen Handballer Weltmeister!

Wir sind leider meilenweit vom Titel der Meisterschaft um die kommunale Daseinsvorsorge - so wie wir sie verstehen - entfernt.

Daher lehnen wir den Haushaltsplan 2008 ab.“

Haushaltsrede Stadtrat Künzel:

„Prinzip Hoffnung“

„Haushaltsreden sollten nicht die chronologische Fortsetzung des schon mal Gesagten sein. Aus diesem Grund bemühe ich mich auch, nicht das zu wiederholen, was meine Vorredner schon zu Genüge berichteten. In dieser Konsequenz werde ich auch nur die Punkte erwähnen, die letztes Jahr schon genannt wurden, aber ohne die erhoffte Veränderung blieben und mit den Punkten ergänzen, die wir in die Diskussion einbringen möchten.

Rückblickend auf das vergangene Jahr waren sicherlich Sanierung Schloss, Leitbildprozess, Umbau Pforzheimer Straße und Abschaffung der unechten Teilortswahl die kommunalen Themen, die uns am meisten bewegten und in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurden und wohl noch eine ganze Weile im Gespräch bleiben. Die politischen Positionen sind bekannt. Ob sich der Bürger darin wieder findet, muss noch geklärt werden. Eine weitere Kommentierung innerhalb der Haushaltsrede erspare ich ihnen.

Aus dem letzten Jahr nehme ich gerne die eben noch nicht abschließend behandelten Themen, wie Feuerwehrareal Kernstadt, Familienzentrum, Sportpark Baggerloch, gerne nochmal auf - quasi als Jahresübertrag.

Zu neuer Diskussion möchten wir die Themen anfügen

1. Politik für die Ortsteile
2. Bildungsstandort Ettlingen
3. Energiepolitik
4. Seniorenarbeit
5. Situation Veranstaltungs- und Sporthallen
6. Pflicht- und freiwillige Arbeiten, strukturelle Veränderung
7. Öffentlichkeitsarbeit

Fangen wir mit dem Jahresübertrag 2007/2008 an.

Feuerwehrareal Kernstadt

Wir sind mit der Beauftragung des Planungsbüros und den vorläufigen Plänen nebst Kostenschätzung ein gutes Stück weiter. Im Haushalt sind für die Realisierung des neuen Gerätehauses Mittel eingestellt und wir können den nächsten Schritt machen.

Was uns aber völlig zu kurz kommt ist, die Weiterentwicklung des vorhandenen Feuerwehrareals. Der Gemeinderat hatte die Verwaltung gebeten, hier die Vorbereitungen für einen Architekten-/Städteplaner-Wettbewerb vorzubereiten und distanzierte sich klar von dem Verwaltungsvorschlag sich an einem Investorenwettbewerb zu beteiligen. Die städtebauliche Entwicklung des Areals sollte auf jeden Fall in unserer Hand bleiben. Nun müssen wir befürchten, dass wir wirklich mit dem Umzug der Feuerwehr bereits beginnen, ohne eine adäquate Lösung zu haben - wir fragen: Woran hängt's liebe Verwaltung??

Familienzentrum/Mehrgenerationenhaus

Wer bei der jüngsten Veranstaltung zu einem Jahr Ettliger Sozialforum dabei gewesen ist, konnte sich über die Vorzüge eines solchen Zentrums wiederholt bestens informieren. Die beteiligten Organisationen haben ihre Hausaufgaben gemacht und stehen nach wie vor mit vollem Elan dahinter. Nun liegt es an uns, welches Modell der Realisierung wir wählen. Bauen wir selbst und nehmen noch mal richtig Geld in die Hand, wobei eine Refinanzierung durch Teilvermietung/-verkauf von Wohnraum möglich ist oder lassen wir bebauen und mieten nur die Fläche und Räume an, die für unser Zentrum notwendig sind.

Wir könnten uns im ersten Fall gut vorstellen, dieses Projekt in Zusammenarbeit mit unserer Stadtbau GmbH anzugehen. Die wissen wie gefördert wird und wie man es teilfinanzieren kann. Und eine herausfordernde Aufgabe wäre auch gestellt. Mit den im Haushalt eingestellten Mitteln sind wir nun zumindest in der Lage die Planung konkret anzugehen.

Sportpark Baggerloch

Letztes Jahr hatten wir noch Mittel eingestellt, um die Sportanlage im Stadion mit einer ausreichenden Beleuchtung auszustatten. Nachdem der Sportausschuss tagte und man sich grundsätzlich über Betreuung der Anlage und die Gesamtnutzung des Areals beriet, zeichnet sich nun doch noch eine Hürde ab – Emissionsschutz!

Richtig gehört!

Wir sind nun an einem Punkt angelangt wo wir gezwungen werden ein Gutachten erstellen zu lassen, um den Umfang der Geräuschs- und Beleuchtungsbelastung beim Spielbetrieb oder Nutzung des gesamten Areals, also Stadion und die übrigen Sportanlagen, nachweisen zu können. Wir müssen auf der Grundlage eines Gutachtens dann wahrscheinlich kostspielige Maßnahmen treffen, die die Einzelperson befriedet. Bei notorischen Nörglern findet sich dann bestimmt das nächste Fass, das aufgemacht werden kann.

Wir müssen uns in der Stadt wirklich fragen, wie es anliegenden Einzelpersonen gelingen kann, ein Areal in dem täglich hunderte Kinder, Jugendliche, Senioren ihrer Bewegungsfreude nachgehen, das eine oder andere Sportfest (mancher Verein lebt von den Einnahmen aus einem Sportfest) ausrichten möchten, attraktive Sportveranstaltungen verwehrt bleiben, komplett lahm legen können. Ich stelle hier die provokative Frage: Brauchen wir solche Bürger in unserer Stadt, die nur an sich denken und ihr selbsterklärtes sanatorisches Wohlbefinden vor das Wohl der Allgemeinheit stellen?

Sie hören meine Damen und Herren, bei dem Thema bekomme ich richtig schlechte Laune.

Neue Themen

1. Politik für die Ortsteile

Die FDP Ettligen hat sich nach den politischen Vorgängen im vergangenen Jahr Gedanken darüber gemacht, wie es uns gelingen kann, den engagierten Leuten in den Stadtteilen klar zu machen, dass ihre Anliegen gehört werden und sie mit Unterstützung rechnen können. Wir sind der Auffassung, dass wir nur miteinander können und keine Ränkespiele gegeneinander treiben sollten.

Aus diesem Grunde haben wir eine Initiative gestartet, das Selbst- bzw. Mitbestimmungsrecht der Ortschaftsräte zu stärken und schlagen deshalb eine Änderung der Hauptsatzung vor.

Wir versprechen uns davon eine erhöhte Anerkennung der Arbeit im Ortschaftsrat und einen verbesserten lokalen Verwendungsspielraum.

Im Gegenzug möchten wir aber auch die Eigenverantwortung einfordern, die die Maßnahme nach sich zieht. Wir denken, dass dies auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau und zentralistischen Strukturen sein kann. Unterstützen sie unsere Initiative und geben sie ein Meinungsbild ab. Wir denken auch, dass wir die Eigenständigkeit wahren können, ohne alle infrastrukturellen Notwendigkeiten vorhalten zu müssen. Wir machen das Selbstbewusstsein an der

Denke in den Köpfen fest und nicht daran, ob man nun als Beispiel eine eigene Halle hat oder sie mit jemanden teilen soll.

2. Bildungsstandort Ettlingen

Sehr geehrte Frau OB Büssemaker, in Ihrer Rede zur Haushalteinbringung haben Sie drei Schwerpunkte genannt. Unter anderem den Bildungsbereich. Den möchte ich nun aufgreifen und Gedanken einbringen.

Viel diskutiert wurde nach Ergebnissen von PiSA und Fremdsprachenwahl in Ettlingen. Wir alle können nicht zufrieden sein mit dem was aus Stuttgart so angedacht wurde und wird. Überlegt man sich mit welchem Kraftakt die Bürger auf der Rheinschiene hier vorgehen mussten, dann verliert man den Glauben an die Politik. Wir fragen uns: Was war nur mit unseren Abgeordneten im Landtag los?

Wir haben in Ettlingen mit unserem umfangreichen Angebot an Schuleinrichtungen die besondere Situation, hier für den Bildungsstandort zu sorgen. Das fängt mit Infrastruktur an und endet an Dingen wie Mittagessenversorgung.

Als Träger der Ettlinger Schulen sind wir insbesondere für die bauliche Unterhaltung zuständig und leisten auch einen wesentlichen Beitrag bei der Lehrmittelausstattung.

Zu der Lehrmittelausstattung gehört aber auch die sachliche Einrichtung von Sportgeräten in den Hallen und, wer es noch nicht wusste, auch auf den Freigeländen (hier schließt sich der Kreis wieder zum Sportpark). Also in der Summe nicht wenig. Und dennoch stellen wir fest, dass wir eigentlich noch mehr tun könnten, wenn wir uns endlich über Prioritäten unterhalten würden. Wir sind daher froh, dass wir mit dieser Meinung nicht alleine sind und freuen uns über die Initiative der CDU im Gemeinderat.

Wir müssen aber auch kritisch mit dem Gedanken umgehen und uns die Frage stellen: Was bedeutet Bildungspolitik für uns und wo finden wir das optimale Umfeld? Auch sie haben sicherlich wahrgenommen, dass wir einen außergewöhnlichen Zuwachs bei den Anmeldungen an privaten Schulen feststellen müssen. Geht uns der Glaube an die staatlichen Einrichtungen verloren, in die wir doch soviel investieren (??). Ist es die Qualität des Lehrkörpers, das soziale Umfeld, die flexiblere Gestaltung, die Anerkennung des Einzelnen, die viele Eltern dazu aufrufen richtig Geld in die Hand zunehmen, um ihren Kindern eine „bessere“ Ausbildung oder wie eine Bekannte mir mal sagte „schönere Schulzeit“ zu gewähren.

Mit dem Heisenberg-Gymnasium in Ettlingen finden auch wir eine nachdenkliche Situation vor Ort, warum wir vielleicht künftig von unterschiedlichen Ansprüchen ausgehen sollten oder müssen.

Wir können die Eltern verstehen, auch die hier im Gemeinderat, die sich sagen, ok mein(e) Kind(er) besucht das Heisenberg, das kostet zwar im Monat richtig Geld, aber dafür habe ich eine angenehmeres Umfeld, weil kleinere Klassen, eine funktionierende Nachmittagsversorgung und -betreuung, engagierte Lehrer(innen), die auch mal unkonventionelle Methoden angehen, die persönliche Nähe zwischen Lehrer/Schüler/Eltern gefordert wird oder die Bereitschaft Schüler für den Austausch in fremdsprachige Länder vorzubereiten und zu unterstützen.

Also eigentlich Gedanken, die verständlich und nachvollziehbar sind. Aber wohin führt das, wenn die Zahl der Eltern, die sich umsehen und neu orientieren größer wird?

Werden wir uns künftig von klassischen Einrichtungen verabschieden müssen und was bedeutet das für eine Stadt wie Ettlingen?

Eltern können bei der Wahl der richtigen Schule für ihr Kind nur reagieren. Wir von der Politik müssen aber agieren. Wir müssen dafür sorgen, dass wir nicht in eine bildungspolitische Klassengesellschaft abrutschen, die von sozialen Unterschieden geprägt ist. Wir müssen dafür sorgen, dass Schüler ein bildungsgerechtes Umfeld vorfinden, dass Eltern sich akzeptiert fühlen und bereit sind sich zu engagieren. Das unserer Lehrer(innen) sich wieder am

Erfolg der Schüler, des Gelernten, erfreuen und gerne mit Überzeugung Unterricht gestalten. Ich denke das ist nicht zuviel verlangt!
Und ich persönlich halte auch an dem Solidaritätsgedanken (Bildung ist für alle da) fest.

Aber kommen wir noch mal auf unseren städtischen Beitrag zurück. Eigentlich ist es ein Witz, dass scheinbar dort wo die private Initiative greift, vieles funktioniert, gute Stimmung herrscht und Erfolg sich abzeichnet. Aber dort wo die öffentliche Hand eingreift oft der Eindruck erweckt wird, dass man sich lieber selbst im Weg steht und erstmal über alles nachdenkt was nicht geht oder dagegen spricht.

Ein Beispiel: Frau Schulleiterin Meßmer hatte beim Jubiläumsfestakt des Eichendorff-Gymnasiums in einem historischen Abriss geschildert, wie der damalige Umzug vom alten Gebäude ins neue Gebäude von statten lief (Schüler, Lehrer, Eltern durchquerten mit Umzugsmaterial die Stadt). Das ganze wäre heute unvorstellbar, wir müssten aus haftungsrechtlichen Gründen, mit den entsprechend logistischen Hürden, einen mittleren Staatsakt veranstalten.

Ich sag's gerne noch einmal, wenn wir verändern wollen, dürfen wir uns nicht ständig selbst in den Weg stellen.

3. Energiepolitik für unsere Stadt

Wir müssen zu diesem Thema neue Wege gehen. Die Diskussion um die künftige Energieversorgung, ob regenerative oder fossile Träger, wurde sicherlich noch mal in der Region wegen den Bauabsichten der EnBW eines Kohlekraftwerkes angeheizt. Auch das Thema Geothermie in unserer Region und vielleicht am Standort Ettlingen wirft neue Perspektiven auf. Aber geben sie uns Recht, wenn wir feststellen, dass derzeit das größte Potenzial noch in der Energieeinsparung liegt. Und hier setzen wir an für eine neue Energiepolitik in unserer Stadt.

Die vielen öffentlichen Gebäude, ob Schule, Halle oder Verwaltungsgebäude, die in die Jahre gekommen sind, müssen saniert werden. Und diese sollte unter energetischen Gesichtspunkten geschehen.

Daher begrüßen wir noch mal den Vorstoß der Freien Wähler, mit einem ganzheitlichen integralen Sanierungskonzept die Energieeinsparung bei unseren Gebäuden anzugehen und hier entsprechend Mittel in die mittelfristige Haushaltsplanung einzustellen. Natürlich müssen wir uns im Gegenzug über die Finanzierung im Klaren sein. Und wir werden nicht umhin kommen, dann eben doch die eine oder andere Straße eben nicht für teureres Geld umzubauen und die frei werdenden Mittel hierfür verwenden.

Energiepolitik für die Stadt bedeutet auch die enge Verzahnung mit den lokalen Versorgungsbetrieben, da sind sicherlich vorrangig unsere Stadtwerke zu nennen, um hier unseren Einfluss geltend zu machen. Der Gedanke an Kraftwerksbeteiligungen ist gut und sichert eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber den großen Überregionalversorgern. Allerdings muss klar sein, um was für eine Kraftwerksbeteiligung es sich handelt und ob die noch im Konsens zu unserer Politik steht. Daher bleibt für mich die Frage offen, ob dezentrale, auf regenerative Energieträger setzende Projekte, mittel- und langfristig nicht zielführend sind. Dieser Gedanke kommt mir in der bisherigen Diskussion zu kurz, zudem für mich erkennbar ist, dass man auch nicht konkret an einem solchen Konzept in Zusammenarbeit mit anderen Stadtwerken/Energieversorgern im Beteiligungsumfeld arbeitet.

Wir hatten schon mal den Einwurf vorgetragen, unsere Energiepolitik für die Stadt in einer Präambel festzuschreiben. Für uns ist das Ausdruck von verantwortungsbewusstem Handeln und bietet nachhaltige Energiepolitik auch für die nächsten Gemeinderatsgenerationen.

4. Seniorenarbeit

Unisono mit den anderen Fraktionen und Gruppen stehen wir zur Schaffung einer Stelle als Halbtagskraft für das Begegnungszentrum „Klösterle“ und sind der Auffassung, dass keine Partei oder Gruppierung dieses Ansinnen für sich selbst verbuchen soll. Wir meinen, es wäre einfach unfair gegenüber den übrigen Vertretern im Gemeinderat.

Wir können es nicht oft genug sagen und Hinweis geben auf die hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. Es ist bewundernswert, was hier über die Jahre ehrenamtlich erarbeitet wird. Aus diesem Grund unterstützen wir uneingeschränkt einen Teil der Arbeit durch eine städtische Halbtagskraft zu übernehmen und damit sicherzustellen, dass das Engagement der Aktiven nicht geschmälert wird. Unsere Senioren sind in ihrem Engagement so rührig, vielfältig, kreativ und mitfühlend für ihre Mitmenschen, dass wir bei den Diskussionen der letzten Zeit um „familienfreundliche Stadt“ sie einfach ein wenig außer Acht ließen. Unter dem Damoklesschwert „demographischer Wandel – Der Methusalemeffekt“, müssten wir von der Politik doch der Entwicklung Rechnung tragen und uns überlegen, ob auf den Eingangsschildern unserer Stadt nicht auch „seniorenfreundliche Stadt“ stehen könnte.

Wir können unsere Senioren nur immer wieder ermutigen, nicht nachzulassen und Beispiel geben, wie gesellschaftliches Zusammenleben gestaltet werden kann. Und an dieser Stelle möchte ich nun wieder den Kreis schließen: Wir brauchen ein Familienzentrum/Mehrgenerationenhaus.

5. Situation Veranstaltungs- und Sporthallen

Unsere Oberbürgermeisterin hat in ihrer Rede zur Haushalteinbringung die Situation bei den Veranstaltungs- und Sporthallen in unserer Stadt beklagt bzw. in die Diskussion geworfen. Es ist richtig, wenn sie einfordern, dass wir uns den geänderten Nutzungsgewohnheiten stellen müssen. Das heißt mancher Orts im Umkehrschluss, dass aus einer Räumlichkeit, die für Sport genutzt wurde, zunehmend mehr Veranstaltungen stattfinden und umgekehrt. Was bedeutet das für uns? Wir als Träger/Betreiber der Hallen müssen alle rechtlichen Vorschriften bei der jeweiligen Nutzung beachten und berücksichtigen und gegebenenfalls bauliche Ergänzungen oder Änderungen vornehmen. In der Vergangenheit, so wurde mir bei einer Diskussion im Verwaltungsausschuss bewusst, dass hier Nutzung flexibler gestaltet wurde und man diese Hindernisse unkonventionell löste.

Man könnte sich nun wieder süffisant fragen: Stehen wir uns wieder mal im Weg?

Das ganze Thema erscheint mir aber nach und nach so komplex, dass wir uns grundsätzlich Gedanken machen müssen, wie unsere Hallenausstattung, über die ganze Stadt verteilt, künftig aussehen soll, um dem veränderten Nutzungsprofil gerecht zu werden. Eine Aufgabe, die wir gerne als Projekt definieren würden, dass mit Hochdruck angegangen werden soll.

Mit unserem neuen Amt für Gebäudewirtschaft und in Zusammenarbeit mit unserer Hallenverwaltung muss es möglich sein, eine Ist-Analyse über baulichen, energetischen und ausstattungstechnischen Zustand sowie über das jeweilige Nutzungsprofil zu erstellen. Ergänzend hierzu soll von beiden Verwaltungsteilen eine Zielplanung erstellt werden, die dem Umfang an Nutzungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten darlegt. Gleicht man diese beiden Arbeitsergebnisse ab, wissen wir was zu tun ist und hätten eine saubere Übersicht mit der wir arbeiten können.

6. Pflicht- und freiwillige Arbeiten, strukturelle Veränderung

Die Verwaltung hat uns vor zwei Jahren eine Aufstellung präsentiert, aus der unser Beitrag zwischen so genannten Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen hervorgeht. Das strukturelle Problem unseres Verwaltungshaushaltes (und früheren), von dem aktuell gesprochen wird, ist also hausgemacht.

Wenn wir wirklich wieder eine Situation schaffen wollen, bei der (ohne Sonderzuführung der Gewerbesteuer aus Steuerprüfungen/Nachzahlungen) der Verwaltungshaushalt, also das

operative Geschäft, ausgeglichen ist und womöglich was an den Vermögenshaushalt übertragen werden kann, kommen wir nicht umhin die Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Es ist doch nur eine Frage der Zeit bis uns wirklich mal ein Haushalt um die Ohren fliegt. Bislang haben wir es der zurückhaltenden Bewertung und besonnenen Planung der Stadtkämmerei zu verdanken (an dieser Stelle Herrn Becker mit Team besten Dank), dass dies noch nicht geschah. Der Wunschzettel wäre sonst noch länger geworden. Wir möchten uns daher bei der Oberbürgermeisterin noch mal bedanken, dass sie auf eine Anfrage der Freien Wähler hierzu Stellung bezog und dies erläuterte.

7. Öffentlichkeitsarbeit (jetzt mal kritische Töne)

In der Vergangenheit mussten wir uns von der Verwaltungsspitze öfters sagen lassen bzw. anhören, dass nichtöffentliche Gesprächsinhalte aus Sitzungen nach „Außen“ gedrungen wären. Das führt natürlich zu vereinzelt Verdächtigungen, was wiederum die konstruktive Zusammenarbeit stark belastet und ein nebulöses Gefühl von Schuld in den Raum stellt. Wie Sie wissen, bevorzuge ich gerne das direkte Wort, liebe die Offensive. Ich stelle daher die Frage: Wie geheim sind denn unsere Beratungen, dass davon nichts nach „Außen“ dringen darf. Ich stelle die Frage: In wessen Auftrag sitzen wir denn hier, wenn nicht in dem der Öffentlichkeit. Natürlich es gibt „nichtöffentliche Sitzungen“, aber bedeutet das gleichwohl, dass die darin behandelten Themen nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden dürfen?

Es geht doch mehr darum, den Wortverlauf, die Positionierung nicht vor der Öffentlichkeit auszutragen, das ist soweit in Ordnung. Ich finde nur, dass hier gelegentlich über das Ziel hinaus geschossen wird. Wir sind es doch selbst, die von der Verwaltung einfordert den Bürger besser zu informieren (entsprechende Anträge wurden bereits eingereicht).

Wir stehen für mehr Transparenz ein. Die Verwaltung und der Gemeinderat. Aber nicht nur zueinander sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Büsse, wir wurden in dieses Gremium als Gemeinderäte und nicht als Geheimräte gewählt. Das sollten sie sich verinnerlichen. Jeder, auch die da „draußen“, haben Verständnis dafür, wenn es um „personelle oder vertragliche Angelegenheiten“ geht, sollte man von seiner Verschwiegenheit besinnen und Gebrauch machen – das ist auch in Ordnung so! Aber es gibt vieles, wo man durchaus fragen muss „Ist das wirklich so geheim? Hat die Öffentlichkeit kein Recht zu erfahren, was da vorgeht?“

Sie können natürlich die Verschwiegenheit über die Gemeindeordnung verordnen, aber ob Sie damit die Verhältnismäßigkeit wahren oder glücklich (manchmal werden Ettlinger Geheimnisse ja schon von Spatzen auf dem Dach gepfiffen) damit agieren, mag ich dahin gestellt wissen. Ich denke, viele Bürger wären mit Entscheidungen aus dem Rat einverstanden, wenn man sie auch früher mit ins Boot genommen hätte und nicht mit Überraschungen konfrontiert hätte.

Wirtschaftsplan 2008 Eigenbetrieb Abwasser

Es ist mühselig jedes Jahr vom strukturellen Problem beim Eigenbetrieb zu reden und nichts zu tun. Wir hatten uns letzten Jahr schon gegen eine Finanzspritze, von rd. 1 Mio. € entschieden, um damit eine dringend notwendige Gebührenanpassung zu umgehen. Dieses Jahr das gleiche Spiel, mit dem Unterschied, dass diesmal nicht die CDU sondern FE eine Gebührenerhöhung abwenden will. Aber sie kommt – soviel ist klar, dann eben erst nach den Kommunalwahlen 2009. Wir finden es daher nicht korrekt, die Finanzierung oder das Problem mit Zuschüssen aus dem Haushalt zu kompensieren. Seit Jahren schieben wir jährliche Verluste im sechsstelligen Bereich vor uns her, die sich zwangsläufig aufsummieren. Mit Wahlgeschenken ist da niemandem geholfen. Die Verwaltung hatte bereits einen Erhöhung um 25ct/m³ für 2008 vorgeschlagen, an dem wir festhalten wollen. Zur Lösung des

strukturellen Problems hatten wir zu einem früheren Zeitpunkt schon mal die Überlegung angeregt, ob es nicht sinnvoll wäre, den Eigenbetrieb bei den Stadtwerken als Ver- und Entsorger anzusiedeln. Wir versprechen uns hiervon Synergien. Wir liegen mit unseren Gebühren im Schnitt bei der Entsorgung und im unteren Drittel bei der Versorgung. Ich denke, das sind doch gute Voraussetzungen für eine Zusammenführung.

Haushaltsplan 2008 Vereinigten Stiftungen

Wie schon unsere Oberbürgermeisterin in ihrer Rede zur Haushaltseinbringung sagte, steht der Haushalt ganz im Zeichen der Umbaumaßnahme des Stiftsgebäudes und dem damit verbunden außerplanmäßigen Mietausfall bzw. Erhöhung der Abschreibung. Dem Ergebnis entsprechend der Vorlage der Verwaltung stimmen wir zu.“

- - -

Oberbürgermeisterin Büsselmaker weist darauf hin, dass Stadträtin Zeh und Stadtrat Künzel in ihren heutigen Haushaltsreden mehrfach gegen § 35 Abs. 2 GemO, nämlich gegen die Verschwiegenheitspflicht, verstoßen hätten.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker wiederholt die gestellten Anträge. Sie rügt, dass Inhalte aus den Aufsichtsratssitzungen bekannt gegeben worden seien und dieser ebenfalls nichtöffentlich getagt habe. Als Beispiel nennt sie die Kraftwerksbeteiligung.

Stadtrat Stemmer informiert, dass eine Gruppe im Gemeinderat bereits im Vorfeld angekündigt habe, den Haushalt abzulehnen und er sich daher frage, warum der Gemeinderat dann noch über deren Anträge abstimmen müsse.

Stadtrat Deckers weist darauf hin, dass der Antrag der Freien Wähler, nämlich die Rückübertragung der eine Millionen € vom Abwasser in den städtischen Haushalt, das Jahr 2007 betreffe und außerdem die Änderung der Gebührensatzung heute nicht auf der Tagesordnung stehe und man daher darüber nicht abstimmen könne.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker erläutert, dass heute nur über haushaltsrelevante Themen entschieden werden könne.

Stadtverwaltungsdirektor Becker weist auf folgende geänderte Zahlen hin: Der Ansatz bei den Gewerbesteuereinnahmen sei von 28 auf 31 Mio. € erhöht worden. Er fügt hinzu, dass sich dadurch die Gewerbesteuerumlage von 5,2 Mio. € auf 5,76 Mio. € erhöhe und man auch eine Änderung bei den Zinseinnahmen habe, die von 650.000 € auf 850.000 € angestiegen seien. Er erläutert weiter, dass die Zinsen für Kredite von 150.000 € auf 50.000 € gefallen seien und man somit 100.000 € weniger Zinszahlungen haben werde. Des Weiteren habe man mit Schreiben des Kultusministeriums vom 28.11.2007 erfahren, dass die Sachkostenbeiträge auf 78.650 € erhöht worden seien.

Oberbürgermeisterin Büsselmaker schlägt vor, nun über die einzelnen Anträge abzustimmen.

1. Antrag der CDU-Fraktion, einen weiteren Zuschuss zum Mensabetrieb in Höhe von jeweils 6.000 € zu gewähren und somit insgesamt 12.000 € bereit zu stellen. Dieser Antrag liegt ebenso von der SPD-Fraktion vor.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

2. Antrag der FE-Fraktion auf Streichung der 500.000 € Planungsrate für die Sanierung des Schlosses.

Dieser Antrag wird mit 25:12 Stimmen abgelehnt.

3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes für kulturelle Veranstaltungen um 22.000 €.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 22:10 Stimmen (5 Enthaltungen) ab.

4. Antrag der SPD-Fraktion und der FDP auf Einrichtung einer Halbtagesstelle für eine Verwaltungshilfe im Begegnungszentrum (17.000 €).

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 23:11 Stimmen (3 Enthaltungen) ab.

5. Antrag der Grünen, auf Verzicht der 5,4 Mio. € für den Bau eines neuen Feuerwehrhauses und Einstellung von 1 Mio. € für die Sanierung der Feuerwehr am bisherigen Standort.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 27:7 Stimmen (3 Enthaltungen) ab.

6. Antrag auf Einstellung von 20.000 € für Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 17:8 Stimmen (12 Enthaltungen) ab.

7. Antrag der Grünen auf Bezuschussung von Mensa-Mittagessen für materiell schwache Familien in Höhe von 50.000 €.

Stadträtin Dr. Eyselen bittet darum, erst den Bedarf zu prüfen und dann einen entsprechenden Geldbetrag im Haushalt einzustellen.

Oberbürgermeisterin Büssemaker weist darauf hin, dass die Verwaltung mit einer gesonderten Vorlage in den Gemeinderat komme, da erst über die Sache entschieden werden müsse.

Bürgermeisterin Petzold-Schick fügt hinzu, dass dieses Thema im Schulbeirat besprochen worden sei und die Verwaltung eine Vorlage mit definierten Kriterien, wann dieser Zuschuss gewährt werde, dem Gemeinderat vorlegen würde.

Stadträtin Saebel erläutert, dass laut dem Armutsbericht von Baden-Württemberg 10 % der Bevölkerung diesen Zuschuss benötigen würde. Sie betont, dass sie hiervon lediglich 5 % genommen habe und dies 50.000 € seien.

Stadtrat Stemmer vertritt die Auffassung, dass auf Grund von Ettliger Zahlen die Mittel entsprechend eingestellt werden müssten.

Stadträtin Saebel lässt wissen, dass sie die Zahlen mit Herrn Hauns abgestimmt habe.

Stadtrat Deckers plädiert dafür, heute keine Mittel einzustellen und weist darauf hin, dass man durch spätere Umbuchungen immer noch Mittel zur Verfügung stellen könne.

Stadträtin Riedel ist der Meinung, dass der Gemeinderat ein Signal setzen und die entsprechenden Haushaltsmittel einstellen sollte.

Stadtrat Worms stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

Der Gemeinderat beschließt den Geschäftsordnungsantrag mit 33:4 Stimmen.

Ohne weitere Aussprache wird oben genannter Antrag mit 18:16 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker bittet um Abstimmung der weiteren Anträge.

8. Antrag der Grünen auf Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 € für die energetische Entwicklung der Wilhelm-Lorenz-Realschule.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 21:5 Stimmen (11 Enthaltungen) ab.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass ein Prüfauftrag der Grünen und der Freien Wähler vorliege, die Prozesswärme im Gebiet „Heiligenfeld“ zu nutzen.

Dieser Prüfauftrag wird vom Gemeinderat mit 14:11 Stimmen (12 Enthaltungen) abgelehnt.

Stadträtin Zeh lässt wissen, dass sie ihre Anträge hinsichtlich des Abwassers und des Verwaltungsneubaus zurückziehe.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass sie die Wortwahl von Stadträtin Zeh in ihrer Haushaltsrede „hirnverbrannter Spaß“ nicht begrüße.

9. Antrag der Freien Wähler, den Ansatz für den Schlossumbau für die Jahre 2009 bis 2011 von 6 Mio. € auf 1,5 Mio. € zu kürzen.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 24:6 Stimmen (7 Enthaltungen) ab.

10. Antrag der Freien Wähler auf Streichung der 75.000 € für den Wettbewerb im Außenbereich Schloss.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 27:5 Stimmen (5 Enthaltungen) ab.

11. Antrag der Freien Wähler auf Streichung der eingestellten 220.000 € für die Bürgerhalle Ettligenweier.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 32:3 Stimmen (2 Enthaltungen) ab.

12. Stadträtin Zeh bittet um getrennte Abstimmung des folgenden Antrages:

„1. Antrag der Freien Wähler, einen integralen Sanierungsplan für alle Ettliger Schulen in 2008 aufzustellen und ab 2009 planmäßig zu sanieren.

2. Antrag der Freien Wähler, für die Ettliger Schulen eine Verpflichtungsermächtigung in 2008 von 4 Mio. € einzustellen.“

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass man in der heutigen Sitzung lediglich über Satz 2 des Antrages abstimmen könne.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 28:5 Stimmen (4 Enthaltungen) ab.

13. Antrag der Freien Wähler, auf Wiederaufnahme der Verpflichtungsermächtigung von einer Mio. € für den sozialen Mietwohnungsbau.

Stadträtin Riedel erkundigt sich, ob die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung ausreiche.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker weist darauf hin, dass eine Verpflichtungsermächtigung bereits im Haushaltsplan drin sei.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat mit 24:7 Stimmen (5 Enthaltungen) zu.

14. Antrag der Freien Wähler auf Wiedereinstellung der 20.000 € für die Integrationsstudie.

Diesem Antrag stimmt der Gemeinderat mit 18:17 Stimmen (2 Enthaltungen) zu.

15. Antrag der Freien Wähler auf Streichung der Verpflichtungsermächtigung von 700.000 € beim Familienzentrum.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 28:4 Stimmen (5 Enthaltungen) ab.

16. Antrag der Freien Wähler auf Streichung der Erhöhung von 40.000 € bei den Schlossfestspielen.

Stadtrat Stemmer erkundigt sich, ob es sich hierbei um die Ersparnis aus dem Jahr 2007 handle.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker bestätigt dies.

Stadtrat Foss lässt wissen, dass die CDU-Fraktion eine Erhöhung von 20.000 € und nicht von 40.000 € bewilligt habe.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erläutert nochmals, dass es sich um den Betrag handle, den der Intendant im Jahr 2007 einsparen würde und es rund 40.000 € seien.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 23:7 Stimmen (7 Enthaltungen) ab.

17. Antrag der Freien Wähler, die Kosten bei den Schlossfestspielen jährlich um ca. 300.000 € zu reduzieren und die Schlossfestspiele künftig in einem zweijährigen Rhythmus durchzuführen. Im Zwischenjahr soll unter Leitung von Herrn Dr. Determann, zusammen mit den Ettlinger Vereinen und Einrichtungen, ein Sommerfestival organisiert werden. Einen Intendanten könne man im Zwischenjahr sparen. Als Programmelemente könne man sich z. B. ein Open-Air-Kino, Theaterstücke von Laien und Schulgruppen, Musikcontests, Poetryslamf o. ä. vorstellen.

Stadträtin Zeh informiert, dass sie damit einverstanden sei, diesen Antrag als Prüfantrag der Verwaltung mitzugeben.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker lässt wissen, dass sie über diesen Antrag im üblichen Verfahren abstimmen lassen werde.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 34:3 Stimmen ab.

18. Antrag der Freien Wähler, den vorherigen Antrag als Prüfauftrag für die Verwaltung zu beschließen, die diese Idee weiterentwickeln und eine Kostenkalkulation hierzu vorlegen solle.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 34:3 Stimmen ab.

19. Antrag der Freien Wähler, das Lichtkonzept nicht weiter zu verfolgen und die Illuminierung der Alb bleiben zu lassen.

Stadträtin Nickel erkundigt sich, ob der Antrag bedeute, dass neue Projekte nicht mehr begonnen werden würden.

Stadträtin Zeh lässt wissen, dass alle Maßnahmen sofort gestoppt werden sollen.

Stadträtin Lumpp plädiert dafür, die 20.000 € zu streichen.

Stadtrat Dr. Ditzinger lässt wissen, dass die 20.000 € nur für die Beleuchtung der Alb vorgesehen seien.

Oberbürgermeisterin Büssemaker verneint dies mit dem Hinweis, dass die Verwaltung nochmals mit einer Vorlage in den Gemeinderat komme.

Stadträtin Lumpp informiert, dass die CDU-Fraktion einen Antrag zum Lichtkonzept gestellt habe und zwar die übrig gebliebenen Mittel aus dem Jahr 2007 zu übertragen und nur für die Illuminierung der Alb zu verwenden.

Stadtverwaltungsdirektor Becker informiert, dass im Jahr 2007 bei dieser Haushaltsstelle 10.000 € übrig seien und diese in das Jahr 2008 übertragen werden, so dass insgesamt 30.000 € für das Lichtkonzept zur Verfügung stehen würden.

Oberbürgermeisterin Büssemaker weist daraufhin, dass sie nun über den Antrag auf Streichung der 20.000 € abstimmen lassen werde.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 20:12 Stimmen (5 Enthaltungen) ab.

20. Antrag der Freien Wähler auf Erschließung des „Heiligenfeldes“ mit einem Wärmenetz statt mit einem Gasnetz und Aufnahme eines Anschluss- und Benutzungszwangs an das Wärmenetz im Kaufvertrag.

Oberbürgermeisterin Büssemaker vertritt die Auffassung, dass dies kein Antrag für die Haushaltsverabschiedung sei.

Stadträtin Zeh vertritt die Auffassung, dass auch dies letztlich haushaltsrelevant wäre.

Stadtrat Fey lässt wissen, dass das erforderliche Quorum für diesen Antrag vorliegen müsse.

Stadträtin Zeh zieht darauf hin ihren Antrag zurück.

21. Antrag der FDP auf Erhöhung der Abwassergebühr um 25 Cent.

Diesen Antrag lehnt der Gemeinderat mit 23:14 Stimmen ab.

Oberbürgermeisterin Büssemaker informiert, dass man auf Grund der beschlossenen Anträge folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 habe:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

| | |
|--|----------------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 106.971.050 € |
| davon | |
| im Verwaltungshaushalt | 94.946.210 € |
| im Vermögenhaushalt | 12.024.840 € |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | 0 € |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | 10.370.000 € |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt. 6.000.000 €

§ 3

Die Hebesätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|---|------------------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 A für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe auf | 230 v. H. |
| 1.2 B für alle übrigen Grundstücke auf der Steuermessbeträge; | 300 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag auf der Steuermessbeträge.“ | 350 v. H. |

Ohne weitere Aussprache wird mit 30:5 Stimmen (2 Enthaltungen) oben stehender Beschluss gefasst.

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2008

Beschluss: (39:3 Stimmen, 5 Enthaltungen)

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung Ettlingen für das Wirtschaftsjahr 2008 (01.01. - 31.12.2008) wird aufgrund von § 14 EigBG BW in der Fassung vom 8. Januar 1992, zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Juli 2004 (GBl. S. 469) und §§ 1 - 4 EigBVO BW in der Fassung vom 7. Dezember 1992 (GBl. S. 776) wie folgt beschlossen:

§ 1 Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1. im Erfolgsplan

| | |
|-----------------------------|---------------|
| bei Erträgen von | 6.257.430,- € |
| und bei Aufwendungen von | 6.532.700,- € |
| auf einen Jahresverlust von | 275.270,- € |

und

2. im Vermögensplan

| | |
|-----------------------------------|---------------|
| in den Einnahmen und Ausgaben von | 3.511.800,- € |
|-----------------------------------|---------------|

festgesetzt.

§ 2 Kreditermächtigung

| | |
|---|---------------|
| Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen wird auf festgesetzt. | 1.516.700,- € |
|---|---------------|

§ 3 Verpflichtungsermächtigung

| | |
|---|-------------|
| Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf festgesetzt. | 810.000,- € |
|---|-------------|

§ 4 Kassenkredite

| | |
|--|---------------|
| Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt. | 2.000.000,- € |
|--|---------------|

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2008 ist in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 07.11.2007 eingebracht worden. Der Gemeinderat verwies den Wirtschaftsplan zur Vorberatung an den Betriebsausschuss.

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses am 05.12.2007 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderates zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Für alle Mitglieder des Gemeinderats ist der auf Grund der Vorberatung geänderte Wirtschaftsplan als Anlage beigefügt.

- - -

Ohne weitere Aussprache wird mit 29:3 Stimmen (5 Enthaltungen) oben stehender Beschluss gefasst.

- - -

**Haushaltsplan 2008 der Vereinigten Stiftungen der Stadt Ettlingen
- Armen-, Pfründner- und Gesindehospitalfonds und Sofienheimstiftung-**

Beschluss: (einstimmig)

Aufgrund von § 31 des Stiftungsgesetzes in Verbindung mit §§ 81, 97 und 101 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Februar 2006 wird über den Haushaltsplan der Vereinigten Stiftungen der Stadt Ettlingen, Armen-, Pfründner- und Gesindehospitalfonds und Sofienheimstiftung, folgender Beschluss gefasst:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgestellt mit

| | |
|--|---------------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 564.400 Euro |
| davon im Verwaltungshaushalt | 396.200 Euro |
| im Vermögenshaushalt | 168.200 Euro |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | -,-- Euro |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von | -,-- Euro |

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf **500.000 Euro** festgesetzt.

§ 3

Die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage beträgt **168.200 Euro**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Der Haushaltsplan 2008 der Vereinigten Stiftungen wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 07.11.2007 eingebracht. Der Gemeinderat verwies den Haushaltsplan zur Vorberatung an den Verwaltungsausschuss.

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27./28.11.2007 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderates zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Ohne weitere Aussprache wird einstimmig oben stehender Beschluss gefasst.

- - -

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Vorsitzende:

Schriftführerin:

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin

Natalie Jilg

Die Stadträte: